

Aus Politik und Zeitgeschichte

Beilage zur Wochenzeitung Das Parlament

Hubert Krieger

Arbeitsmarktsituation und politische Stabilität

Reaktionsformen abhängig Beschäftigter
auf die Arbeitsmarktentwicklung 1975—1985

Burkhard Strümpel/Christoph Nitschke/Peter Pawlowsky

Konflikt und Solidarität im Zeichen hoher Arbeitslosigkeit

Manfred G. Schmidt

Wahlen, Parteienpolitik und Arbeitslosigkeit

B 17/86

26. April 1986

Hubert Krieger, Dr. rer. pol., geb. 1951; Mitarbeiter der Abteilung Wahlforschung bei infas; vorher sechs Jahre tätig im Bereich der Arbeitsmarktforschung, darunter zwei Jahre am Europäischen Hochschulinstitut in Florenz.

Veröffentlichungen u. a.: Arbeitslosigkeit, Schulbuch für die Sekundarstufe II, Düsseldorf 1981; Das Arbeitsmarktverhalten von Arbeitslosen, Köln 1982; (zusammen mit Ursula Feist und Dieter Fröhlich) Die politischen Einstellungen von Arbeitslosen, Aus Politik und Zeitgeschichte, B 45/84.

Burkhard Strümpel, Dr. rer. pol., geb. 1935; Leiter der Forschungsstelle Sozialökonomik der Arbeit (FSA) an der Freien Universität Berlin, zusammen mit Prof. Dr. M. Bolle; Forschungsschwerpunkte: Ökonomische Verhaltensforschung, Verbraucherpolitik, Arbeitsmarktpolitik, Umwelt und Energie.

Veröffentlichungen u. a.: (zus. mit M. v. Klipstein) Der Überdruß am Überfluß. Die Deutschen nach dem Wirtschaftswunder, München 1984; (zus. mit E. Noelle-Neumann) Macht Arbeit krank? — Macht Arbeit glücklich? Eine aktuelle Kontroverse, München 1984; (zus. mit M. v. Klipstein) Gewandelte Werte — Erstarrte Strukturen. Wie die Bürger Arbeit und Wirtschaft erleben, Bonn 1985.

Christoph Nitschke, Dipl.-Volkswirt, geb. 1957; wiss. Mitarbeiter der FSA; Forschungsschwerpunkte: Arbeitsmarkttheorie, Konjunkturtheorie; „informeller“ Sektor.

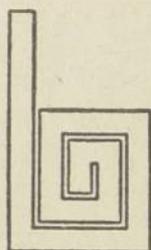
Veröffentlichung: Anatomie und Rekonstruktion eines autoritären Charakters, FSA print 15/85, Berlin 1985.

Peter Pawlowsky, Dr. rer. pol., geb. 1954; Leiter des Projekts „Verteilungskonflikte und Solidaritätspotential“ zusammen mit Prof. Strümpel; Forschungsschwerpunkte: Organisations- und Arbeitspsychologie, Einstellungsforschung.

Veröffentlichungen u. a.: Arbeitseinstellungen im Wandel, München 1986; Arbeitsorientierungen zwischen neuen Ansprüchen und alten Strukturen, in: Gewandelte Werte — Erstarrte Strukturen (s. o.)

Manfred G. Schmidt, Dr. rer. soc., geb. 1948; Studium der Politikwissenschaft und der Anglistik an der Universität Heidelberg; Professor für Politische Wissenschaft an der Freien Universität Berlin.

Veröffentlichungen u. a.: CDU und SPD an der Regierung, Frankfurt — New York 1980; Wohlfahrtsstaatliche Politik unter bürgerlichen und sozialdemokratischen Regierungen. Ein internationaler Vergleich, Frankfurt — New York, 1982; Herausgeber von: Westliche Industriegesellschaften (Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 2), München — Zürich 1983; Der Schweizerische Weg zur Vollbeschäftigung, Frankfurt — New York 1985; zusammen mit Klaus von Beyme Herausgeber von: Policy and Politics in the Federal Republic of Germany, London 1985.



ISSN 0479-611 X

Herausgegeben von der Bundeszentrale für politische Bildung, Berliner Freiheit 7, 5300 Bonn 1.

Redaktion: Paul Lang, Karl-Heinz Resch, Rüdiger Thomas (verantwortlich), Dr. Klaus W. Wippermann.

Die Vertriebsabteilung der Wochenzeitung DAS PARLAMENT, Fleischstraße 62—65, 5500 Trier, Tel. 06 51/4 60 40, nimmt entgegen

- Nachforderungen der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“;
- Abonnementsbestellungen der Wochenzeitung DAS PARLAMENT einschließlich Beilage zum Preis von DM 14,40 vierteljährlich einschließlich Mehrwertsteuer; bei dreiwöchiger Kündigungsfrist zum Quartalsende;
- Bestellungen von Sammelmappen für die Beilage zum Preis von DM 6,50 zuzüglich Verpackungskosten, Portokosten und Mehrwertsteuer;
- Bestellungen von gebundenen Bänden der Jahrgänge 1983 und 1984 zum Preis von DM 25,— pro Jahrgang (einschl. Mehrwertsteuer) zuzügl. Versandkosten.

Die Veröffentlichungen in der Beilage „Aus Politik und Zeitgeschichte“ stellen keine Meinungsäußerung des Herausgebers dar; sie dienen lediglich der Unterrichtung und Urteilsbildung.

Arbeitsmarktsituation und politische Stabilität

Reaktionsformen abhängig Beschäftigter auf die Arbeitsmarktentwicklung
1975—1985

I. Problemstellung

Die Beschäftigungssituation bleibt weiterhin das innenpolitische Thema Nr. 1 in der Bundesrepublik. Die Verfestigung der Arbeitslosigkeit über der Zwei-Millionen-Grenze und die düsteren Arbeitsmarktperspektiven für die zweite Hälfte der achtziger Jahre wirken sich auf das politische Meinungsklima aus. So wurde der Ausgang der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen im Mai 1985, wo die CDU eine schwere Wahniederlage hinnehmen mußte, unter anderem durch die Enttäuschung der Wähler über einen Aufschwung ohne sichtbare Wirkung auf den Arbeitsmarkt mitbestimmt.

Wie aber reagieren die individuell Betroffenen auf diese Situation? Neben den Arbeitslosen, die am stärksten von den Auswirkungen der Beschäftigungskrise betroffen sind, beeinträchtigt die Wirtschaftskrise auch die Situation bestimmter Teile der (noch) beschäftigten Arbeitnehmer. Empirische Untersuchungen zeigen, daß es größere Gruppen von abhängig Beschäftigten gibt, die hochgradig um den Erhalt des eigenen Arbeitsplatzes besorgt sind. Im ersten Halbjahr 1985 gaben 13 Prozent der Arbeitnehmer an, ihr Arbeitsplatz würde in Zukunft unsicherer; 35 Prozent gingen von einer gleichbleibenden Gefährdung des eigenen Arbeitsplatzes aus. Die Hälfte der abhängig Beschäftigten sah eine geringe bzw. geringer werdende Arbeitsplatzbedrohung in den nächsten Monaten. Im Fokus dieser Untersuchung ste-

hen daher diejenigen Arbeitnehmer, die Angst vor dem Verlust des eigenen Arbeitsplatzes haben.

Die politischen Einstellungen dieser Arbeitnehmergruppe, den von einem Arbeitsplatzverlust Bedrohten, sollen unter folgenden Fragestellungen analysiert werden:

1. Welche politischen Reaktionen zeigen sich bei dieser Gruppe von Krisenverlierern?
2. Wenden sich die von einem Arbeitsplatzverlust Bedrohten von den etablierten Parteien ab und wählen aus Protest eine rechte oder linke Randpartei, wie z. B. die Grünen?
3. Zeigen sie den Regierungsparteien „die rote Karte“ und präferieren stärker die etablierten Oppositionsparteien?
4. Inwieweit lassen sich längerfristig identische oder ähnliche Reaktionsmuster von Arbeitnehmern nachweisen, deren Arbeitsplatz bedroht ist? Sind die politischen Reaktionen der vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten in der Krise 1981—84 mit den Reaktionen in der Krise 1975/76 vergleichbar, oder gibt es wichtige, situativ bestimmte Unterschiede?

Zur Untersuchung dieser Problemstellung stehen uns Befragungsdaten aus bundesweit repräsentativen infas-Studien zwischen 1975 und 1985 zur Verfügung. Hierbei wurden halbjährlich ca. 13 000 Wahlberechtigte befragt.

II. Politische Einstellungen von Arbeitnehmern, deren Arbeitsplatz bedroht ist

Eine wichtige Gruppe von Krisenverlierern sind die Arbeitnehmer, die ihren eigenen Arbeitsplatz zukünftig als gefährdet ansehen. Im ersten Halbjahr 1985 präferierten knapp zwei Drittel (63%) der vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten die SPD. Gegenüber der Situation im zweiten Halbjahr 1981 hat sich somit der Anteil der Sozialdemokraten an dieser Gruppe mehr als verdoppelt.

Eine ähnlich starke Bewegung in entgegengesetzter Richtung verzeichnet die Union: Im ersten Halbjahr 1985 bevorzugte nur jeder fünfte (19%) Arbeitnehmer dessen Arbeitsplatz bedroht war, die CDU/CSU. Im zweiten Halbjahr 1984 waren es sogar nur 17 Prozent. Gegenüber der Ausgangssituation 1981 hatte sich somit der Anteil der CDU/CSU an dieser Wählergruppe mehr als hal-

Tabelle 1

Parteipräferenz von vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten											
	1. Hj. 1980	2. Hj. 1980	1. Hj. 1981	2. Hj. 1981	1. Hj. 1982	2. Hj. 1982	1.Hj. 1983	2.Hj. 1983	1. Hj. 1984	2.Hj. 1984	1. Hj. 1985
CDU/CSU	34	34	37	43	42	38	29	23	21	17	19
SPD	45	43	38	31	35	35	46	50	51	56	63
FDP	2	7	8	6	3	1	2	1	2	2	1
Grüne	2	6	5	5	6	9	10	10	10	15	8
Keine	7	10	12	15	14	17	13	16	16	10	9

biert. Damals kanalisierte die Union die Hoffnungen dieser Arbeitnehmer auf sich und erreichte 43 Prozent der Stimmen; sie lag bei dieser Gruppe von Krisenverlierern eindeutig vor der seinerzeit regierenden SPD.

Die Grünen erreichen im ersten Halbjahr 1985 8 Prozent der Stimmen in dieser Wählerschicht. Gegenüber dem zweiten Halbjahr 1984 ist dies ein Rückgang um 7 Prozentpunkte. Hiermit wurde der seit 1982 beobachtete Wachstumstrend für die Grünen bei den Arbeitnehmern, die um ihren Arbeitsplatz fürchten, gestoppt. Damals betrug ihr Anteil 6 Prozent. Dieser erhöhte sich im zweiten Halbjahr 1983 auf 10 und im zweiten Halbjahr 1984 auf 15 Prozent.

Die FDP spielt bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten seit der Wende in Bonn keine Rolle mehr und erreichte im ersten Halbjahr 1985 1 Prozent der Stimmen. Der Abfall der Liberalen in dieser Gruppe ist beachtlich, wenn man die Verankerung der Liberalen in diesem Wählersegment bei der Bundestagswahl 1980 berücksichtigt. Damals erreichten die Liberalen noch 7 Prozent der Stimmen bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten.

Eine weitere wichtige Bewegung der Wähleranteile in dieser Gruppe ist zu Beginn der achtziger Jahre zu beobachten. Kurz vor und bei der Bundestagswahl 1980 lag die SPD als Regierungspartei eindeutig vor der Union. Im ersten Halbjahr 1980 präferierten 45 Prozent der vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten die Sozialdemokraten; die CDU/CSU erreichte zum damaligen Zeitpunkt 34 Prozent. Mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit über die Millionengrenze im Winter 1980/81 näherten sich die Werte der beiden großen Parteien im ersten Halbjahr 1981 an. Die SPD erreichte damals 38 und die CDU/CSU 37 Prozent der Stimmen bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten.

Die politische Wirkung von empfundener Arbeitsplatzbedrohung wird besonders deutlich, wenn eine Umrechnung der Parteipräferenzen von vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten auf die

absolute Stimmenzahl erfolgt. Geht man für 1985 von ca. 21 Millionen abhängig Beschäftigten aus und subtrahiert hiervon die nicht Wahlberechtigten (Ausländer, Arbeitnehmer unter 18 Jahren), so verbleiben ca. 19 Millionen wahlberechtigte abhängig Beschäftigte.

Im ersten Halbjahr 1985 sind von diesen abhängig Beschäftigten 13 Prozent derjenigen Gruppe zuzuordnen, die ihren Arbeitsplatz in Zukunft als stärker gefährdet ansehen. Dies entspricht ca. 2,5 Millionen Wählern¹⁾. Der Anteil der vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten am Gesamtelectorat beträgt somit 5,6 Prozent (Basiswert: 44 Millionen).

Bei einer Umrechnung der Wähleranteile in absolute Stimmen bzw. Prozentanteile ergibt sich somit für das erste Halbjahr 1985 folgende Verteilung auf die vier im Bundestag vertretenen Parteien²⁾:

	Absolut	Prozent
CDU/CSU:	0,48 Millionen Stimmen	1,1
SPD:	1,58 Millionen Stimmen	3,6
FDP:	0,02 Millionen Stimmen	0,0
Grüne:	0,20 Millionen Stimmen	0,4
Nichtwähler:	0,22 Millionen Stimmen	0,5

Welchen Anteil haben die Krisenverlierer am Gesamtelectorat der jeweiligen Partei? Legt man die Wähleranteile von Juni 1985 zugrunde³⁾, so kommt die Union auf einen Anteil von Arbeitnehmern, deren Arbeitsplatz gefährdet ist, an ihrer Gesamtwählerschaft von 2,6 Prozent. Bei der SPD beträgt der entsprechende Anteil 8,4 Prozent und bei den Grünen 6,7 Prozent. Die FDP weist einen Anteil auf, der deutlich unter 0,01 Prozent liegt.

¹⁾ Die Gesamtverteilung lautet wie folgt: Vom Arbeitsplatzverlust Bedrohte: 13 Prozent; Arbeitsplatzbedrohung „gleich groß“: 35 Prozent; Arbeitsplatzbedrohung „gleich gering“: 41 Prozent; Arbeitsplatzbedrohung „geringer“: 9 Prozent.

²⁾ Die Wahlbeteiligung der vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten beträgt hiernach 91 Prozent.

³⁾ Die zugrunde gelegte Verteilung der Wähleranteile lautet hierbei: CDU/CSU und SPD: 43%; FDP: 7,5%; Grüne: 6,0%.

III. Theoretische Überlegungen zur Reaktion von Krisenverlierern

Auch wenn Arbeitslosigkeit primär das Ergebnis ökonomischer Prozesse ist, die wesentlich vom Verhalten privater Akteure bestimmt werden, so ist doch mit der Entwicklung des Wohlfahrtsstaates eine zunehmende direkte und indirekte Intervention staatlicher Stellen in den Wirtschaftsprozess zu beobachten. Der Keynesianismus begründet die direkte makroökonomische Steuerung, während der liberale Korporatismus eher indirekte Steuerungsmechanismen herausbildet.

Die Parteien haben in ihrer Selbstdarstellung diesen Prozeß verstärkt. In fast allen Bundestagswahlkämpfen der Nachkriegszeit haben ökonomische Themen eine wichtige Rolle gespielt. Hierbei präsentieren sich die Parteien als fast omnipotente Institutionen, die zur Lösung schwierigster ökonomischer Probleme in der Lage sind.

Die Reaktion der Wähler auf diesen Prozeß manifestiert sich in einer zunehmenden Erwartungshaltung im Hinblick auf die Steuerungsfähigkeit des Staates im wirtschaftlichen und sozialen Bereich. Es entsteht eine ökonomische „Output“-Orientierung, die einen reibungslosen wirtschaftlichen Ablauf und ein hohes Niveau sozialstaatlicher Versorgung als selbstverständliche staatliche Leistung erwartet. Stellt sich das erwartete, weil versprochene Ergebnis nicht ein, so wird dem Staat unmittelbar die Schuld für diese Fehlentwicklung, insbesondere auf dem Arbeitsmarkt, zugewiesen.

Die *Anti-Regierungsthese* vermutet eine Schuldzuweisung bei Arbeitslosigkeit gegenüber der jeweiligen nationalen Regierungspartei. Arbeitslosigkeit wird hiernach durch die Wähler als mangelnde Kompetenz der Regierung im Bereich der Beschäftigungspolitik interpretiert. Die Wähler reagieren unmittelbar mit Legitimationsentzug. Die Regierungsparteien verlieren sowohl bei den individuell betroffenen Arbeitslosen als auch in der gesamten Wählerschaft an Unterstützung. Hiervon profitieren in der Regel die etablierten Oppositionsparteien auf nationaler Ebene.

Ein anderer wichtiger Zweig in der Erklärung politischen Verhaltens betont die *Bedeutung von Stammwählerbeziehungen*. Beziehungen zwischen Teilen der Wählerschaft und bestimmten politischen Parteien sind hiernach so fest verankert, daß selbst individuelle Betroffenheit von Arbeitslosigkeit unter dem Regime der „eigenen Partei“ nicht zur Wählerwanderung im etablierten Parteiensystem führt. Stammwählerbeziehungen sind in der Regel sozialstrukturell bzw. kulturell verankert. Das heißt, es gibt sozialstrukturell verortete Konfliktlinien, die sich auf der politischen

Ebene in einen permanenten politischen Konflikt umsetzen und im Parteiensystem ihren Ausdruck finden. Dies wird auch als *Cleavage* bezeichnet.

Die bundesrepublikanische Wählerlandschaft ist hierbei einerseits durch einen schichtspezifischen *Cleavage*, welcher sich entlang der Konfliktlinie Lohnarbeit-Zwischenschicht-Kapital strukturiert, und andererseits durch einen kulturellen *Cleavage* bestimmt, der sich in religiöser Bindung, insbesondere an die katholische Kirche, manifestiert. Die Zugehörigkeit zu einer bestimmten Schicht bzw. eine bestimmte Religionszugehörigkeit führen jedoch nicht unmittelbar zu einem bestimmten Wahlverhalten. Der intervenierende Prozeß zwischen Mikro- und Makroebene wird hierbei durch zwei Modelle erklärt: Das erste Modell kann als individualistisches Sozialisations- oder Lebenszyklusmodell bezeichnet werden. Hiernach „werden gesellschaftliche Wertorientierungen in Abhängigkeit von der Position in der Sozialstruktur erworben. Anders ausgedrückt sind die sozialstrukturellen Variablen in erster Linie als Indikatoren für verschiedene abstrahierte Sozialisationsflüsse relevant, von denen her das Verhalten jedes einzelnen Individuums zu verstehen ist. Der Bezug zum politischen Handeln wird dann über die Einstellung zu politischen Issues hergestellt. Einige Wertorientierungen sind nämlich in jeder Gesellschaft in Issues politisch aktualisiert.“⁴⁾

Das zweite Modell betont hingegen die Bedeutung der Identifikation mit bestimmten sozialen Kollektiven für das Wahlverhalten. Die beiden wichtigsten Kollektive sind hierbei in der Bundesrepublik die Gewerkschaft und die katholische Kirche. Gewerkschaftszugehörigkeit und Kirchengangshäufigkeit bei Katholiken sind hiernach zentrale Indikatoren für die Verortung von Wählern entweder im sozialdemokratischen bzw. christdemokratischen Bereich.

Auf diesen theoretischen Ansätzen baut die Klientelthese auf, die besagt, Arbeitslosigkeit führt in den oben beschriebenen Milieus nicht zu einem Wechsel der Parteipräferenzen.

Die Stammwählerbeziehung zwischen Partei und bestimmten Wählergruppen ermöglicht aufgrund der Zugehörigkeit zu einer „Wertegemeinschaft“ zumindest eine zeitweise Entkopplung des materiellen Resultats von Politik — das durch die eigene Partei mit beeinflußt wird — von der Wertschätzung dieser Partei. Die Beziehung ist damit relativ enttäuschungsfest. Die Parteiloyalitäten

⁴⁾ Franz Urban Pappi, Sozialstruktur, Gesellschaftliche Wertorientierungen und Wahlabsicht, in: Politische Vierteljahresschrift, (1977) 2/3, S. 207.

strukturieren „die selektive Aufnahme, Bewertung, Verarbeitung und Handlungskompetenz von Informationen über die Leistung der betreffenden Partei: Für treue Parteigänger gibt es viele Möglichkeiten, Fehlleistungen ihrer Partei durch argumentative Hilfskonstruktionen zu rationalisieren.“⁵⁾ Der eigenen Partei wird hiernach von den Stammwählern in der Regel eine höhere Kompetenz in der Beschäftigungspolitik zugewiesen.

Die „Klientelthese“ folgert hieraus, daß Stammwähler auch unter Bedingungen hoher Arbeitslosigkeit bzw. eigener Arbeitslosigkeit die Loyalität zu ihrer Partei nicht aufkündigen, selbst wenn diese Partei Regierungsverantwortung trägt. Die Anti-Regierungsthese hat demnach nur bei den politisch ungebundenen Wählergruppen Gültigkeit, bei den Stammwählern hingegen gilt die „Klientelthese“.

IV. Anti-Regierungsverhalten bei vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten (1980—1985)

Nachdem bisher die politischen Reaktionen auf die Beschäftigungskrise bei Arbeitnehmern, deren Arbeitsplatz gefährdet ist, beschrieben worden sind, rückt in den nächsten beiden Kapiteln die Frage in den Mittelpunkt, ob die politischen Reaktionen dieser Gruppe eher durch ein Anti-Regierungs- oder Klientelverhalten bestimmt sind. Bei der Untersuchung dieser Frage möchten wir uns auf einen Vergleich der politischen Einstellungen von den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten mit den Einstellungen der abhängig Beschäftigten allgemein konzentrieren. Ein Vergleich mit den politischen Einstellungen des gesamten Wahlkörpers erscheint aufgrund der Strukturdiskrepanzen weniger relevant zu sein.

Indikator: Parteipräferenz

Die Anti-Regierungsthese behauptet, die vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten würden immer stärker die Oppositionsparteien präferieren als die abhängig Beschäftigten insgesamt. Für den Zeitraum 1980—1985 kann diese Hypothese insgesamt bestätigt werden. Betrachtet man zuerst einmal die Endphase der sozialliberalen Ära, d. h. den Zeitraum erstes Halbjahr 1980 bis erstes Halbjahr 1982, so sind die vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten in diesem Zeitraum zu jedem Zeitpunkt oppositionsnäher als die abhängig Beschäftigten insgesamt. Im ersten Halbjahr 1980 hatte die SPD bei den abhängig Beschäftigten einen Vorsprung von 23 Punkten vor der Union. Bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten hingegen betrug ihr Vorsprung nur 11 Punkte.

Bis zum zweiten Halbjahr 1981 kam es bei beiden Gruppen zu einer erheblichen Niveauverschiebung. Die Union lag nun bei den abhängig Be-

schäftigten 4 Punkte vor der SPD; bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten betrug der Vorsprung der Bonner Oppositionspartei sogar 12 Punkte. Mit dem Regierungswechsel in Bonn im Herbst 1982 änderte sich das Bild: Die SPD als Oppositionspartei lag nun wieder deutlich vor der Union. Im ersten Halbjahr 1983 erreichte der Parteienindex, d. h. die Differenz aus der Parteipräferenz für die CDU/CSU minus der Parteipräferenz für die SPD, bei den abhängig Beschäftigten einen Wert von + 7; bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten hingegen lag die SPD mit 17 Punkten vor der Union; d. h. zwischen beiden Indizes ergab sich im Umfeld der Bundestagswahl ein Abstand von 24 Punkten. Dieser Abstand, als Indiz für den Oppositionseffekt, vergrößerte sich im Zeitverlauf. Im ersten Halbjahr 1985 lag die SPD bei den Krisenverlierern 44 Punkte vor der Union; bei den abhängig Beschäftigten betrug ihr Vorsprung 15 Punkte, d. h. es zeigte sich ein Oppositionseffekt in Höhe von 29 Punkten. Insgesamt gilt somit: *Arbeitsplatzbedrohung führt zu einer deutlichen Bestätigung der Anti-Regierungsthese.*

Vertrauensindikatoren

Eine wichtige Variable zur Erklärung der Ausprägung eines Anti-Regierungseffekts sind die politischen Vertrauensindikatoren gegenüber Bundesregierung und Bundeskanzler. Diese werden operationalisiert mit dem Indikator „Vertrauen in die Sachpolitik der Bundesregierung“ und „Kanzlerimage“. Die Anti-Regierungsthese behauptet, die vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten wären kritischer gegenüber Bundesregierung und Kanzler als die abhängig Beschäftigten insgesamt.

Für die *Bewertung der Sachpolitik* der Bundesregierung läßt sich diese Behauptung für die erste Hälfte der achtziger Jahre *eindeutig bestätigen*. Zu jedem Zeitpunkt ist der Indexwert „positive Bewertung“ minus „negative Bewertung“ der jewei-

⁵⁾ Bürklin, Wilhelm P., und Wiegend, Jürgen, 1984: Arbeitslosigkeit und Wahlverhalten, in: Bonß, Wolfgang und Heinze, Rolf (Hrsg.), Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt, Seite 281.

Tabelle 2

**Politische Vertrauensindikatoren bei vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten
und bei abhängig Beschäftigten insgesamt (1980—1985)**

	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.
	1980		1981		1982		1983		1984		1985
	SPD-FDP-Koalition					CDU/CSU-FDP-Koalition					
Sachpolitik der Bundesregierung ¹⁾											
Abhängig Beschäftigte insges. Vom Arbeitsplatzverlust Bedrohte	41	46	11	-11	-16		14	4	-4	-9	-20
	38	22	-16	-36	-31		-30	-46	-44	-58	-60
Kanzlerimage ²⁾											
Abhängig Beschäftigte insges. Vom Arbeitsplatzverlust Bedrohte	75	66	55	54	53		10	7	-2	-14	-27
	78	74	54	50	50		-30	-36	-48	-64	-66

¹⁾ Index: „gut“, „eher gut“, minus „schlecht“, „eher schlecht“

²⁾ Index: „guter Kanzler“, minus „schlechter Kanzler“

Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), 1980—1985, halbjährlich ca. 13 000 Fälle, Random-Auswahl

ligen Bundesregierung bei den abhängig Beschäftigten günstiger als bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten. Besonders deutlich waren die Unterschiede im ersten Halbjahr 1983 und im zweiten Halbjahr 1984. Im Umfeld der Bundestagswahl 1983 wurde die Bundesregierung bei den abhängig Beschäftigten insgesamt positiv bewertet (Indexwert: + 14), während sie bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten einen Wert von - 30 erreichte. Zwischen den beiden Indizes ergibt sich somit ein Abstand von 44 Punkten.

Noch deutlicher ist der Anti-Regierungseffekt bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten Ende 1984. Bei dieser Gruppe erreichte die Bundesregierung zu diesem Zeitpunkt einen Indexwert von - 58, bei den abhängig Beschäftigten betrug der entsprechende Wert - 9; d. h. ein Abstand von 49 Punkten.

Nicht so eindeutig ist der Anti-Regierungseffekt beim Kanzlerimage. Dies gilt insbesondere in der Zeit vor der Wende. Hier erreichte Helmut Schmidt bei den vom Arbeitsplatzverlust bedrohten Wählern teilweise höhere Werte als bei den abhängig Beschäftigten. Am extremsten war der Vertrauensbeweis der vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten für Helmut Schmidt im Umfeld der Bundestagswahl 1980. Hier erreichte der Kanzler bei dieser Gruppe von Krisenverlierern einen Index-

wert von + 74; bei den abhängig Beschäftigten insgesamt betrug das Kanzlerimage zu diesem Zeitpunkt + 66 Punkte.

Eindeutig bestätigt wird hingegen die Anti-Regierungsthese bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten nach der Wende in Bonn. Im ersten Halbjahr 1983 verfügte der Kanzler über einen Vertrauensüberschuß bei den abhängig Beschäftigten von + 10; bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten erreichte er zur gleichen Zeit einen Wert von - 30. Ähnlich deutlich ist der Unterschied zwischen vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten und den Erwerbstätigen Mitte 1985.

Insgesamt wird somit die Anti-Regierungsthese auch durch die politischen Vertrauensindikatoren bestätigt. Die einzige Ausnahme ist die Situation im Umfeld der Bundestagswahl 1980, als Helmut Schmidt die vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten aufgrund seiner hohen wirtschaftspolitischen Kompetenz für die SPD/FDP-Koalition „bei der Stange halten“ konnte. Der konjunkturelle Einbruch im Winter 1980/81 und die zunehmende ökonomische Verschlechterung bis zum Winter 1982/83 erschütterte jedoch auch bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten das Vertrauen in die wirtschaftspolitische Kompetenz von Bundeskanzler Schmidt.

Kontexteffekt

Es stellt sich darüber hinaus die Frage, ob die vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten mit steigender Arbeitslosigkeit stärker die Oppositionsparteien präferieren und ob damit der Anti-Regierungseffekt durch den Arbeitsmarktkontext verstärkt wird. Für diese Gruppe von Krisenverlierern läßt sich nur für die Jahre 1980 und 1981 ein schwacher Zusammenhang zwischen Arbeitsmarktentwicklung und Intensität des Oppositionseffektes konstatieren. Damals stieg die Arbeitslosenquote von 3,8 auf 5,5 Prozent. Gleichzeitig erhöhte sich der Indexwert zugunsten der CDU/CSU-Opposition bei der Parteipräferenz von - 13 auf + 15.

V. Klientelbezogenheit des Wahlverhaltens bei vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten in den achtziger Jahren

Während die Anti-Regierungsthese vor allem die Schuldzuweisung gegenüber dem politischen System betont, hebt die Klientelthese die Bedeutung von Stammwählerbeziehungen und deren Konstanz auch bei Krisenbetroffenheit hervor. Hiernach wäre zu vermuten, daß vom Arbeitsplatzverlust Bedrohte grundsätzlich eine stärkere SPD-Affinität als die Gesamtheit der Erwerbstätigen haben. Diese Hypothese kann für das Ende der sozialliberalen Ära, d. h. für den Zeitraum Anfang 1981 bis Mitte 1982, eindeutig zurückgewiesen werden. In diesem Zeitraum hatte die CDU/CSU bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten teilweise ein deutliches Übergewicht gegenüber der SPD. So erreichte die Union bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten im zweiten Halbjahr 1981 51 Prozent der Stimmen, während die SPD nur 36 Prozent auf sich vereinigen konnte.

Auch ein Vergleich der Regierungsindikatoren bei vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten und bei den Beschäftigten insgesamt gibt keinen Hinweis auf die Wirksamkeit eines klientelistischen Verhaltens bei vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten.

Faßt man das bisherige Ergebnis zusammen, so läßt sich auf der Aggregatebene, d. h. bei einem Vergleich zwischen der Gesamtheit der abhängig Beschäftigten mit der Gesamtheit der von Arbeitslosigkeit Bedrohten, die Klientelthese eindeutig zurückweisen. Die Angst um den eigenen Arbeitsplatz führt bei denjenigen, deren Arbeitsplatz gefährdet ist, zu einem „harten“ Anti-Regierungsverhalten.

Die Untersuchung der politischen Krisenwirkung bei Arbeitslosen hatte darüber hinaus die Tatsa-

Der weitere Anstieg der Arbeitslosigkeit im Jahr 1982 schlug sich jedoch bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten und ihren Parteipräferenzen nicht in einem zunehmenden Anti-Regierungseffekt nieder. Trotz eines Anstiegs der Arbeitslosenquote von 5,5 auf 7,5 Prozent (1982) verringerte sich der Vorsprung der CDU/CSU bei dem Parteipräferenzindex im ersten Halbjahr 1982 gegenüber dem zweiten Halbjahr 1981. Auch die Entwicklung in den Jahren 1983 bis 1985 kann nicht mit Hilfe der Höhe der nationalen Arbeitslosenquote erklärt werden. Obwohl die Arbeitslosenquote im wesentlichen konstant blieb, verschärfte sich der Anti-Regierungseffekt bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten.

che zu Tage gefördert, daß eine empirische Bestätigung auf der Aggregatebene *nicht notwendigerweise* als eine empirische Bestätigung für das politische Verhalten relevanter Subgruppen interpretiert werden kann⁶⁾. Im folgenden Untersuchungsschritt soll die Loyalität wichtiger Stammwählergruppen von SPD und CDU/CSU bei Krisenverlierern untersucht werden. Als SPD-Stammwählergruppe wird hierbei der Arbeiterbereich und die Gruppe der gewerkschaftlich organisierten Angestellten und Beamten definiert; als Stammwählerbereiche der CDU/CSU gelten nach dieser Typologie die „Alte Mitte“ und der Katholische Traditionsbereich.

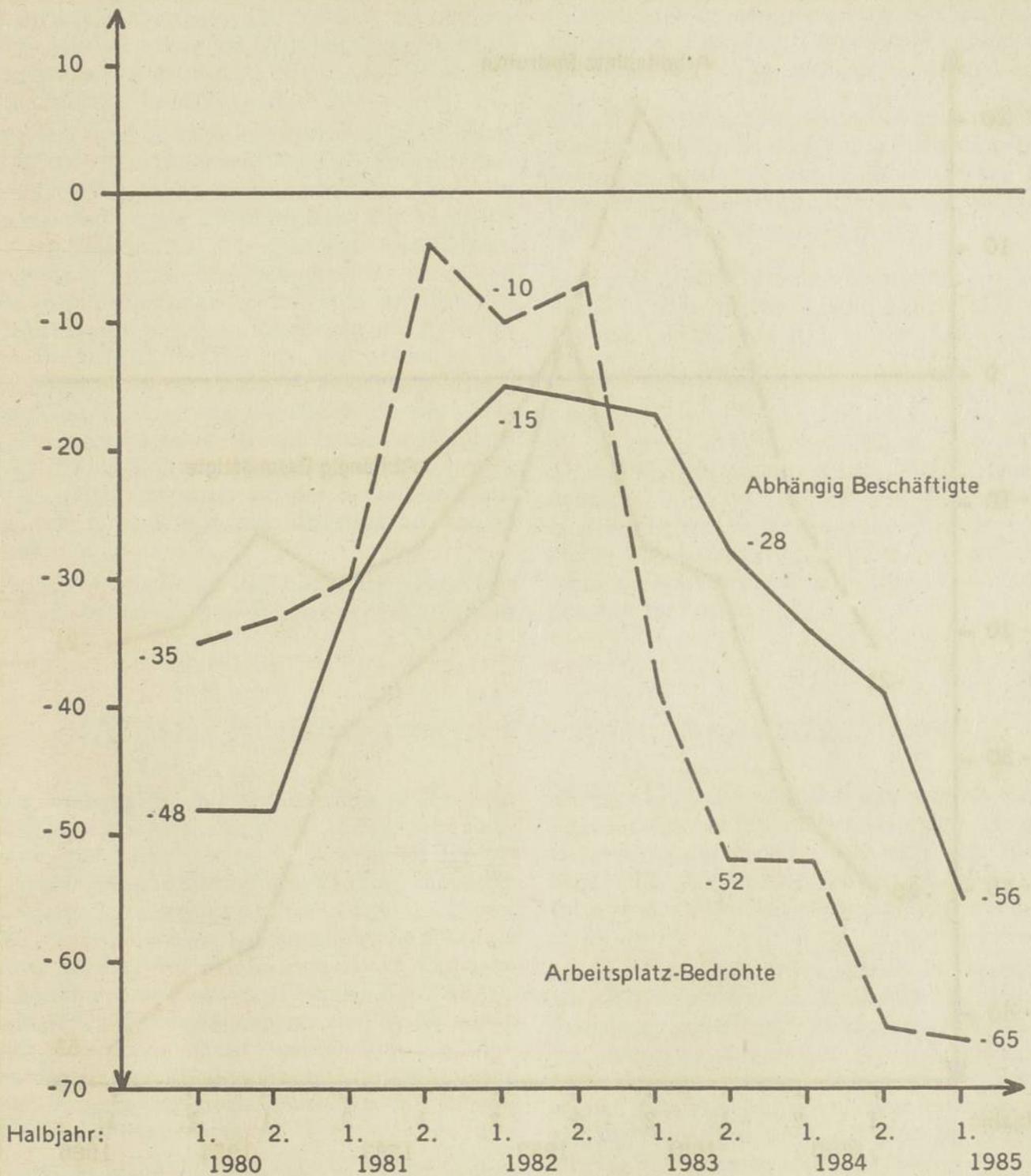
Gruppenspezifische Wirkung

Faßt man das Ergebnis der empirischen Überprüfung zusammen, so zeigt sich *ein Anti-Regierungseffekt bei allen Stammwählergruppen* in der ersten Hälfte der achtziger Jahre. Während sich bei den Arbeitslosen in den Stammwählerbereichen der beiden großen Parteien asymmetrische Reaktionen auf die Krisenbetroffenheit zeigten, *ist das Bild bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten einheitlich*. Dies gilt sowohl für die Aggregatebene als auch für die relevanten Stammwählerbereiche der beiden großen Parteien.

Für den Arbeiterbereich läßt sich dieses Ergebnis kurz dokumentieren: Im ersten Halbjahr 1980

⁶⁾ Vgl. hierzu die Ergebnisse bei Hubert Krieger, „Anti-Regierungs“- oder Klientelthese? Wirkungen persönlicher Betroffenheit von Arbeitslosigkeit im Rahmen des etablierten Parteienspektrums, in: Politische Vierteljahresschrift, (1985) 4.

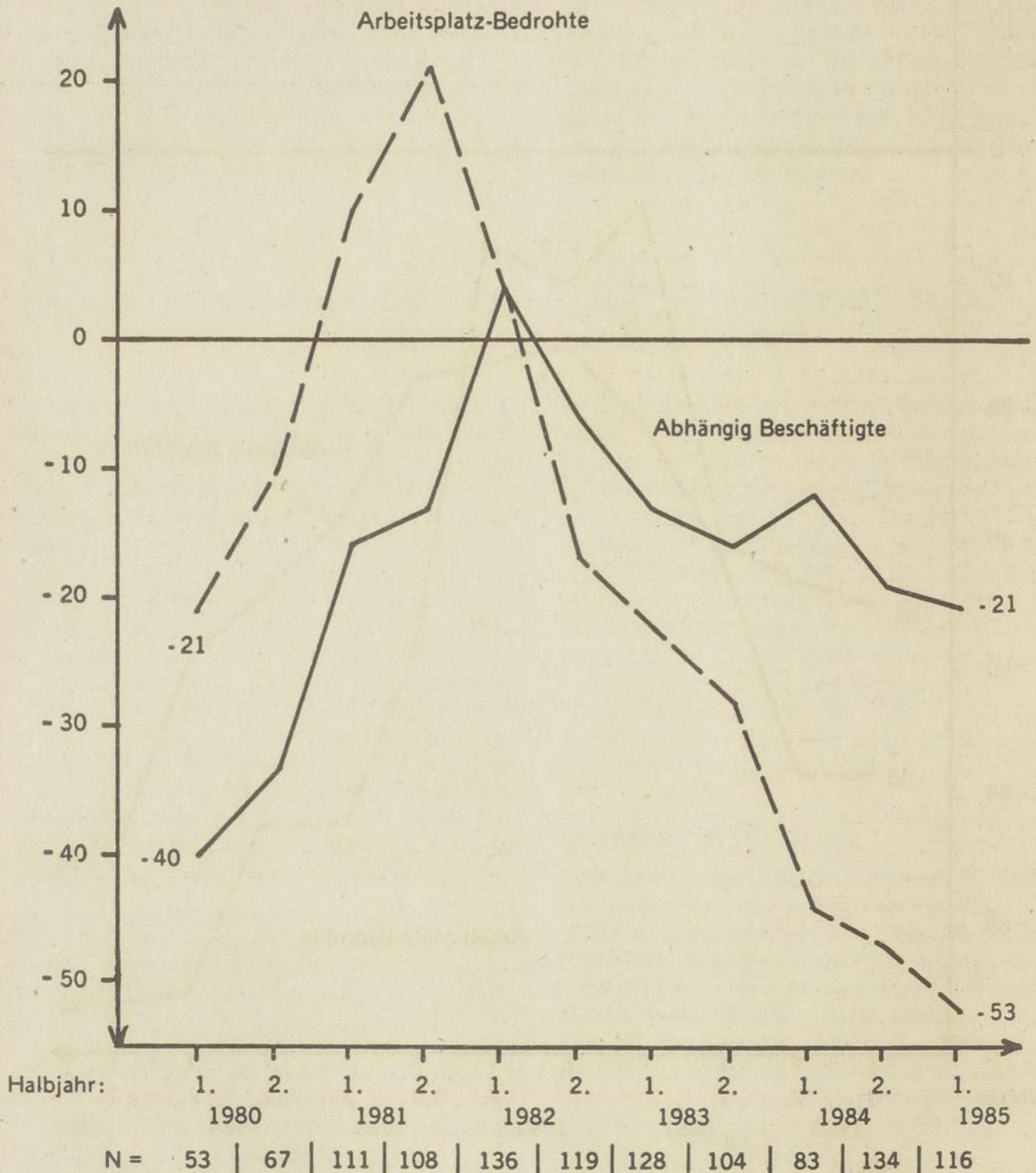
Parteipräferenzen im Arbeiterbereich
(Index: CDU/CSU minus SPD) (1980 – 1985)



N = 134 | 179 | 291 | 243 | 259 | 305 | 302 | 288 | 243 | 247 | 255

Quelle: ifas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), 1980 bis 1985, halbjährlich ca. 13.000 Fälle, Random-Auswahl

Parteipräferenzen bei gewerkschaftlich organisierten Angestellten und Beamten
(Index: CDU/CSU minus SPD) (1980 – 1985)



Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), 1980 bis 1985, halbjährlich ca. 13.000 Fälle, Random-Auswahl

hatte die SPD im Arbeiterbereich einen Vorsprung von 48 Punkten vor der Union. Bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten war die Dominanz der SPD weniger stark ausgeprägt. Hier erreichte sie Anfang der achtziger Jahre einen Wert von - 35, d. h. sie lag bei der Parteipräferenz 35 Punkte vor der CDU/CSU. Bis zum zweiten Halbjahr 1982 rangierten die SPD-Werte bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten im Arbeiterbereich immer unter dem Niveau der Werte bei den abhängig Beschäftigten.

Mit dem Wechsel in Bonn erhöhte sich umgehend die SPD-Affinität der vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten, ihre Anti-Regierungshaltung führte zu einem eindeutigen SPD-Überhang im Vergleich zu der Situation bei den abhängig Beschäftigten insgesamt. Im zweiten Halbjahr 1983 erreichten die Sozialdemokraten bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten einen Vorsprung von 52 Punkten vor der CDU/CSU. Bei den abhängig Beschäftigten insgesamt lagen sie hingegen zum gleichen Zeitpunkt nur mit 28 Punkten vor der stärksten Bonner Regierungspartei. Im ersten Halbjahr 1985 ist der SPD-Vorsprung in beiden Gruppen noch größer geworden. Bei den Krisenverlierern im Arbeiterbereich beträgt der Abstand nun 65 Punkte (s. Abb. S. 9).

Ähnlich prägnant ist der Anti-Regierungseffekt im zweiten Stammwählerbereich der SPD, bei den

gewerkschaftlich organisierten Angestellten und Beamten. Bis Anfang 1982 schnitt die Union in diesem Wählersegment bei den Krisenverlierern besser ab als bei den abhängig Beschäftigten. Lag die Union bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten im ersten Halbjahr 1980 21 Punkte hinter der SPD, so betrug der Abstand bei den abhängig Beschäftigten in den gewerkschaftlichen Mittelschichten zum gleichen Zeitpunkt 40 Punkte, d. h. der Indexwert betrug zu diesem Zeitpunkt - 40.

Mit der Wende in Bonn setzte sich auch in diesem Bereich die SPD bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten wieder stärker in Szene. Anfang 1985 distanzierte sie die Union in diesem Wählerbereich um 53 Punkte (s. Abb. S. 10).

In den CDU/CSU Stammwählerbereichen („Alte Mitte“, „Katholischer Traditionsbereich“) zeigt sich das gleiche Muster: In der Alten Mittelschicht und im Katholischen Traditionsbereich war die Union bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten bis zur Wende im Oktober 1982 stärker als bei den abhängig Beschäftigten insgesamt in diesem Wählersegment. Mit der Regierungsübernahme in Bonn wandten sich die Krisenverlierer in diesen beiden Bereichen jedoch stärker von der Union ab. Anfang 1985 lag die SPD in beiden Stammwählerbereichen mit - 20 bzw. - 45 deutlich vor der Union.

VI. Das Potential extremer Parteien in den achtziger Jahren

Die Wirkung der Massenarbeitslosigkeit in der Endphase der Weimarer Republik hat in der Bundesrepublik eine besondere Sensibilität für systemgefährdende Strömungen geweckt, die durch Krisenbetroffenheit ausgelöst werden können. Die bisherige Analyse hat jedoch für die achtziger Jahre gezeigt, daß eine extremistische Partei im klassischen Sinne weder bei Wahlen noch bei den geäußerten Parteipräferenzen eine Rolle spielt. Nur die Grünen können gegenwärtig als nicht-etablierte linke Randpartei bei Arbeitslosen und vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten in nennenswertem Umfang reüssieren.

Die Frage bleibt, ob sich unter der relativ ruhigen Oberfläche möglicherweise extreme Veränderungen andeuten, die mit den bisherigen Indikatoren nicht gemessen werden können. Daher soll auf „weichere“ Indikatoren zurückgegriffen werden. Die Fragen zielen hierbei darauf, ob man jemals eine Partei links von der SPD bzw. rechts von der CDU/CSU gewählt hat bzw. die Wahl einer solchen Partei in Zukunft für möglich hält. Personen,

die dem zustimmen, werden hiernach als Rechts- bzw. Linkspotential definiert. Darüber hinaus ist zu erwarten, daß es einen ideologisch vagabundierenden Teil des Protestpotentials gibt, der sowohl dem Links- als auch dem Rechtspotential zuzuordnen ist.

Im ersten Halbjahr 1985 spielen 18 Prozent der vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten mit dem Gedanken an eine extreme Randpartei. Hiermit wird ein Durchschnittswert für die erste Hälfte der achtziger Jahre erreicht. Der niedrigste Wert in diesem Zeitraum wurde im ersten Halbjahr 1980 mit 14 Prozent gemessen; der Höchstwert lag bei 26 Prozent im ersten Halbjahr 1983.

Analysiert man die beiden Extreme im Randbereich des Parteienspektrums, so zeigt sich auch bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten im ersten Halbjahr 1985 eine deutliche Dominanz des Linkspotentials. Das Verhältnis Links- zu Rechtspotential beträgt 11 Prozent zu 5 Prozent. Im Zeitraum Anfang 1983 bis Ende 1984 war der Überhang des Linkspotentials sogar noch deutlicher.

Tabelle 3

Potential radikaler Randparteien bei vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten											
	1. Hj. 1980	2. Hj. 1980	1. Hj. 1981	2. Hj. 1981	1. Hj. 1982	2. Hj. 1982	1. Hj. 1983	2. Hj. 1983	1. Hj. 1984	2. Hj. 1984	1. Hj. 1985
Rechtspotential	6	8	8	7	4	7	3	3	2	3	5
Linkspotential	7	6	7	6	10	9	14	19	13	17	11
Beides	1	2	3	3	4	3	1	4	4	3	2
Summe	14	16	18	16	18	19	18	26	19	23	18

Eine andere Struktur zeigt sich bis zum zweiten Halbjahr 1982: Zu Beginn der achtziger Jahre hatten die Anhänger von linken und rechten Randparteien unter den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten ungefähr ein gleiches Niveau. Die Ausdifferenzierung im Linkspotential unter den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten scheint somit in engem Zusammenhang mit der parlamentarischen Etablierung der Grünen zu stehen⁷⁾. In dem Moment, in dem die Grünen bei der Bundestagswahl 1983 über die 5-Prozent-Hürde kamen, wurden sie zum Kristallisationskern des Protestpotentials unter den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten. Eine ähnliche Entwicklung zeigte sich auch bei den Arbeitslosen.

Andererseits ist die Attraktivität im Linksspektrum abhängig von der politischen Konjunktur.

Der Anteil des linken Randpotentials bei den Krisenverlierern stieg sowohl im Gefolge der „Nachrüstungsdiskussion“ im zweiten Halbjahr 1983 als auch im Gefolge der Parteispendenaffäre im zweiten Halbjahr 1984.

Insgesamt ist das extreme Randwählerpotential jedoch nicht von großer Bedeutung. Dies gilt insbesondere für das Rechtspotential. In bezug auf das Linkspotential erfüllen die Grünen eine besondere Scharnierfunktion. Sie integrieren einen Teil des ökonomisch motivierten Protestpotentials in das parlamentarische System.

⁷⁾ Die Grünen wurden in diesem Zusammenhang als „Linkspartei“ apostrophiert, weil sie nach der Selbstdefinition ihres Wählerpotentials eine Linkspartei darstellen. Die Zuordnung beruht somit nicht auf einer programmatisch ideologischen Verortung der Grünen.

VII. Politische Reaktionen von vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre

Im bisherigen Teil der Untersuchung sind die *aktuellen* politischen Reaktionsmuster von Krisenverlierern in den achtziger Jahren analysiert worden. Handelt es sich bei diesen Reaktionsformen um *spezifische Reaktionen* von Krisenverlierern, die nur im Kontext der wirtschaftlichen und sozialen Bedingungen der achtziger Jahre auftreten, oder zeigen sich in der Bundesrepublik in anderen ökonomischen Krisenzeiten *ähnliche bzw. identische Muster*? Dieser Frage soll im folgenden rückblickend für die Wirtschaftskrisen Mitte der siebziger Jahre nachgegangen werden.

Parteipräferenzen von vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten (1975–1979)

Im Winter 1974/75 wurde die Bundesrepublik von der zweiten großen Wirtschaftskrise betroffen. Lag die jährliche Arbeitslosenquote 1974

noch bei 2,5 Prozent und waren zu Beginn der siebziger Jahre noch Arbeitslosenquoten unter 1 Prozent gemessen worden, so schnellte die Arbeitslosenquote 1975 auf 4,7 Prozent hoch. Mit 1,074 Millionen Arbeitslosen wurde 1975 zum ersten Mal seit 1954 wieder die Millionengrenze überschritten.

Unter diesen Bedingungen konnte die oppositionelle CDU/CSU 1975 einen deutlichen Vorsprung vor den Sozialdemokraten bei den Krisenverlierern für sich verbuchen. So betrug der CDU/CSU-Anteil im zweiten Halbjahr 1975 43 Prozent, während die SPD 35 Prozent erreichte.

Im Umfeld der Bundestagswahl 1976, die durch eine besonders scharfe Polarisierung von SPD und CDU/CSU geprägt war, konnte die Union ihren Vorsprung sogar noch ausdehnen. Im zweiten Halbjahr 1976 betrug das Verhältnis CDU/

Tabelle 4

**Parteipräferenz von vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten
1975 bis 1979**

	1. Hj. 1975	2. Hj. 1975	1. Hj. 1976	2. Hj. 1976	1. Hj. 1977	2. Hj. 1977	1. Hj. 1978	2. Hj. 1978	1. Hj. 1979	2. Hj. 1979
CDU/CSU	41	43	37	53	48	39	40	40	31	37
SPD	36	35	38	30	32	42	41	41	47	37
FDP	5	6	9	6	5	5	5	2	4	4
Andere	3	3	3	2	2	2	3	5	1	6
Keine Angabe	15	13	13	9	13	12	11	12	17	16
N =	466	551	401	335	509	526	459	313	276	327

CSU-Stimmen zu SPD-Stimmen bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten 53 : 30.

Infolge der sich stabilisierenden Wirtschaftssituation und der abnehmenden Arbeitslosigkeit gegen Ende der siebziger Jahre konnten die Sozialdemokraten bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten gegenüber der Union wieder Boden gut machen. Ab Ende 1977 hatten die Sozialdemokraten bei dieser Gruppe einen leichten Vorsprung vor der CDU/CSU.

Im Unterschied zur heutigen Situation spielte die FDP in den Jahren 1975 bis 1976 bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten eine gewisse Rolle. In diesem Zeitraum konnten die Liberalen zwischen 5 und 6 Prozent, im ersten Halbjahr 1976 sogar 9 Prozent, der vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten für sich gewinnen. Gegen Ende der siebziger Jahre nahm der Einfluß der FDP bei dieser Gruppe ab. Andere politische Parteien, d. h. insbesondere DKP und NPD, profitierten Mitte der siebziger Jahre kaum von dem relativ schweren Beschäftigungseinbruch. Im Zeitraum 1975/76 erreichten die „anderen politischen Parteien“ höchstens 3 Prozent der Wählerstimmen; 1977 waren es sogar nur 2 Prozent.

Hierin zeigt sich ein wichtiger Unterschied zur Krisensituation 1981/84: Während sich in der Krise der achtziger Jahre eine starke nicht-etablierte Randpartei („Die Grünen“) herausgebildet hat mit einem beachtlichen Einfluß bei den Krisenverlierern, ist eine vergleichbare Entwicklung in den Jahren 1975/76 noch nicht zu beobachten.

Anti-Regierungs- oder Klientelverhalten?

Für die achtziger Jahre war ein deutliches Anti-Regierungsverhalten bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten konstatiert worden. Läßt sich dieses Ergebnis auch für die siebziger Jahre bestätigen? Unter der bundespolitischen Konstellation

der zweiten Hälfte der siebziger Jahre wäre ein Anti-Regierungseffekt durch subjektiv empfundene Arbeitsplatzbedrohung dann aufgetreten, wenn die vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten im Vergleich zu den abhängig Beschäftigten stärker die CDU/CSU präferiert hätten. Das Ergebnis der Analysen ist eindeutig: Die vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten sind zu jedem Zeitpunkt ab Anfang 1975 regierungskritischer als die abhängig Beschäftigten insgesamt. Die Anti-Regierungsthese bestätigt sich somit nicht nur in den achtziger Jahren, sondern auch für die zweite Hälfte der siebziger Jahre.

Besonders stark ist der Anti-Regierungseffekt im Umfeld der Bundestagswahl 1976: Im zweiten Halbjahr 1976 lagen die Sozialdemokraten bei den abhängig Beschäftigten insgesamt 12 Punkte vor der CDU/CSU. Zum gleichen Zeitpunkt konnte die Union bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten die SPD deutlich distanzieren. Sie lag im zweiten Halbjahr 1976 23 Punkte vor der SPD. Dies war der größte Vorsprung, den die Oppositionspartei im gesamten Zeitraum 1975 bis 1979 erreichen konnte. Der Anti-Regierungseffekt wird somit bestätigt, während die Bedeutung der Klientelbindung eindeutig falsifiziert werden kann.

Kontexteffekt

Wie stark ist die Abwendung der Krisenverlierer von der SPD, und inwieweit wird dieser Prozeß durch die Höhe der nationalen Arbeitslosenquote beeinflusst? Läßt sich somit auch hier die These bestätigen, in der ein positiver Zusammenhang zwischen Anti-Regierungsverhalten und der Höhe der nationalen Arbeitslosenquote hergestellt wird?

Für die zweite Hälfte der siebziger Jahre kann diese Vermutung genauso wie für die achtziger

Jahre nur teilweise bestätigt werden. Die Entwicklung der Parteipräferenzen der vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten im Zeitraum 1975 bis 1977 scheint eher durch die politische Konjunktur und hierbei insbesondere durch die Bundestagswahl 1976 geprägt worden zu sein als durch die objektive Arbeitsmarktentwicklung. Obwohl die Arbeitslosenquote 1975 und 1976 konstant blieb, stieg der Vorsprung der CDU/CSU vor der SPD bei den Krisenverlierern von 5 Punkten (1. Halbjahr 1975) auf 23 Punkte im zweiten Halbjahr 1976. Die starke Polarisierung, die in der Wählerschaft insgesamt im Umfeld der Bundestagswahl zu beobachten war, scheint durch die individuelle Betroffenheit der vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten noch verstärkt worden zu sein.

Die Entwicklung Ende der siebziger Jahre unterstützte hingegen den vermuteten Kontexteffekt. Der Abbau der Arbeitslosigkeit von 1978 auf 1979 wurde begleitet von einer stärkeren Verankerung der Sozialdemokraten bei den Krisenverlierern. Der Vorsprung der SPD stieg im ersten Halbjahr 1979 auf 16 Punkte. Aber auch hier war die Wirkung nicht so eindeutig, wenn man den Wert Ende 1979 (Indexwert: 0) berücksichtigt. Insgesamt kann somit der vermutete Kontexteffekt auch für die siebziger Jahre nicht voll bestätigt werden.

Stammwählerverhalten

Die bisherigen Untersuchungsergebnisse führen zu der Vermutung, daß sich bei Krisenbetroffenheit ein Anti-Regierungsverhalten auch in den Stammwählerbereichen der beiden großen Parteien herausbildet. Das Ergebnis aus den achtziger Jahren läßt sich auch für die zweite Hälfte der siebziger Jahre bestätigen: Sowohl im Arbeiterbereich und bei den gewerkschaftsnahen Mittelschichten als auch in der „Alten Mittelschicht“ zeigt sich bei den vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten eine deutlich kritischere Haltung gegenüber der regierenden SPD, als dies bei den abhängig Beschäftigten insgesamt der Fall ist.

Besonders deutlich ist dieser Effekt im Arbeiterbereich. In diesem Stammwählerbereich der SPD gelang es der Union im Umfeld der Bundestagswahl 1976, bei den Krisenverlierern sogar mehr Stimmen zu mobilisieren (Indexwert: + 9) als die SPD. Gleichzeitig jedoch wies die SPD zu diesem Zeitpunkt einen Vorsprung von 48 Punkten vor der Union bei den abhängig Beschäftigten insgesamt im Arbeiterbereich auf⁸⁾.

⁸⁾ Der Anti-Regierungseffekt wird nur in zwei Punkten in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre nicht bestätigt: Dies gilt für das erste Halbjahr 1976 und für das erste Halbjahr 1979.

Auch in den gewerkschaftsnahen Mittelschichten schnitt die Union in den Jahren 1975 bis 1977 unter den Krisenverlierern überdurchschnittlich gut ab. In diesem Zeitraum konnte die Bonner Oppositionspartei teilweise erheblich mehr vom Arbeitsplatzverlust Bedrohte in diesem SPD-Segment für sich gewinnen. Ihr Vorsprung in diesem Wählersegment betrug maximal 18 Punkte vor der SPD. Bei den abhängig Beschäftigten insgesamt hingegen verfügte die SPD auch in diesem Stammwählerbereich über eine satte Mehrheit. Der SPD-Vorsprung lag in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre hier zwischen 18 und 34 Punkten.

Innerhalb der eigenen CDU-Anhängerschaft führte die Arbeitsplatzverlust Bedrohung zu einer Steigerung der inneren Kohäsion. Vom Arbeitsplatzverlust Bedrohte Arbeitnehmer in der „Alten Mittelschicht“ präferierten für die gesamte zweite Hälfte der siebziger Jahre stärker die CDU/CSU als die Vergleichsgruppe der abhängig Beschäftigten insgesamt in diesem Segment. Während der Vorsprung der Union in diesem Zeitraum bei den abhängig Beschäftigten hier zwischen 17 und - 1 Punkt schwankte, lag der Höchstwert bei den Krisenverlierern bei + 44 und das Minimum bei + 14 (s. Abb. S. 15).

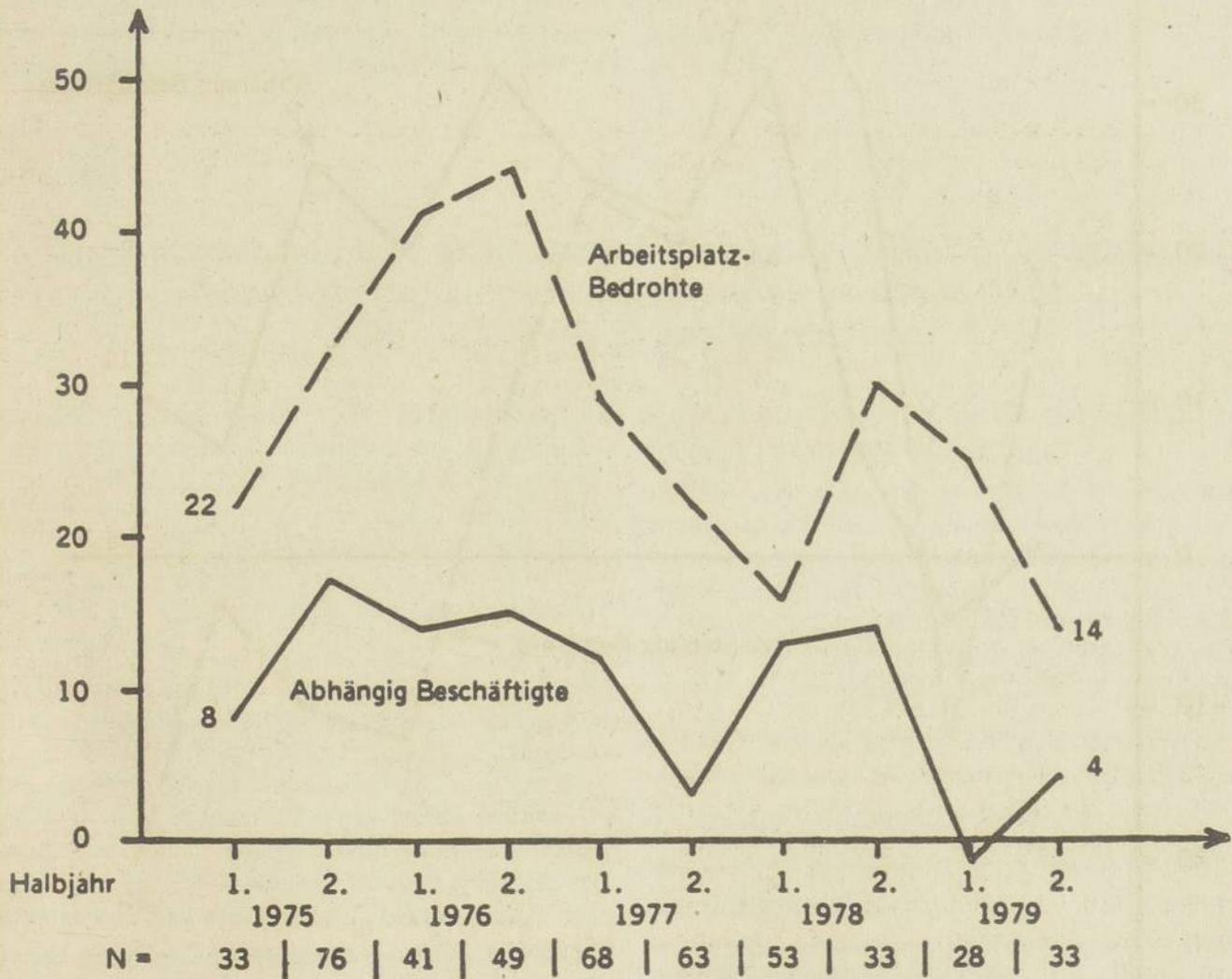
Insgesamt läßt sich somit auch in den Stammwählerbereichen von SPD und CDU/CSU in den siebziger Jahren dann ein Anti-Regierungsverhalten feststellen, wenn Arbeitnehmer aus diesen Wählersegmenten um die Sicherheit des eigenen Arbeitsplatzes hochgradig besorgt sind. Der Anti-Regierungseffekt ist somit über einen Zeitraum von zehn Jahren hinweg ein allgemeines Reaktionsmuster von vom Arbeitsplatzverlust bedrohten Wählerschichten.

Bedeutung politischer Protestparteien in der Krise 1975/76

Analysiert man für Mitte der siebziger Jahre die Angebotsseite des politischen Parteiensystems in der Bundesrepublik, so stellt man fest, daß im Gegensatz zur Krise 1966/67 und im Gegensatz zur Situation nach 1981 keine extreme Randpartei nennenswerte Stimmen bei Kommunal-, Landtags- und Bundestagswahlen auf sich vereinigen konnte.

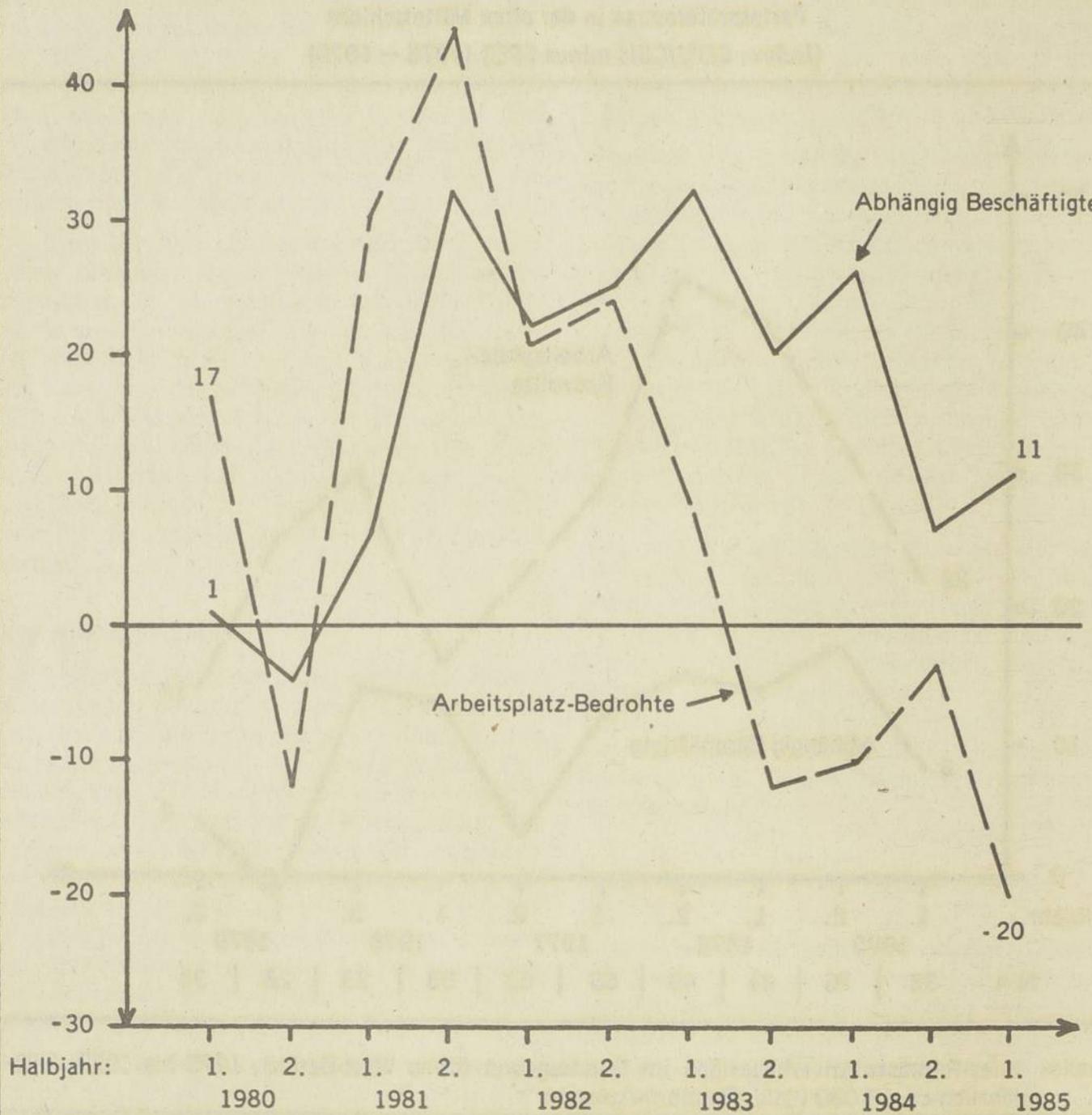
Dies gilt auch für die Gruppe der vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten. In den Jahren 1975 und 1976 präferierten 2 bis 3 Prozent unter den Krisenverlierern eine „andere Partei“, d. h. entweder die NPD oder die DKP. Auch bei denjenigen Erwerbstätigen, die ihre eigene wirtschaftliche Lage pessimistisch einschätzten, konnten die Randparteien zu dieser Zeit nicht mehr Stimmen für sich mobilisieren. Das heißt, erhöht Arbeitsplatzbe-

**Parteipräferenzen in der alten Mittelschicht
(Index: CDU/CSU minus SPD) (1975 – 1979)**



Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), 1975 bis 1979, halbjährlich ca. 13.000 Fälle, Random-Auswahl

Parteipräferenzen in der alten Mittelschicht
 (Index: CDU/CSU minus SPD) (1980 – 1985)



N = 30 | 38 | 80 | 86 | 105 | 94 | 102 | 87 | 86 | 74 | 62

Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), 1980 bis 1985, halbjährlich ca. 13.000 Fälle, Random-Auswahl

drohung in den achtziger Jahren die Attraktivität einer linken Randpartei, so ist für die Mitte der siebziger Jahre kein nennenswertes Protestwahlverhalten und auch keine nennenswerte Radikalisierung der Krisenverlierer festzustellen.

Ein „weicherer“ Indikator zur Bestimmung des Protestwählerpotentials ergibt sich dann, wenn man nach der Bereitschaft zur Wahl einer Partei rechts von der CDU/CSU und links von der SPD fragt. Hierbei wird es immer einen ideologisch ungebundenen Teil von Protestwählern geben, der sowohl dem Links- als auch dem Rechtspotential zuzuordnen ist. Im Gegensatz zu dem manifesten Wahlverhalten hatten die Krisenverlierer Mitte der siebziger Jahre relativ hohe Anteile im

linken und rechten Randpotential. Vom ersten Halbjahr 1975 bis zum ersten Halbjahr 1976 lag das Randparteipotentail zwischen 20 und 22 Prozent. Mit der Verschärfung des innenpolitischen Klimas im Umfeld der Bundestagswahl 1976 („Freiheit statt Sozialismus“) sank das Randparteipotentail auf 15 Prozent.

Betrachtet man die beiden Extreme, so hat im gesamten Zeitraum das Rechtspotential ein Übergewicht. Im ersten Halbjahr 1975 hielt jeder zehnte vom Arbeitsplatzverlust Bedrohte die Wahl einer Partei rechts von der CDU/CSU für möglich bzw. hat eine solche Partei schon einmal gewählt, 7 Prozent neigten hingegen zum Linkspotential.

VIII. Unterschiede und Gemeinsamkeiten in den Reaktionsformen von vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten in den Krisen der siebziger und achtziger Jahre

Der Zeitvergleich eröffnet die Möglichkeit, die Frage zu überprüfen, ob sich in jeder Wirtschaftskrise jeweils *spezifische Reaktionsformen* von Arbeitnehmern zeigen, deren Arbeitsplatz gefährdet ist, oder ob es *ähnliche oder identische Reaktionsmuster* gibt. Vergleicht man die Krise 1981 — 1984 mit der Krise 1975/76, so sind drei Punkte von Bedeutung:

a) Die Krise ab 1981 wurde begleitet durch die Formierung einer linken Randpartei, die bei den Krisenverlierern überproportionale Wähleranteile erreichte. In der Rezession der Jahre 1975/76 konnten sich extreme Randparteien weder im Bundestag noch in den Landtagen etablieren. NPD und DKP blieben auch bei den Krisenverlierern ohne nennenswerten Einfluß.

b) Der Umfang des Protestwählerpotentials und der vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten ist in den beiden Krisenzeiten fast identisch und liegt zwischen 15 und 25 Prozent. In den achtziger Jahren ist der Anteil des linken Protestpotentials gewich-

tiger, während in der Krise der siebziger Jahre das rechte Protestpotential überwog.

c) Das Anti-Regierungsverhalten ist ein Grundmuster in der Reaktion von krisenbetroffenen Arbeitnehmern. Dies gilt sowohl für die Gesamtheit der Krisenverlierer als auch für das Verhalten von Krisenverlierern in den Stammwählerbereichen der beiden großen Parteien. Hier findet sich eine völlige Übereinstimmung in beiden Zeiträumen.

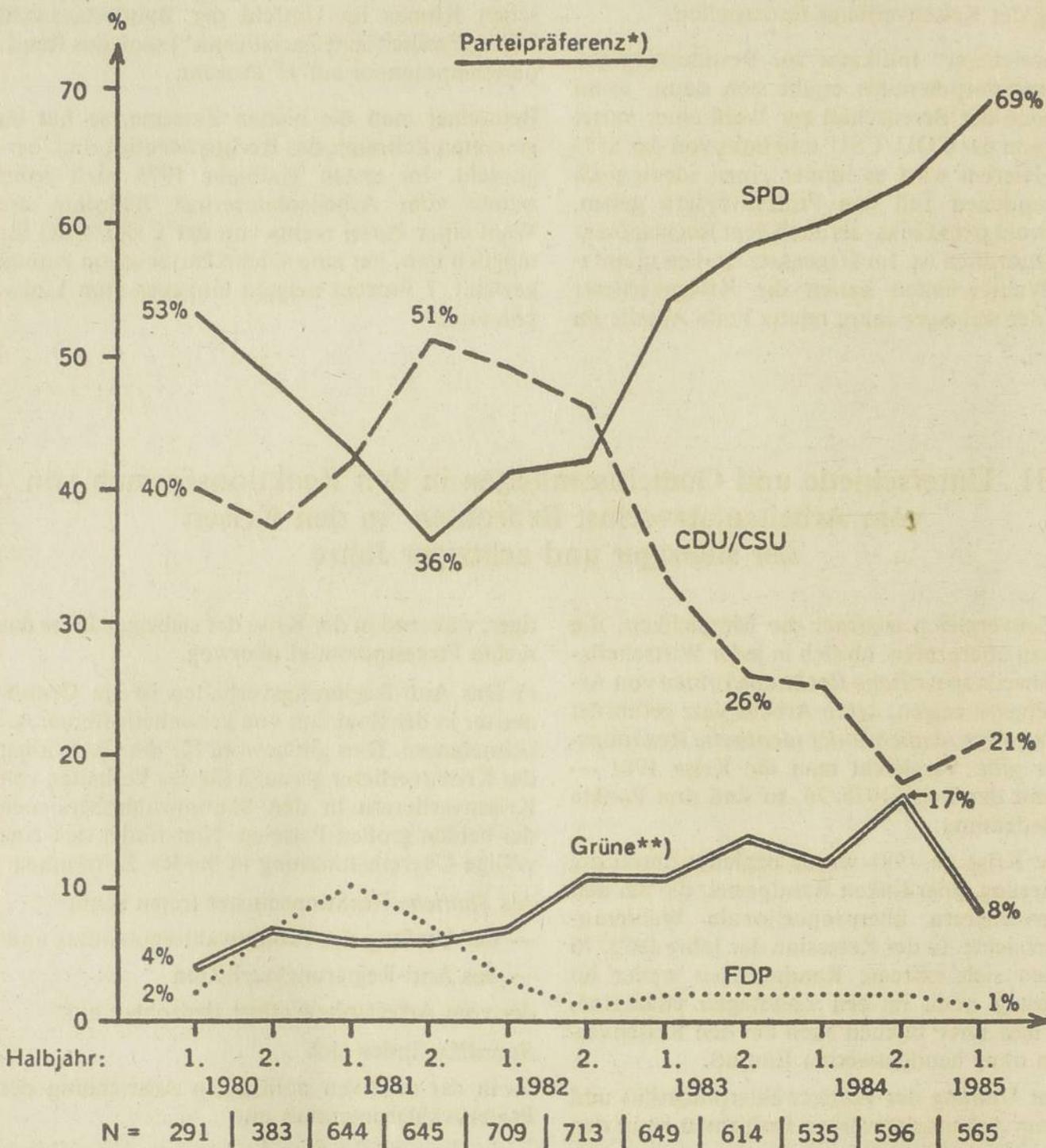
Als *ähnliche* Reaktionsmuster treten somit

- der Umfang des Protestwählerpotentials und
 - das Anti-Regierungsverhalten
- der vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten auf.

Spezifika finden sich

- in der relativen politischen Ausrichtung des Protestwählerpotentials und
- in der tatsächlichen Etablierung einer Randpartei, die von Krisenverlierern überdurchschnittlich gewählt wird.

Das Wahlverhalten der Arbeitsplatz-Bedrohten 1980 – 1985



*) Die Dimension „Keine Angabe“ wurde nicht berücksichtigt.

**) 1980 bis zweites Halbjahr 1981: Andere/Grüne

Quelle: infas-Repräsentativerhebungen im Bundesgebiet (ohne West-Berlin), 1980 bis 1985, halbjährlich ca. 13.000 Fälle, Random-Auswahl

Konflikt und Solidarität im Zeichen hoher Arbeitslosigkeit

I. Dimensionen der Betroffenheit

Noch ist Friede zwischen den Hütten und Palästen. Noch wird eher für höhere Löhne oder Arbeitszeitverkürzung als gegen Entlassungen gestreikt. Die Radikalisierung der Parteienlandschaft ist bisher ausgeblieben. Es gibt keine großen, schlagkräftigen Organisationen, die wie die Rechts- und Linksextremisten in der Spätphase der Weimarer Republik die „Schuldigen“ präsentieren und systemverändernde Patentlösungen verkünden. Die Parteien überbieten sich eher in Differenzierung, weiser Vorsicht, Reverenz vor dem Rat der Experten und den Funktionsgesetzen des Systems Wirtschaft.

Es ist vor allem die Statistik, die alarmiert. Dabei wird dem fernsehenden Durchschnittsbürger die Notlage von 2,3 Millionen Menschen kaum gegenwärtiger als die Leistungsbilanz, das Zinsniveau in den USA oder der Verfall des Ölpreinsniveaus. Das ausgebaute soziale Netz, so heißt es, erkläre die Ruhe an der politischen Front. Die Arbeitslosen hungern und frieren nicht. Sie seien nicht hart genug betroffen, um laut aufzumucken.

Arbeitslosigkeit, die länger andauert, ist jedoch ein bitteres Schicksal selbst dann, wenn ein auskömmliches Konsumniveau zunächst beibehalten werden kann. Aber die Statistik läßt nur die Spitze des Eisbergs sichtbar werden. Verborgen bleiben die Vielen, die aus Gründen der schlechten Wirtschaftslage nur geringe Berufschancen vorfinden, ihre Fähigkeiten und Fertigkeiten nicht recht einsetzen können, d. h. „qualitativ“ arbeitslos sind¹⁾. Auch diese Last fällt ganz überwiegend auf Gruppen, die noch wenig oder keinen „Besitzstand“ vorzuweisen haben: keinen Dauerarbeits- oder Ausbildungsplatz, wenig Dienstalder, Fähigkeiten und Fertigkeiten, die erst noch am Arbeitsplatz zu Berufserfahrungen werden sollen. Warum halten sie still?

Die Erfahrungen von Protestbewegungen zeigen, daß Betroffenheit allein nicht ausreicht, um im gesellschaftlichen Konzert Gehör zu finden oder

gar etwas auszurichten. Die Leidtragenden müssen organisiert, für eine gemeinsame Sache politisch mobilisierbar sein, um in der Arena des gesellschaftlichen Interessenausgleichs mithalten zu können. Die Dauerarbeitslosen und die qualitativ Arbeitslosen der siebziger und achtziger Jahre sind aber bisher überwiegend Randgruppen des Arbeitsmarktes: Ältere, Behinderte, Personen mit gesundheitlichen Einschränkungen, Jugendliche ohne Berufsausbildung, Universitätsabsolventen mancher Fachrichtungen, Frauen in ungelerten Beschäftigungen. Sie sind ohne schlagkräftige Lobby, so etwa typischerweise nicht gewerkschaftlich repräsentiert.

Hieraus läßt sich bereits folgern, daß Militanz und Ressentiment, Toleranz und Solidarität nicht mechanistische Konsequenzen quantifizierbarer wirtschaftlicher Situationen sind. Vielmehr sind sie das Ergebnis komplexer Bedingungskonstellationen. So kann eine der letzten großen Wellen politischen Protests in den westlichen Industriegesellschaften — die Studentenunruhen der späten sechziger Jahre — nicht leicht auf ökonomische Ursachen zurückgeführt werden; sie fand zu einer Zeit statt, als die Prosperität der Nachkriegszeit noch grundsätzlich intakt war.

In diesem Beitrag geht es um drei Problemkreise. Erstens: die *Beeinträchtigungen der persönlichen Bedürfnisbefriedigung*. Sind die Menschen in Zeiten der Arbeitslosigkeit und der — aus der Perspektive der Arbeitnehmer — „angespannten“ Arbeitsmarktsituation unzufriedener und kritischer geworden, und zwar in bezug auf ihre wirtschaftliche Lage, ihre Position auf dem Arbeitsmarkt, die Befriedigung an ihrem Arbeitsplatz?

Zweitens: *Toleranz und Ressentiment* im Umgang zwischen einzelnen Gruppen. Wie verändert sich

Die Autoren sind Leiter bzw. Mitarbeiter der Forschungsstelle Sozialökonomik der Arbeit der Freien Universität Berlin und des Projekts „Solidaritätspotential und Verteilungskonflikt“, das von der Deutschen Forschungsgemeinschaft gefördert wird. Sie sind ihren Kollegen Gabriele Maischein, Michael Peter und Wolfgang Prenzel für viele Hilfen und Anregungen zu Dank verpflichtet.

¹⁾ C. F. Büchtemann, Der Arbeitslosigkeitsprozeß: Theorie und Empirie strukturierter Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland, in: W. Bonss/R. G. Heinze (Hrsg.), Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft, Frankfurt/M. 1984.

das Verhältnis der Bevölkerungsmehrheit zu den Betroffenen, zu den Randgruppen, etwa den Arbeitslosen und Ausländern? Werden die Schwachen von der Mehrheit stärker ausgegrenzt, an den Rand gedrückt, zu Sündenböcken gestempelt? Oder stärkt die Verunsicherung das Mitgefühl, vielleicht sogar die Solidarität oder die Bereitschaft zum Interessenausgleich?

Und drittens: die *Konkurrenz oder Kooperation der Arbeitnehmer am Arbeitsplatz*. Wie wird die Bedrohung der Arbeitslosigkeit vor Ort erlebt? Stehen die Kollegen eher zusammen oder begünstigt die Bedrohung Egoismus und Einzelkämpfermentalität, vielleicht sogar Liebedienerei und Duckmäusertum?

Um diese wichtigen Fragen zu beantworten, brauchen wir sowohl quantitativ analysierbare empirische

Daten, die „kollektive“ Erfahrungen abbilden können, wie auch illustrativ-charakteristische Äußerungen von einzelnen. Die im folgenden referierten Daten entstammen zwei Quellen: Einer „standardisierten“ Umfrage aus dem Jahre 1985 bei einem repräsentativen Querschnitt von etwa zweitausend deutschen Erwachsenen (Bundesgebiet und Berlin-West) und mehrstündigen Interviews mit über hundert Berufstätigen aller Schichten. Aus diesen Intensivinterviews präsentieren wir gegen Ende des Aufsatzes einen charakteristischen Einzelfall. Zurückgehend auf die klassischen Studien von Adorno u. a. zur „autoritären Persönlichkeit“ kann hier nachvollzogen werden, inwieweit neben den Zufällen und Brüchen der Berufsbiographie auch dauerhafte Persönlichkeitsmerkmale und Bewußtseinsformen die Anpassung an ungünstige Arbeitsmarktsituationen prägen.

II. Wird Unterbeschäftigung als Notlage erlebt?

Wie wird die Kombination hoher, aber eher stagnierender Einkommen mit verschlechterten Beschäftigungschancen erlebt? Die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland läßt in den letzten Jahrzehnten ein gehöriges Maß an Saturierung im Hinblick auf ihren Lebensstandard erkennen. In internationalen Vergleichen ist der Anteil derjenigen Befragten am höchsten, die ihr Einkommen als mindestens ausreichend für die Befriedigung ihrer Wünsche bezeichnen. Die Sparquote der Privathaushalte ist seit den frühen fünfziger Jahren beständig angestiegen, besonders bei den unteren Einkommensschichten²⁾. Abb. 1 zeigt eine bemerkenswert günstige, in den letzten fünfzehn Jahren wenig veränderte subjektive Bewertung der eigenen wirtschaftlichen Situation. Auch die Ansprüche an die Erhöhung der Löhne bleiben bei der Mehrheit hinter einer angemessenen Beteiligung am Produktivitätsfortschritt zurück: Nur der Ausgleich für die Geldentwertung wird eingefordert. Nichts spricht dafür, daß die Veränderungen der siebziger und achtziger Jahre — verminderte oder sogar ausbleibende Einkommenszuwächse — Veränderungen der Einschätzungen hervorgerufen hätten. Allerdings ist ein größerer Anteil jüngerer Menschen unter dreißig mit ihrer Einkommenssituation unzufriedener geworden.

Diese Anzeichen der Unzufriedenheit bei jüngeren Menschen müssen im Zusammenhang mit den

Veränderungen der Situation gesehen werden. In den sechziger und frühen siebziger Jahren kam der Ausbau des Wohlfahrtsstaates hauptsächlich den älteren Bürgern zugute. Die Rentenzahlungen erhöhten sich stärker als die Nettolöhne oder Gehälter. Umgekehrt ging die verschlechterte Arbeitsmarktsituation hauptsächlich auf Kosten der Jüngeren. Während zumindest männliche Erwerbspersonen mittleren Alters in ihren Arbeitsverhältnissen relativ gut etabliert sind, sind die Berufsanfänger die Hauptopfer von Einstellungsstopps und stagnierender Beschäftigung. Die Beförderungschancen werden empfindlich beeinträchtigt, der Arbeitsplatzwechsel erschwert. Einen ersten Hinweis darauf, wie die Verdoppelung der Arbeitslosenzahlen in der ersten Hälfte dieses Jahrzehntes wahrgenommen wird, gibt die Zeitreihe „Arbeitsmarktpotenz“ (Abb. 1). Die meisten Arbeitnehmer waren noch 1980 überzeugt, es würde ihnen leichtfallen, bei Verlust ihres Arbeitsplatzes wieder eine geeignete Stelle zu finden. 1985 war nur noch eine Minderheit von 21 % dieser Meinung, während sich die eher skeptisch-resignierenden Antworten „schwierig“ und „praktisch unmöglich“ von 45 % auf 76 % vermehrt hatten.

Abb. 1 läßt auch die in den letzten zwanzig Jahren drastisch verminderte Arbeitszufriedenheit erkennen und ortet die Veränderungen wiederum hauptsächlich in den jüngeren Altersgruppen. Ähnliches gilt für die Bewertung der Arbeit im Verhältnis zur Freizeit; besonders bei den Jüngeren hat Arbeit an relativer Popularität verloren. Aus

²⁾ M. v. Klipstein/B. Strümpel, *Der Überdruß am Überfluß. Die Deutschen nach dem Wirtschaftswunder*, München 1984.

Abb.1: Indikatoren im Zeitverlauf

1) „Manche sagen, daß der Aufschwung nur kommt und die Arbeitslosigkeit nur gesenkt werden kann, wenn sich alle Arbeitnehmer in diesem Jahr mit maßvollen Lohnerhöhungen begnügen. Welcher Aussage würden Sie zustimmen: (1) notfalls Löhne gar nicht erhöhen; (2) Lohnsteigerung nur als Inflationsausgleich; (3) nicht nur Inflationsausgleich, sondern real mehr.“ (Tabelliert: [1]+[2]).

2) „Wenn Sie Ihre jetzige Stelle verlieren würden, wäre es dann für Sie (1) leicht, (2) schwierig oder (3) praktisch unmöglich, wieder eine geeignete Stelle zu finden?“ (Tabelliert: [2]+[3]).

3) „Sind die wirtschaftlichen Verhältnisse bei uns in der Bundesrepublik — ich meine, was die Menschen besitzen und was sie verdienen — im großen und ganzen gerecht oder nicht gerecht?“ (1) gerecht, (2) nicht gerecht, (3) unentschieden. (Tabelliert: [1]).

4) „Eine Frage zu Ihrem Beruf: Würden Sie sagen, daß Sie Ihre Arbeit (1) voll und ganz befriedigt oder (2) nur zum Teil oder (3) überhaupt nicht?“ (Tabelliert: [1]).

5) Dto. für 16–29jg. Arbeitnehmer.

6) „Wie beurteilen Sie Ihre eigene wirtschaftliche Lage? Würden Sie sagen ... (1) sehr gut, (2) gut, (3) es geht, (4) nicht so besonders, (5) nicht gut.“ (Tabelliert: [1]+[2]).

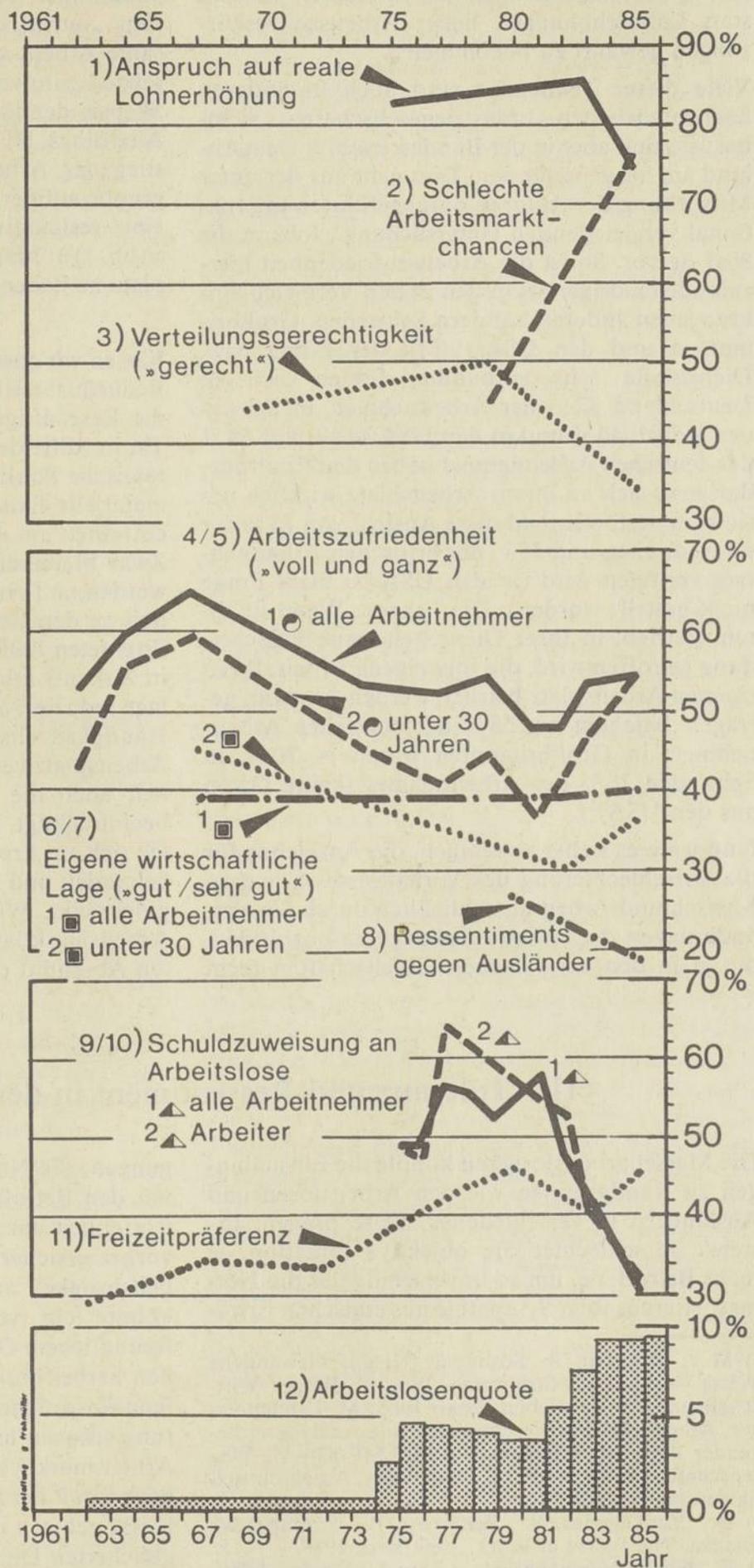
7) Dto. für 16–29jg. Arbeitnehmer.

8) „Wenn Arbeitsplätze knapp werden, sollte man die Gastarbeiter wieder in ihre Heimat zurückschicken.“ Skala von (1) „stimme überhaupt nicht zu“ bis (7) „stimme voll und ganz zu.“ (Tabelliert: [7]).

9) „Eine Frage zu den Arbeitslosen: Glauben Sie, daß es unter denen, die zur Zeit arbeitslos sind, (1) viele gibt, die nicht arbeiten wollen, oder (2) sind das nur Einzelfälle?“ (Tabelliert: [1]).

10) Dto. für Arbeiter.

11) „Welche Stunden sind Ihnen ganz allgemein am liebsten: die Stunden (1) während der Arbeit, (2) während Sie nicht arbeiten oder mögen Sie (3) beide gern?“ (Tabelliert: [2]).



Quellen: Ressentiments gegen Ausländer (ALLBUS); Arbeitsmarktchancen (Infratest); alles andere (IfD Allensbach)

vielen Umfragen geht außerdem hervor, daß immer mehr Arbeitnehmer es vorziehen würden, statt Lohnerhöhungen lieber Arbeitszeitverkürzungen gewährt zu bekommen³⁾.

Viele dieser Tendenzen sind auch in anderen hochentwickelten Industriegesellschaften sichtbar; sie sind aber in der Bundesrepublik Deutschland am ausgeprägtesten. Dies geht aus der unter Mitwirkung der Autoren durchgeführten international vergleichenden Untersuchung „Jobs in the 80s“ hervor. So ist die Arbeitszufriedenheit hierzulande niedriger als in den in den Vergleich einbezogenen anderen Ländern Schweden, Großbritannien und den USA⁴⁾: Mit der Firma bzw. Dienststelle sehr verbunden fühlen sich in Deutschland 32 % der Arbeitnehmer, in Schweden jedoch 40 % und in den USA 44 %. Nur 54 % der deutschen Arbeitnehmer haben den Eindruck, daß man sich an ihrem Arbeitsplatz wirklich um sie kümmert, während diese Ansicht von 75 % der schwedischen und 55 % der britischen Arbeitnehmer vertreten wird (in den USA ist diese Frage nicht gestellt worden). Die Frage: „Wenn in Ihrem Betrieb, in Ihrer Dienststelle eine Entscheidung getroffen wird, die Ihre eigene Arbeit, Ihren eigenen Arbeitsplatz betrifft, werden Sie dann gefragt?“ bejahten nur 58 % der deutschen Arbeitnehmer; in Großbritannien waren es 70 %, in Schweden 76 % der Arbeitnehmer (keine Daten aus den USA)⁵⁾.

Nun wäre es sicher zu einfach, die Anzeichen für die Verschlechterung des Verhältnisses zwischen Mensch und Arbeit ausschließlich durch die Veränderungen der Arbeitsmarktlage zu begründen, die ja in den verglichenen Gesellschaften recht

parallel verlaufen. Andere Ursachen, wie die Veränderungen der Ansprüche an die Arbeit zugunsten „intrinsischer“ Befriedigungen — interessante Arbeit, sympathische Kollegen und Vorgesetzte, „sinnvolle“ Arbeit —, haben gerade zur Skepsis der jüngeren Arbeitnehmer beigetragen. Allerdings läßt der überraschende jüngste Anstieg der Arbeitszufriedenheit in dieser Altersgruppe auf der Basis eines sehr niedrigen Niveaus eine resignative Anspruchsreduktion erkennen (Abb. 1)⁶⁾: Man ist froh, überhaupt einen Arbeitsplatz zu haben.

Fassen wir zusammen: Das Lebensgefühl und die Bedürfnisbefriedigung der Menschen ist durch die Beschäftigungskrise der letzten Jahre in der Tat in Mitleidenschaft gezogen worden. Der neuralgische Punkt ist nicht so sehr die Sorge um die materielle Existenz, als vielmehr die Stellung des einzelnen am Arbeitsmarkt und am Arbeitsplatz. Zwar bleibt die Erwartung, selber arbeitslos zu werden, auf eine Minderheit beschränkt: Zusätzlich zu den bereits Arbeitslosen (etwa 10 %) befürchteten 1985 9 % der Beschäftigten, sie könnten in Zukunft arbeitslos werden. Die Arbeitsmarktlage reduziert aber drastisch die Chancen und die Häufigkeit eines arbeitnehmerseitig veranlaßten Arbeitsplatzwechsels; sie hat in der Vergangenheit auch die Arbeitszufriedenheit empfindlich beeinträchtigt. Die deutschen Arbeitnehmer fühlen sich am Arbeitsplatz besonders häufig schlecht behandelt und in ihrer Entscheidungsfreiheit eingeschränkt. Wir werden den Auswirkungen der Arbeitsmarktlage auf das Betriebsklima im vierten Abschnitt dieses Beitrages nachgehen.

III. Toleranz und Ressentiment in der Gesellschaft

Die Massenarbeitslosigkeit könnte die Einstellungen zu Randgruppen wie den Arbeitslosen und Ausländern in verschiedener Weise prägen. Erstens: Je schlechter die objektive Situation, je mehr Betroffene, um so unverschuldeter die Notlage. Hieraus folgt Sympathie aus ethischen Erwä-

gungen; die Nichtbetroffenen empfinden Mitleid mit den Betroffenen. Zweitens: Je mehr die Betroffenheit um sich greift, um so eher könnte ein vorher gesichert Beschäftigter das Risiko der Arbeitslosigkeit am eigenen Leibe verspüren. Hier könnte ein verändertes Interessenkalkül eine freundlichere Gesinnung gegenüber den Betroffenen herbeiführen. Und drittens: Je mehr Betroffene Ansprüche auf wohlfahrtsstaatliche Absicherung erheben und/oder die Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt verstärken, um so mehr wird die Gemeinschaft der Steuerzahler oder Versicherten zur Kasse gebeten oder der Arbeitsplatz des bis dato gesicherten Durchschnittsbürgers gefährdet. Hier resultierte Ressentiment aus dem Interesse indirekter Betroffenheit. Viertens: Eine ethisch-ästhe-

³⁾ M. v. Klipstein/B. Strümpel (Hrsg.), *Gewandelte Werte — Erstarrte Strukturen. Wie die Bürger Wirtschaft und Arbeit erleben*, Bonn 1985; M. Landenberger, *Arbeitszeitwünsche. Vergleichende Analyse vorliegender Befragungsergebnisse*, IIM/LMP 83—17, Wissenschaftszentrum Berlin; P. Pawlowsky, *Arbeitseinstellungen im Wandel*, München 1986.

⁴⁾ D. Yankelovich/H. Zetterberg/B. Strümpel/M. Shanks, *The World at Work*, New York 1985.

⁵⁾ E. Noelle-Neumann/B. Strümpel, *Macht Arbeit krank — macht Arbeit glücklich?*, München 1984.

⁶⁾ P. Pawlowsky (Anm. 3).

tisch begründete indirekte Betroffenheit kann Ressentiment erzeugen. Massenarbeitslosigkeit paßt nicht in die gesonderte soziale Landschaft der Verfechter der Arbeitswelt und stört die bürgerliche Vorstellung der Wohlstandsgesellschaft als einer heilen, berechenbaren Welt (Dahrendorf). Schließlich kann die aggressive Abgrenzung gegen betroffene Minderheiten (wie Ausländer oder Arbeitslose) auch Ausfluß eines „Sündenbock-Denkens“ der scheinbar Abgesicherten sein: Prekär Beschäftigte verdrängen ihre Entlassungssorgen, indem sie den Ausländern oder Arbeitslosen selbst die Schuld für ihre schlechte Lage zuschieben.

Die Deutschen scheinen entsprechend den ersten beiden Hypothesen zu reagieren. Abb. 1 faßt die Einstellungen der Bevölkerung gegenüber den Arbeitslosen im Zeitablauf zusammen. 1975, als die Frage zum ersten Mal gestellt wurde, äußerte sich jeder zweite Befragte abweisend-kritisch. Die Ausgrenzung der Arbeitslosen nahm bis zum Ende des Jahrzehnts noch zu. 1982 war der Wendepunkt. Die Arbeitslosigkeit überstieg zwei Millionen. Zur Zeit gibt es in jeder dritten deutschen Familie wenigstens einen Erwachsenen, der entweder arbeitslos ist oder war.

Während die Personen mit höherem beruflichen Status sich etwas toleranter äußern und ihre Einstellung weniger schwankt, haben die Ereignisse bei den Arbeitern zu besonders deutlichen Meinungsveränderungen zugunsten der Arbeitslosen geführt. Die Arbeiter sehen sich hier in einem Konflikt. Erstens sind sie unter den tatsächlichen oder potentiellen Opfern der Arbeitsmarktlage überrepräsentiert. Zweitens aber vergleichen sie ihre Lage besonders intensiv mit der der Arbeitslosen. Sie arbeiten hart und sind sich darüber im klaren. Die Versuchung liegt für sie nahe, die Arbeitslosen als privilegiert zu betrachten, als Menschen, die ohne Leistung auf Kosten der arbeitenden Mehrheit ihr Auskommen finden⁷⁾.

Ebenso wie die freundlichere Einstellung zu Arbeitslosen läßt die Verschärfung der Kritik an der Verteilungsgerechtigkeit in den letzten Jahren auf eine verstärkte Sympathie mit den Benachteiligten in unserer Gesellschaft schließen. Schließlich hat sich auch die Ausländerfeindlichkeit in den letzten Jahren offensichtlich abgeschwächt. Hier kann ja die potentielle Betroffenheit, das Eigeninteresse, kaum eine Rolle spielen, denn die Befragungsergebnisse stützen sich auf eine Stichprobe von *Deutschen*. Der Verkaufserfolg des Erfahrungsberichtes eines deutschen Schriftstellers,

⁷⁾ Vgl. hierzu K. Brenke/M. Peter, Arbeitslosigkeit im Meinungsbild der Bevölkerung, in: M.v. Klipstein/B. Strümpel (Anm. 3).

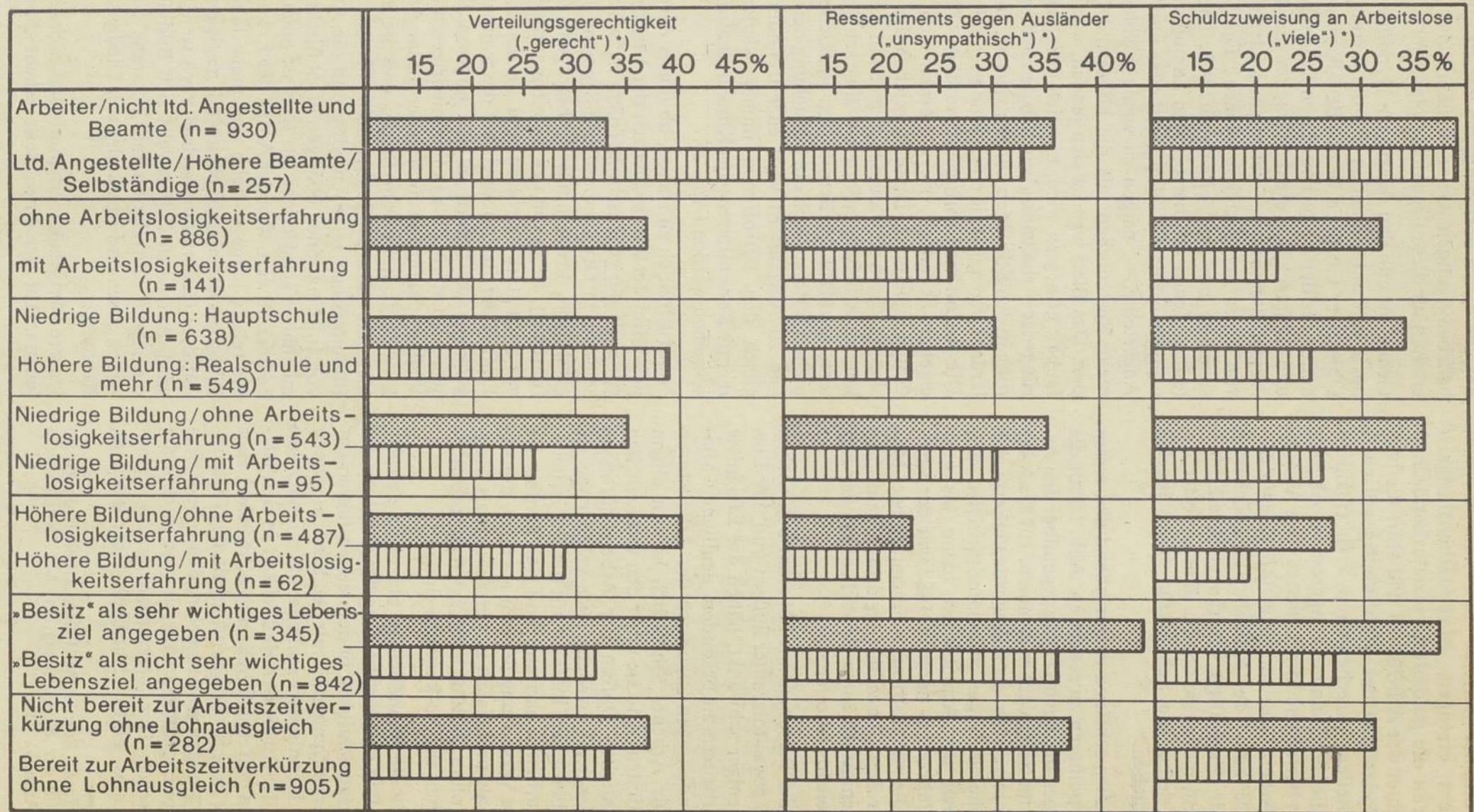
der, als Türke posierend, die katastrophalen Arbeitsbedingungen vieler ausländischer Arbeiter erlebt, läßt diese Ergebnisse plausibel erscheinen.

Gehen wir nun den skizzierten Hypothesen weiter nach. Wie unterscheiden sich die Reaktionen verschiedener Gruppen in der Bevölkerung voneinander, die der Abiturienten von denen der Mittel- und Hauptschüler, die der Arbeiter von denen der Angestellten, die der Betroffenen oder Bedrohten von denen der Nichtbetroffenen? Die Daten erscheinen zunächst widersprüchlich. Die Schichten, in denen die Betroffenen kumuliert sind — weniger formale Bildung, Arbeiter und einfache Angestellte —, neigen zu weniger Toleranz und mehr Ressentiment als die höheren Statusgruppen. Das Blatt wendet sich jedoch, wenn Betroffenheit gemessen wird, nämlich durch die Erfahrung der Arbeitslosigkeit. Obgleich diese Erfahrung in den Schichten konzentriert ist, die zu Intoleranz neigen, hat sie einen moderierenden Effekt. Die Betroffenen springen sozusagen „über ihren eigenen Schatten“, sie entfernen sich von der Gruppenmeinung. Diese Anzeichen der Solidarisierung lassen sich am deutlichsten in der Einstellung zu Arbeitslosen orten — hier schlägt das Interessenkalkül der Betroffenen zu Buche —, aber nicht nur dort: Auch die Einstellung der Betroffenen zu Ausländern wird eher freundlicher, obgleich den Betroffenen immer wieder zunehmende Ressentiments aus Konkurrenzfurcht zugeschrieben werden (Abb. 2).

Nun ist freilich zu fragen, ob dieses eher freundliche Bild der Konsequenzen der Unterbeschäftigung für die gegenseitige Toleranz zwischen verschiedenen Gruppen auf das Segment der höher gebildeten, meist jüngeren Befragten zurückzuführen ist, die ja von der Arbeitsmarktlage durchaus auch stark betroffen sind. In der Tat ist der Einfluß der Betroffenheit auf die Sympathien gegenüber Ausländern in den höheren Bildungsschichten stärker als in den niedrigeren (Abb. 2). Vielleicht befördert ein höherer Bildungsstand die Lernfähigkeit in dem Sinne, daß Betroffenheit hier eher zum Umdenken führt als dort, wo der Bildungsstand relativ niedrig und die Aufnahme von Informationen über gesellschaftliche Zusammenhänge schwieriger ist. Dies ist auch deshalb bemerkenswert, weil der Anteil der Erwachsenen, die relativ lange — zehn und mehr Jahre — im Bildungssystem verblieben sind, gestiegen ist und mit dem Generationswechsel noch weiter steigen wird. Auf jeden Fall erweist sich Bildung durch die starke Korrelation mit Toleranz gegenüber Arbeitslosen und Ausländern als friedensstiftende Ressource.

Unsere Wirtschaftsverfassung steht vor einem Dilemma. Auf der einen Seite erhebt die „soziale

Abb.2: Ressentiments



Quelle: Repräsentativbefragung berufstätiger Deutscher, Juni 1985. n=1187. Forschungsstelle Sozialökonomik der Arbeit, FU Berlin.

➔ Genaue Frageformulierung siehe Abb.1!

Marktwirtschaft“ den Anspruch, zur Chancengleichheit, zur Befriedigung von materiellen und Statusbedürfnissen und zu einem menschenwürdigen, materiell gesicherten Dasein des Durchschnittsbürgers beizutragen — hierzu gehört für arbeitsfähige Erwachsene die Chance zur Erwerbsarbeit. Auf der anderen Seite überläßt sie dem Markt die Steuerung der wirtschaftlichen Prozesse. Sie respektiert die sich am Markt ergebenden Preise, Einkommen und Verteilungsrelationen, unbeschadet dessen, daß sich die Eigendynamik der Produktion und des wirtschaftlichen Wachstums von den Bedürfnissen und Prioritäten einer materiell saturierten Bevölkerung mehr und mehr entfernt hat.

In der Nachkriegsperiode entsprach die hohe Priorität, die unsere Gesellschaft wirtschaftlichen Zielen eingeräumt hat, den Wünschen einer Bevölkerung, die gerade die schlimmsten Auswirkungen von Krieg und Entbehrung überwunden hatte. In den siebziger und achtziger Jahren dagegen wurde einer ohne solche Erlebnisse in materieller Sicherheit aufgewachsenen jungen Generation der Konflikt zwischen Produktionssteigerung und Umweltbelangen, zwischen marktgesteuerter Einkommens- und Machtverteilung und sozialer Gerechtigkeit gegenwärtig. Ronald Inglehart⁸⁾ hat auf die „postmaterialistische“ Ausrichtung der politischen Überzeugungen, aber auch der Lebensziele und -stile der jüngeren Zeitgenossen hingewiesen. Diese sind weniger als die älteren an Werten wie Sicherheit, Wohlstand, Ruhe und Ordnung orientiert, bringen weniger Respekt für die vermeintlichen Sachzwänge des Marktes, des Wettbewerbs und des Wirtschaftswachstums auf und streben mehr eine persönliche „Selbstverwirklichung“ im Einklang mit ihren Anlagen, einen schonenden Umgang mit natürlichen Ressourcen und sozialen Zusammenhängen an. Seit Adam Smith ist das „Laissez-faire — Laissez-al-

ler“ in mannigfachen Formen und Ausprägungen zum Schlachtruf des besitzenden, sozialen Problemen gegenüber eher indifferenten Bürgertums und allgemein der auf der Arena der Einkommensverteilung Erfolgreichen oder Erfolgsuchenden geworden. Wenn nun der Anteil derer, die sich auf den für die marktwirtschaftlichen Normen legitimen Egoismus berufen, im Generationenwandel zurückgeht und die andere Fraktion, die Wachstumsskeptiker, die Postmaterialisten und Umweltschützer sich durch die offizielle Wirtschaftsdeologie und die daraus resultierende Einkommensverteilung eher abgestoßen fühlen, so könnte dies Konsequenzen für den sozialen Frieden haben.

Die Daten lassen in der Tat den Schluß zu, daß die Ausbildung eines „postmaterialistischen“ ideologischen Pols innerhalb der Gesellschaft die friedliche Koexistenz mit den Randgruppen zu befördern scheint. Die Werthaltungen der Freizeitorientierung, die Skepsis gegen die hohe Priorität materiellen Erfolgs im Leben gehen einher mit der Toleranz gegenüber wirtschaftlich benachteiligten Minderheiten, wohingegen besitzorientierte Prioritäten der Lebensziele eher die Vorbehalte gegenüber den Betroffenen und die Verteidigung der bestehenden Einkommensverteilung zu befördern scheinen (Abb. 2).

Die ideologisch in die bestehende Wirtschaftsverfassung Integrierten stehen also eher auf der Seite des Ressentiments und ausgerechnet die, die sich weniger mit dieser Wirtschaft und ihren Normen und Verhaltensregeln identifizieren, die abwinken, wenn von materiellen Verlockungen die Rede ist, sind bereiter zum Interessenausgleich mit den Benachteiligten. Die dem Wirtschaftssystem gegenüber Loyalen konkurrieren, schaffen soziale Unruhe; die Skeptiker, Zweifler und Ungläubigen hingegen stecken zurück, kooperieren und befördern den sozialen Frieden.

IV. Kooperation und Konkurrenz am Arbeitsplatz

Unter den Bedingungen der frühen achtziger Jahre hat sich die politische Kultur in der Bundesrepublik Deutschland (noch) nicht in den Teufelskreis Beschäftigungskrise — sich aufheizende Ressentiments zwischen Arbeitsplatzbesitzern und Arbeitslosen bzw. anderweitig Betroffenen, Verschärfung der Ressentiments, Anzeichen politischer und wirtschaftlicher Instabilität — ziehen lassen. Die verfügbaren Umfrageda-

ten deuten eher darauf hin, daß eine erweiterte subjektive Betroffenheit zu einer breiteren Solidarisierung oder zumindest Tolerierung der von der Verschlechterung des Arbeitsmarktes Betroffenen geführt hat. Eine Frontstellung zeichnet sich am ehesten gegen das Produktionssystem im weiteren Sinne ab. Kritik wird geübt an der Qualität des Arbeitsplatzes, an unzureichender Entscheidungsfreiheit, an zu langen Arbeitszeiten, an der Ungleichheit der Einkommensverteilung, wobei auch hier radikale Töne kaum vernehmbar sind. Wir haben hierzulande keinen ausgeprägten mili-

⁸⁾ R. Inglehart, Die stille Revolution, Frankfurt 1982 (Englisch: The Silent Revolution, Princeton 1977).

tanten „backlash“ wie in den USA, keinen Trotz-
effekt der Besitzenden gegen die Randgruppen.
Die politischen Voraussetzungen für konsensuale
Reformstrategien erscheinen günstig.

Gehen wir nun von der staatsbürgerlichen Arena
auf die Ebene der täglichen Erfahrung über und
fragen, wie sich die Verschlechterung der Arbeits-
marktposition auf dem „externen“ Arbeitsmarkt
der Neueinstellungen und des Stellenwechsels in-
direkt auf dem „internen“ Arbeitsmarkt der Ar-
beitsplatzsicherheit, der Beförderungschancen
niederschlägt. Hier, am Arbeitsplatz, geht es ums
„Eingemachte“. „Ideologische“ Orientierungen,
gesellschaftliche Werte und Überzeugungen dürf-
ten hinter den viel rigideren Rollenerwartungen
und Interessen zurücktreten, also hinter dem Ver-
such des Arbeitnehmers, seine durch die Arbeits-
marktlage bedrohte Position zu verteidigen. Wird
diese Interessenwahrnehmung eher kooperativ-
solidarisch oder individuell-isoliert oder gar in ge-
genseitiger Konkurrenz der Betroffenen angegan-
gen — im Miteinander also oder im Gegeneinan-
der? Lassen sich die mannigfaltig betroffenen und
bedrohten Arbeitnehmer eines Betriebes oder ei-
ner Dienststelle nunmehr eher auseinanderdivi-
dieren, oder wirkt das Erlebnis gemeinsamen
Schicksals eher verbindend?

In standardisierten Interviews, in denen die mei-
sten Fragen mit Hilfe vorgefertigter Antwortkate-
gorien gestellt werden, versichern jeweils robuste
Mehrheiten, sie seien mit ihrem Verhältnis zu ih-
ren Kollegen sehr zufrieden, — eine Antwort, die
vermutlich von sozialer Erwünschtheit mitgeprägt
ist⁹⁾. Die Lektüre der Intensivinterviews läßt da-
gegen erkennen, daß das Verhältnis zu den Kolle-
gen in der gegenwärtigen Arbeitsmarktsituation
eher als Konkurrenz denn als Kooperation erlebt
wird. Man gesteht eher resignierend, daß die Um-
stände und das Verhalten der anderen eine ver-
trauensvolle Zusammenarbeit verhindern, ob-
wohl man selber diese durchaus wünsche und sie
unter anderen Umständen gern mobilisieren
würde. Aufschlußreich ist, daß sich erst bei sorg-
fältiger Exploration die Klagen über unkooperati-
ves Verhalten der Vorgesetzten und Kollegen häu-
fen. Wir fragten: „Was fällt Ihnen, wenn Sie heute
an Ihre Berufsarbeit denken, zu den Stichworten
,Miteinander-Gegeneinander' ein?“

Ein Fotograf antwortete: „Also ich kann nicht er-
warten von Berufskollegen . . ., daß die mir also
Tips geben, wie ich an den nächsten Auftrag her-
ankomme, weil ich genau weiß, daß die den selber
gerne haben würden. Also da gibt's sehr

⁹⁾ Vgl. z. B. H. H. Noll, Erwerbstätigkeit und Qualität
des Arbeitslebens, in: W. Glatzer/W. Zapf (Hrsg.), Le-
bensqualität in der Bundesrepublik, Frankfurt/M. 1984.

schnell Konkurrenzprobleme, und mit Sicherheit
ist es da schwieriger, überhaupt so eine sagen wir
mal gewerkschaftliche Orientierung zu bekom-
men wie unter Leuten, die zum Beispiel fest einge-
stellt sind und eigentlich nichts zu befürchten ha-
ben.“

Eine vierzigjährige Kontoristin meinte: „Ach,
ganz spontan, tja, ich weiß nicht . . ., daß jeder
eigentlich an sich denkt, wo er einem auch was
auswischen kann. Wann er einen verpetzen
könnte beim Chef oder ich weiß nicht genau, was
ich da sagen soll, naja, jeder kämpft eben an sei-
ner Front . . . Ich habe erlebt, wie jetzt bei meiner
anstehenden Entlassung (die Leute gesagt haben),
ach, das mach ich schon und ich helf dir da, aber
dann hab ich gemerkt, das stimmt ja alles nicht.
Die haben nie etwas weitergegeben oder gut für
einen gesprochen, man mußte sich da schon sel-
ber helfen. Das habe ich gemerkt. Wenn du dich
auf andere verläßt, dann bist verlassen.“

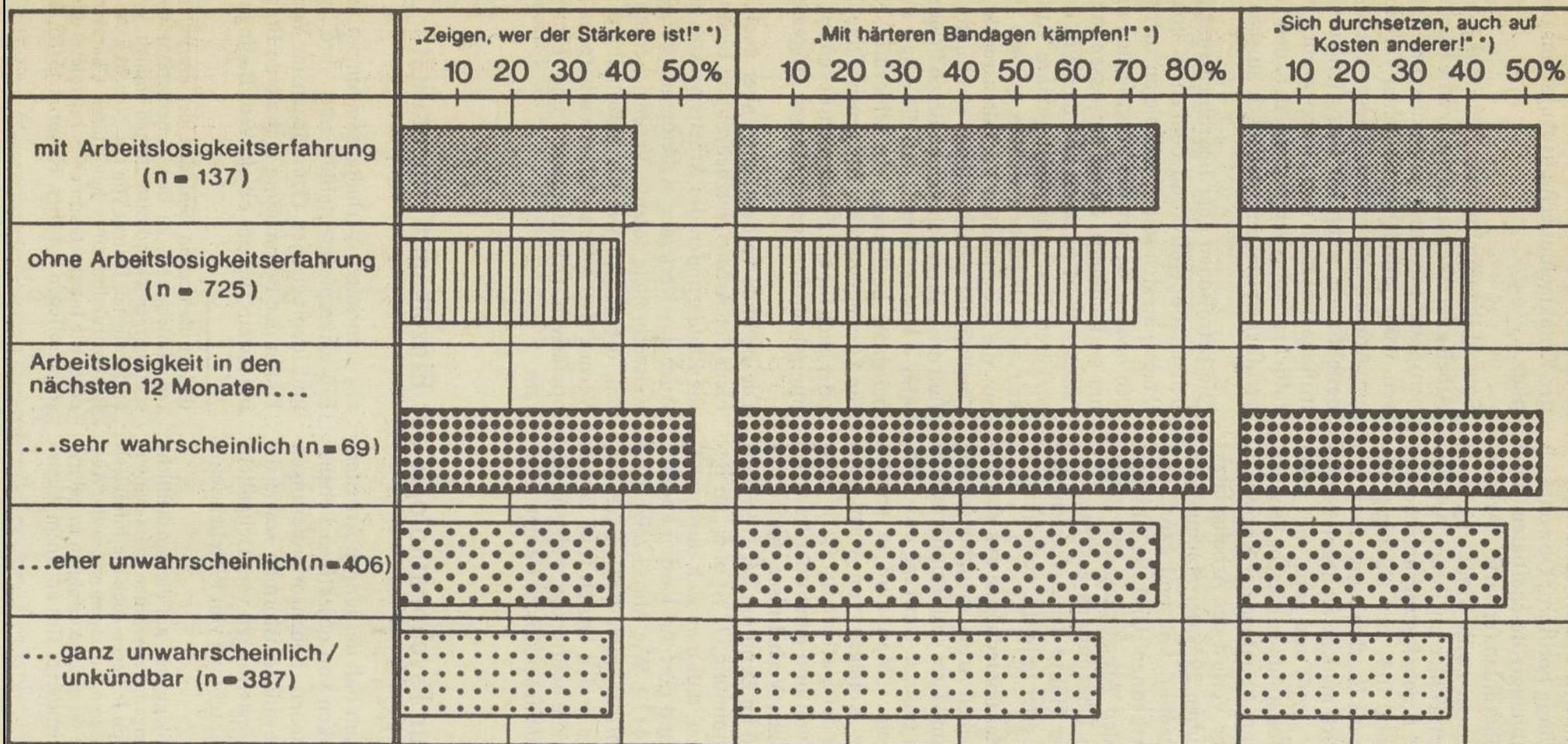
An anderer Stelle erfahren wir, ebenso wie im
ersten Beispiel, daß die Befragte für das unkoope-
rative Verhalten der Kollegen Verständnis hat:
„Und in der Abteilung, in der ich vorher Kontori-
stin war, die aufgelöst werden sollte, also wo ich
rationalisiert wurde, die haben mich ganz einfach
im Stich gelassen, aber mein Gott, wenn man be-
denkt, da war nur ein Meister, ein Abteilungslei-
ter, ein Disponent und ich, na wer bleibt denn da
übrig, wen sollten sie denn da rationalisieren, daß
die sich selbst nicht die Köpfe abgeschlagen ha-
ben, ist klar, also mußte ich dran glauben, wir
waren ja keine große Abteilung.“

Weitaus am häufigsten wird das unkooperative
Betriebsklima auf die Bedrohung der Arbeits-
plätze zurückgeführt. Ein etwa fünfzigjähriger Ar-
beiter in einem Kaufhaus äußerte sich hierzu:
„Ich würde sagen, damals war es ein Miteinander
noch, ja und heute ein Gegeneinander . . ., weil
jeder jetzt Angst hat um seinen Arbeitsplatz und
in dem anderen ja praktisch den Konkurrenten
sieht, weil er nicht weiß, ob er morgen auch noch
da ist.“

Eine dreißigjährige Köchin und Serviererin an-
wortete auf die gleiche Frage: „Bei meiner Arbeit
gibt's kein Miteinander. Bei meiner früheren Ar-
beit gab's das, jetzt nicht mehr . . . Die Konkur-
renz hat eben zugenommen, du hast jetzt momen-
tan, kannst sagen, mehr oder weniger Angst, ar-
beitslos zu werden.“

Eine dreißigjährige Sozialarbeiterin brachte ihre
Befürchtungen auf den Punkt: „Ein Miteinander
geht wahrscheinlich nur, wenn man nicht Angst
hat, daß der andere irgendwie genauso viel weiß
und man Angst kriegt um seinen Arbeitsplatz.“

Abb.3: *Einzelkämpfertum* bei unterschiedlicher Wahrnehmung des Beschäftigungsrisikos



Quelle: Vgl. Abb.2. Basis hier: Abhängig Beschäftigte ohne Beamte und Auszubildende; n = 862

- *) Frage: „Einmal angenommen, ein Freund fragt Sie um Rat, was er tun soll, um im Berufsleben klarzukommen, Erfolg zu haben. Was würden Sie ihm wohl raten?“
(Zutreffendes ankreuzen: (1) auf jeden Fall, (2) vielleicht, (3) auf keinen Fall. – [1] + [2] wurde tabelliert).
- „Man muß in seinem Verhalten gegenüber Kollegen von vornherein deutlich machen, wer der Stärkere ist.“
 - „Die gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnisse machen es erforderlich, daß man im Berufsleben mit härteren Bandagen kämpft.“
 - „Im Arbeitsleben sollte man zusehen, daß man sich durchsetzt, auch wenn das hier und dort auf Kosten anderer geht.“

Aufgrund unserer Repräsentativumfrage von 1985 läßt sich diese in den Intensivinterviews so stark fühlbare Bedrohung beziffern: Obwohl sich nur knapp 10 % der abhängig Beschäftigten (ohne Beamte) direkt bedroht fühlen (erwartete Arbeitslosigkeit in den nächsten zwölf Monaten), zeigt sich, daß viele Arbeitnehmer an ihrem Arbeitsplatz ein Klima der Beschäftigungsunsicherheit erleben. Für immerhin 16 % der abhängig Beschäftigten deckt sich die Beschreibung „Dort, wo ich arbeite, machen sich manche Kollegen Sorgen um den Arbeitsplatz“ „voll und ganz“ mit ihren Erfahrungen, und 44 % stimmen diesem Sachverhalt „teilweise“ zu. Eine Abnahme der Krankmeldungen aus Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes in ihrem Betrieb glauben 29 % der abhängig Beschäftigten (ohne Beamte) „voll und ganz“ und 49 % „teilweise“ zu erkennen. Und die Aussage, daß aus Angst um den Arbeitsplatz die Bereitschaft zu freiwilligen Überstunden gestiegen sei, ist nach Meinung der Hälfte der Befragten entweder voll und ganz oder teilweise zutreffend.

Bestätigen sich die Zusammenhänge aus den Intensivinterviews zwischen Arbeitsplatzbedrohung und Einzelkämpfertum? Drei vorformulierte Aussagen beschreiben in unserer Umfrage unkooperative Verhaltensregeln: „Man muß in seinem Verhalten gegenüber Kollegen von vornherein deutlich machen, wer der Stärkere ist“ (40 % stimmen dieser Aussage voll und ganz oder teilweise zu); „die gegenwärtigen Verhältnisse machen es erforderlich, daß man im Beruf mit härteren Bandagen kämpft“ (Zustimmung: 72 %) und „im Beruf sollte man zusehen, daß man sich durchsetzt, auch wenn das hier und dort auf Kosten anderer geht“ (Zustimmung: 44 %). Wie Abb. 3 zeigt, sind diese Positionen häufiger unter denjenigen Befragten verbreitet, die in den letzten fünf Jahren arbeitslos waren oder die befürchten, während der nächsten zwölf Monate arbeitslos zu werden, aber

auch unter denen, die in ihrem Betrieb ein Klima der Arbeitsplatzunsicherheit erleben, etwa weniger Krankmeldungen aus Angst um den Arbeitsplatz.

Sowohl die unmittelbare Bedrohung des eigenen Arbeitsplatzes als auch die latente betriebliche Arbeitsplatzbedrohung gehen also mit unkooperativen, vordergründig-egoistischen Verhaltensregeln am Arbeitsplatz einher. Dieser Zusammenhang besteht auch, wenn wir Betroffene und Nichtbetroffene innerhalb von Gruppen mit gleichem beruflichen Status vergleichen, d. h. den Einfluß der beruflichen Stellung statistisch ausschalten.

Die Betroffenen oder Bedrohten sind offensichtlich unkooperativ und denken in hohem Maße (zuerst) an sich selbst, weil sie an sich selbst denken müssen, da sich die Vorgesetzten nicht genug um sie kümmern, da sie aufpassen müssen, kein falsches Wort zu sagen und da sie in ihrer relativ prekären Beschäftigungslage ihre Aufmerksamkeit aufs Überleben richten müssen. Und nicht nur die persönlichen Verhaltensregeln, auch die Qualität des Betriebsklimas steht unter dem Einfluß des wahrgenommenen Beschäftigungsrisikos. Abb. 4 läßt erkennen, daß die Angst um den Arbeitsplatz heutzutage ein schlechter Nährboden für Zusammenarbeit, für gegenseitige Sympathie oder auch für ein Zusammenrücken zur Wahrnehmung bedrohter gemeinsamer Interessen ist.

Die Befunde verdeutlichen aber auch: Das Problem der Arbeitsplatzbedrohung bleibt nicht auf die Randgruppen des Arbeitsmarktes beschränkt. Auch im Kern der Arbeitnehmerschaft ist eine weitverbreitete latente Verunsicherung anzutreffen, die ebenso wie die unmittelbare Angst vor Verlust des Arbeitsplatzes einhergeht mit unkooperativen Orientierungen und Einzelkämpfertum.

V. Zur Psychopathologie der Einzelkämpfermentalität

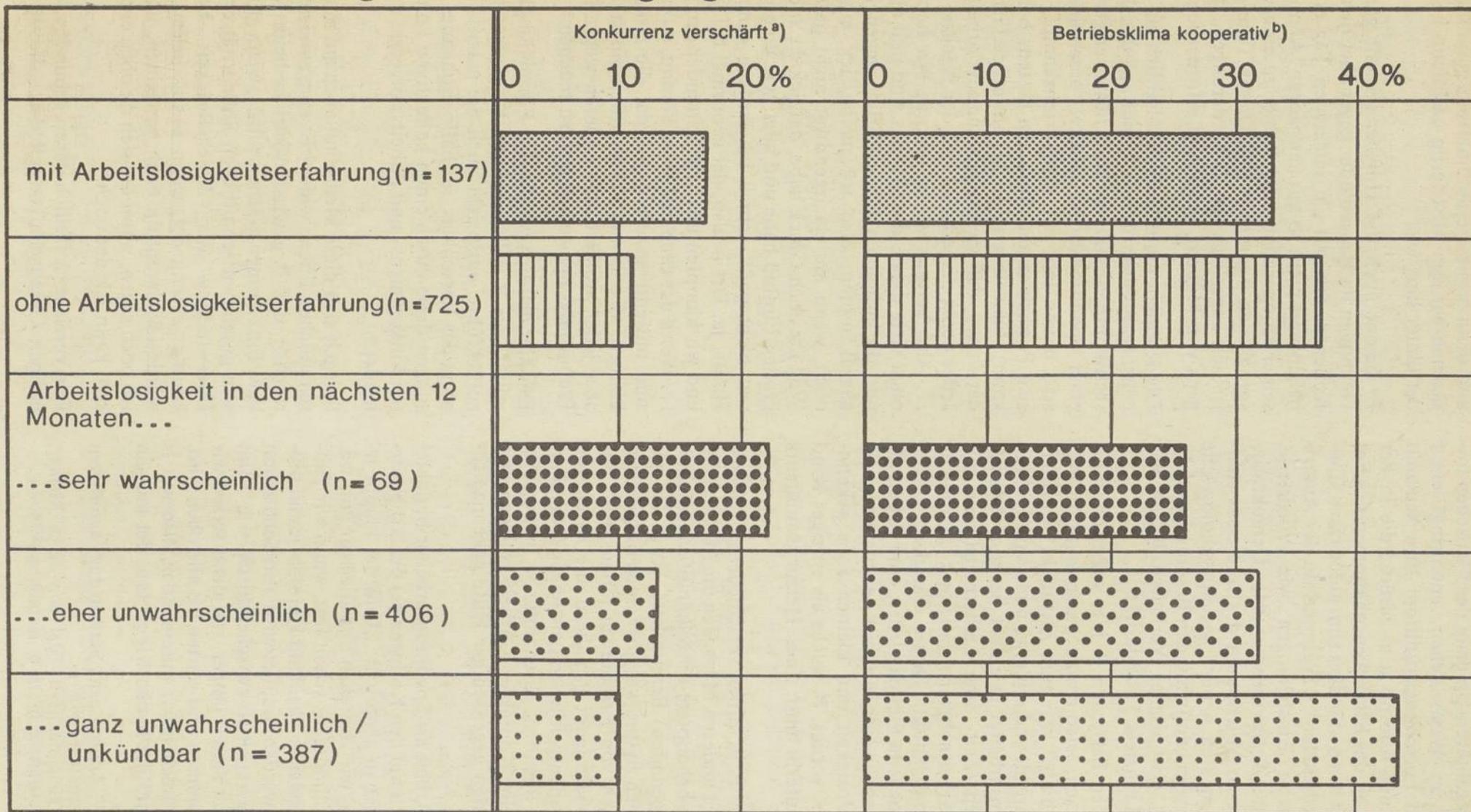
Im folgenden sollen am Fall des jungen Arbeiters P. das Zusammenwirken von objektiven Lebensumständen, persönlichen Lebensorientierungen und individuellen Bewußtseinsformen sowie ihr Einfluß auf soziale Einstellungen veranschaulicht werden¹⁰⁾. Bei der Betrachtung von P. stehen seine

mit autoritären Verhaltensneigungen verbundene Einzelkämpfermentalität und ihre materiellen und ideologischen Grundlagen im Vordergrund. Die in der Betrachtung enthaltene Fragestellung, inwieweit (neben objektiven Bedingungen) die

¹⁰⁾ Die Einzelfalldarstellung geht auf die ganzheitliche Auswertung eines der eingangs erwähnten Intensivinterviews zurück. Im Fall von P. liegen auch die Interviews mit seinen Eltern vor, deren Aussagen mit in die Auswertung einfließen. Die Gespräche erfolgten in halboffener Form, d. h. sie orientierten sich an einem thema-

tisch strukturierten Leitfaden, der Fragen zum familiären Hintergrund, zu den Arbeitserfahrungen und zu staatsbürgerlichen Einstellungen enthielt. Vgl. auch den ausführlichen Beitrag von Ch. Nitschke, Anatomie und Rekonstruktion eines autoritären Charakters. Hermeneutische Interpretation eines Interviews mit einem krisenbetroffenen Arbeiter, FSAprint 15/85, Berlin 1985.

Abb.4: Kooperatives oder konkurrenzbezogenes Betriebsklima bei unterschiedlicher Wahrnehmung des Beschäftigungsrisikos



Quelle: Vgl. Abb.3!

a) Frage: „Und wie ist es mit dieser Aussage: Dort, wo ich arbeite, hat sich in den letzten Jahren die Konkurrenz unter den Kollegen verschärft. Trifft das (1) voll und ganz, (2) teilweise, (3) gar nicht zu?“ ([1] tabelliert!).

b) Frage: „Dort, wo ich arbeite, ist es unter den Kollegen üblich, daß man zueinander steht und sich in schwierigen Arbeitssituationen gegenseitig hilft. Trifft das (1) voll und ganz, (2) teilweise oder (3) gar nicht zu?“ ([1] tabelliert!).

Merkmale der Persönlichkeit einem freien, toleranten und egalitären Umgang der Menschen untereinander im Wege stehen, entspringt einer langjährigen Forschungstradition. Ihre Wurzeln reichen bis auf Adorno u. a. zurück, die in der Nachkriegszeit das Schreckensphänomen des Faschismus mit ihren „Studien zum autoritären Charakter“ aufarbeiteten¹¹⁾. Während in der Autoritarismusdebatte Einstellungen wie Vorurteile, Dogmatismus, Antisemitismus oder Demokratiefeindlichkeit im Mittelpunkt des Interesses standen, befassen sich neuere sozialpsychologische Untersuchungen häufig mit den Bestimmungsfaktoren sozial erwünschter Verhaltensweisen wie etwa (des „Lernziels“) Solidarität¹²⁾.

Bevor wir den Befragten P. hier selber zu Wort kommen lassen, seien einige Stichpunkte zur Person aufgeführt: P. war zum Zeitpunkt des Interviews 27 Jahre alt und seit etwa anderthalb Jahren als Speditionsarbeiter in einem Berliner Arbeitseinsatzbetrieb (Zeit- oder Leiharbeitsfirma) mit über 100 Arbeitnehmern (allesamt männliche Deutsche) beschäftigt. Dieser Tätigkeit gingen eine abgebrochene Fleischerlehre, eine Arbeit als Kraftfahrer sowie eine instabile Lebensphase, die von Arbeitslosigkeit und kleinen Jobs gekennzeichnet war, voraus. P. wuchs als einziges Kind einer Verkäuferin und eines Heizungsmonteurs auf.

Wie geht nun P. in seinen verschiedenen Lebensbereichen mit anderen Menschen um? Dokumentiert sich die behauptete Einzelkämpfermentalität in der (mangelnden) Bereitschaft, etwas für andere Menschen zu tun, was über einen unmittelbaren Austausch von Ressourcen hinausgeht? Für die Privatsphäre lehnt P. nahezu alle Arten von freiwilligen unentgeltlichen Leistungen (Nachbarschaftshilfe, Spenden, ehrenamtliche Betätigung) ab. Allein seine Kontakte zu Arbeitskollegen sind von Momenten gegenseitiger Hilfe gekennzeichnet.

Aus seiner Arbeit als Speditionsarbeiter berichtet P., daß er sich mit den Kollegen bei der Arbeitsorganisation genau abspricht: „Und det klappt irgendwie, wa, wir verstehen uns alle sehr gut, wa, wir legen frühmorgens schon fest, wann wir Pausen machen oder so, wa. Und kann ooch mal bißchen länger werden, wa, det wird also ooch schon gleich allet geregelt so zwischendurch, wa, wenn wir sehen, det dauert länger, wa, denn setzen wir uns alle zusammen und warten bis alle oben sind. Und denn sprechen wir miteinander, also wat is heute, det und det haben wir zu tun, det müssen

¹¹⁾ Vgl. Th. W. Adorno u. a., Studien zum autoritären Charakter, Frankfurt 1982.

¹²⁾ Vgl. den gleichnamigen Titel von H. E. Richter, Lernziel Solidarität, Reinbek b. Hamburg 1974.

wir schaffen, wie sieht's aus, machen wir länger, und denn sagen sie automatisch, naja nun, klar, machen wir den Mist fertig und denn haben wir det hinter uns, wa.“

Er betont auch die Hilfsbereitschaft gegenüber Neulingen im Betrieb oder gegenüber denjenigen Kollegen, die mal „'n schlechten Tag erwischt“ haben und nicht so gut „anpacken“ können. Mit seiner Kooperation trägt P. hier zu einem ausgesprochenen Teamgeist bei. Dieser Teamgeist ist freilich angesichts der Anforderungen, des Tragens von Möbeln, unbedingt erforderlich.

Die Kooperation ist jedoch inhaltlich auf die Arbeitsorganisation und personal auf die fünf- bis sechsköpfige Stammgruppe, in der er gerade bei einer Speditionsfirma arbeitet, beschränkt. Jenseits davon tobt der Konkurrenzkampf, in dem sich P. nach seinen Aussagen bestens behaupten kann: „Ick würde sagen, bei uns uff de Firma sieht det so aus, daß viele gegeneinander arbeiten tun. Jeder denkt ... jeder ist sich der Nächste bei uns ... Also bei uns ist det so, wa: Wir haben also ooch viele dabei, die so Alkis sind und allet, wa, und die probieren sich natürlich gegeneinander auszukämpfen, also ick meine, ick mach' det ooch, wenn mir da irgendwat nicht passen tut. Weil ick ooch Glück habe, daß ick da 'n bißchen großen Einfluß habe und allet, wa. Wenn mir da wat nicht paßt, schick ich einfach eenen nach Hause, ja. Det is also, det is normal bei uns, wa, und wir kämpfen uns gegeneinander een aus, wa ... Wenn der eene mal nicht kommt, na ja, dafür sind tausend andere Leute da, die einspringen können, dat is bei so'm Arbeitseinsatzbetrieb, aber jeder probiert, den anderen wegzudrücken. Probiert det meiste aus sich zu machen.“

Der hier deutlich werdenden Einzelkämpfermentalität, die P. selbst auf die Konkurrenzzwänge zurückführt, entspricht auch die massive Ablehnung des Vorschlags, im Falle drohender Entlassungen diese durch einen kollektiven kombinierten Einkommens- und Arbeitszeitverzicht zu verhindern.

Spiegelt sich diese Mentalität auch auf der gesellschaftlichen Ebene wider? Es mag zunächst überraschen, daß P. gewisse Abstriche beim Konsum bzw. Einkommen machen würde, wenn er mit diesem gesamtwirtschaftlichen Solidaritätsoffer zur Überwindung der Arbeitslosigkeit beitragen könnte: „Wenn det, wenn es uns helfen würde, würde ick daraufhin ooch verzichten, ja, würde ich ooch sagen, wenn die sich da oben einschränken, kann ick det ooch.“

Der Verzicht ist freilich daran gebunden, daß die übrigen Gesellschaftsmitglieder, „die da oben“,

aber auch die „kleenen Arbeiter“ sich ebenfalls bescheiden. Kann sich P. einen bedingten Solidaritätsbeitrag zugunsten einer (unspezifischen) Gesamtheit noch vorstellen, so bringt er für die soziale Situation von konkreten Bevölkerungsgruppen nur wenig oder gar kein Verständnis auf. Recht deutlich wird seine Abgrenzungshaltung bei der Antwort auf die Frage, welchen Gruppen in der Bundesrepublik es besonders schlecht gehe: „Ja, ick wüßte eigentlich nicht, wem es hier bei uns schlecht geht. Wem es bei uns schlecht geht, der is selber schuld, würde ick sagen, ja ... Wenn die Leute sich 'n bißchen uffraffen tun, bin ick der Meinung, daß die also quasi ... daß den Leuten ooch geholfen werden kann, ja. Bloß die meisten Leute sind wahrscheinlich schätzungsweise zu faul irgendwie dazu oder zu feige, sich helfen zu lassen.“

Die Betroffenen sollen also erst von selbst wieder erstartet sein, bevor ihnen geholfen werden darf. Mit dieser Betrachtungsweise macht P. das Ergebnis des Helfens zu seiner Voraussetzung; die zirkuläre Argumentation legitimiert die Zurückhaltung der Träger von Hilfe. Hier und an anderer Stelle wehrt sich P. anscheinend dagegen, daß der Sozialstaat auf die Betroffenen zugeht und nicht umgekehrt. Das hängt sicherlich mit seiner Einschätzung zusammen, daß das soziale Netz stark ausgenutzt werde (Verweis auf „die Punker und sowat alles“) und viele Arbeitslose freiwillig erwerbslos seien.

Während seine Meinung zu Arbeitslosen noch differenziert ist, sieht er die Ausländer nur negativ: „Man sollte die ganzen Ausländer rausschicken. Weil dadurch ... gibt es mehr Arbeitsplätze, gibt es mehr Wohnungen und wir hätten ooch mehr Ruhe und Frieden, wa. Man hätte nicht mehr diese Differenzen zwischen Deutschen und Ausländern, man könnte wieder in Ruhe und Frieden leben. Weil det gibt doch unheimliche Komplikationen mit Ausländern. Weil die, sagen wir mal so, det is von vornherein schon ne Feindlichkeit schon immer gewesen zwischen Deutschen und Ausländern. Weil die sich unserm Lebensstil gar nicht anpassen können ...“

An anderer Stelle sieht P. „ne gewisse Linkheit bei den Ausländern ...“ und befürwortet gar eine Art Lynchjustiz angesichts einer zu laschen Ausländerpolitik: „Ick gebe also unsern Staat noch zwee Jahre, und denn is es soweit, daß wir selber, wir kleene Arbeiter und weeiß ick wat allet, na daß wir zusammenrotten und Jagd uff die Ausländer machen.“

Woher kommen nun P.s Einzelkämpfermentalität, seine geringe Hilfsbereitschaft und teilweise extremen Ressentiments gegenüber anderen

Gruppen? Welche Rolle spielen sein Gesellschaftsbild, sein Lebenskonzept und sein soziales Milieu? Werfen wir zunächst einen Blick auf P.s Lebensgeschichte und hier zuerst auf die Kindheit, da doch in Anlehnung an Adorno der Frage der Erziehung ein hoher Stellenwert bei der Erklärung autoritärer Neigungen einzuräumen ist.

Obwohl P. sein Elternhaus positiv darstellen will, erscheint die Kindheit nicht in günstigem Lichte: „Ick hab also von meinen Eltern quasi allet gekriegt, wat ick wollte, bloß det waren Sachen, die mir mißfallen haben ... Wenn ick mich meinen Eltern gegenüber korrekt verhalten habe, haben sich meine Eltern mir gegenüber auch korrekt verhalten und haben mir also sehr viel Freiheiten gelassen.“

Um Liebe und Anerkennung zu bekommen, mußte P. also offensichtlich Vorleistungen erbringen. Dies galt auch für den Freundeskreis: „Und da haben die Leute mit mir rumgetan. Die haben ooch gesagt, ja, paß uff, wenn du bei uns mit uffgenommen werden willst, denn mach, ansonsten lassen wir dich fallen wie 'ne hohle Kartoffel, ja. Und ick mußte erst tierische Dämpfer erleiden und tierisch eine mitkriegen, um daß ick erstmal wach werde.“

P.s Erziehung orientierte sich an den „traditionellen Tugenden“, insbesondere am Wert Anstand/Ehrlichkeit. Aus den Interviews mit den Eltern geht hervor, daß diese Werte schon in ihrer Kindheit maßgeblich waren, daß die klassische Arbeitsethik (Leistungsprinzip, Fleiß, Disziplin) ihr ganzes Leben bestimmte. Der Vater erweist sich darüber hinaus auf der staatsbürgerlichen Ebene als Nationalist und Vertreter einer kompromißlosen „law and order“-Philosophie, in deren Rahmen er z. B. für ein härteres Durchgreifen des Staates gegen faule Arbeitslose, respektlose Jugendliche oder den Drogenhandel eintritt. Die Mutter ergänzt die „Hausideologie“ durch handfeste Vorurteile gegenüber Minderheiten und ein ausgeprägtes Konkurrenzdenken.

P. konnte letztlich die Familienatmosphäre nur als „frei“ erleben, weil er bestimmte Zwänge und Normen im Laufe der Zeit verinnerlichte.

Außerhalb des Elternhauses begleiteten und gestalteten eine Vielzahl von Härten P.s Lebensweg. War er schon als Einzelkind aufgewachsen, so erlebte er auch den Einstieg in den Fleischerberuf als Einzelgänger: „Na ja, geholfen hat mir eigentlich keener weiter bei. Ick mußte von Anfang an, hab ick alleene auf meinen eigenen Beenen gestanden.“

Diese Zeit empfand er als „tierisch hart“. Unter der anstrengenden Arbeit litt seine Gesundheit. Nachdem er auch noch ausbildungsfremde Arbei-

ten verrichten mußte und in der Auseinandersetzung darüber vom Meister Schläge bekam, brach er die Lehre ein halbes Jahr vor seiner Prüfung ab.

Der Lehrabbruch bedeutete nur einen einzigen in einer ganzen Reihe von Brüchen in P.s Lebenslinie. Der Lehre ging zunächst ein Bruch in den Berufsvorstellungen voraus, da P. seinen Traum vom Kfz-Schlosser nicht realisieren konnte. Nach seinem vorzeitigen Ausstieg aus der Lehre hätte er diese zwar in einem anderen Betrieb beenden können, doch zog er es aus finanziellen Gründen vor, als Kraftfahrer zu arbeiten. Der nächste Bruch bestand im (beruflich bedingten) Führerscheinentzug: „Ick hab meinen Führerschein für die Firmen uffs Spiel gesetzt und hab ooch den Dank erhalten, daß ick mein' Führerschein los bin. Die ganzen Punkte habe ick mir mehr oder weniger ooch beruflich eingehandelt. Ja.“

Mit dem Führerscheinentzug ging der Arbeitsplatzverlust einher. Es folgte eine Periode der Arbeitslosigkeit, in der P. von Sozialhilfe lebte; für ihn hing das Andauern der Erwerbslosigkeit teils mit der Arbeitsmarktsituation, teils mit seiner Lustlosigkeit zusammen. Während der Arbeitslosigkeit, die durch kleine Jobs unterbrochen wurde, hatte er Kontakte zur Drogenszene und geriet in ein paar „krumme Sachen“ hinein.

Es fällt auf, daß dieser Lebensverlauf mehrfach genau gegen die Normen verstößt, die der Vater so vehement vertritt: „Aber so ab zwanzig, einundzwanzig habe ick also 'n Absturz erlitten. Da habe ick also det gemacht, wat ick also gar nicht machen sollte, und die Konsequenzen, ‚Kosten‘ hab ick heute noch zu tragen, wa. Hab ick also bitter dran zu kämpfen.“ „... ick hab also 'n loddriges Leben geführt, würde ick sagen, und da war der Abstieg also nich weit gewesen.“

In beiden Zitaten wirkt die Autorität der elterlichen Erziehungsnormen noch nach. Doch auch unabhängig von der Verarbeitung in Gewissenskonflikten war diese Phase in der Erwerbsbiographie für P. die relativ härteste Zeit.

P. überwand dieses „Tief“ nach seinem Absturz erst mit seiner Anstellung bei der erwähnten Zeitarbeitsfirma. Im Rahmen dieses Leiharbeitsverhältnisses verbindet sich eine stabile Beschäftigung mit einer Instabilität der Arbeitsplätze. Das Erlebnis von Diskontinuitäten setzt sich also auf einer anderen Ebene fort. Damit läßt sich, insgesamt gesehen, P.s bisheriger Berufsverlauf als eine Lebensphase beschreiben, in der er sich in den Randbereich des Arbeitsmarktes bzw. am unteren Ende der Arbeitsmarkthierarchie ohne Aussicht auf eine Verbesserung seiner ökonomischen Position „durchwurstelte“.

Da für P. das „Durchwursteln“ angesichts der verschärften Beschäftigungsproblematik nur unter immer größeren Opfern möglich erscheint: „Aber heutzutage kann man sich det nich mehr erlauben, da kann man sich seine Sachen nich mehr aussuchen, da kann man zufrieden sein, wenn man 'n Job hat. Ick meine, heutzutage 'n Job ohne Führerschein zu finden, ist unheimlich schwer. Du wirst ooch echt unterbezahlt, wenn du nich echt irgendwie Leistung bringen tust, und wenn du nich für dein Geld irgendwie wat tust, du mußst da also echt original deine Knochen lassen. Dat is nich mehr so einfach wie früher, daß man sagt, ick gehe, morgen früh hab ick 'n neuen Job oder so. So is det nich mehr. Man muß schon sich ganz schön uff die Hinterbeene stellen und ganz schön rumrennen, um überhaupt zu überleben...“, entwickelt er eine neue Zukunftsperspektive: „Ick hab also früher nie mit dem Gedanken gespielt, mich irgendwo selbständig zu machen. Und ick hab also irgendwie jetzt ooch 'n festen Drang danach, mich selbständig zu machen. Ick möchte einfach ooch so leben können, wie die andern leben, ja... Irgendwann in den nächsten vier, fünf Jahren werde ick bestimmt det Ziel mal erreichen. Det Ziel habe ick mir ooch gesetzt. Und da werde ick ooch hart dran arbeiten, dat ick det ooch irgendwie erreichen tu, wa. Weil, ick hab einfach det alte Leben satt, wa, also det hake ick total ab, wa, ick will eigentlich im Prinzip davon nix mehr wissen, wa.“

Die Aufstiegspektive ist tief in P.s persönlichen Ideologien und Leitideen verankert; sein Wirtschafts- und Gesellschaftsbild sowie sein Arbeits- und Lebenskonzept können hier aber nur skizzenhaft nachgezeichnet werden. Für P. zerfällt die Gesellschaft, in der „sich jeder selbst der Nächste“ ist, in die „kleenen Arbeiter“ und „die da oben“, zu denen P. voller Verlangen und Neid um ihre materiellen Privilegien und zugleich voller Aufstiegshoffnung aufschaut: „Ick möcht einfach ooch sowat werden. Dicket Auto vor die Türe haben, eigenes Haus besitzen, 'n dicket Bankkonto, warum nicht?... Und die sitzen da mit ihre dicken Ärsche in die Bürosessel und halten een Telefonat nach dem anderen, fahren dreimal im Jahr in Urlaub, und den kratzt det alles gar nicht, wat mit dem kleenen Arbeiter ist, ja... Ick hab zwar eben det nicht gelernt, wat die gelernt haben, aber man kann uff normalem Weg ooch dahin kommen. Und det is eigentlich gar nicht schwer. Und die Voraussetzungen sind jedem gegeben, jeder Mensch kann sowat machen. Man muß sich bloß nicht doof anstellen. Und det gibt immer Mittel und Wege, irgendwie so'n Ziel zu erreichen.“

Im letzten Zitat präsentiert sich P. als typischer Vertreter der amerikanischen „Tellerwäscherideologie“, die ihre Wurzeln in einer individualistischen Leistungsethik (siehe das Zitat zu den benachteiligten Gruppen) und in einer spezifischen Arbeitseinstellung hat; in dieser geht die materielle Orientierung eine enge Verbindung mit der Bereitschaft ein, die Hemdsärmel hochzukrempeln und damit auch die Ellenbogen freizulegen, die er gegenüber seinen Mitmenschen einsetzt: „Mir ist det ooch egal im Prinzip, wat ick mache . . . Und wenn ich uff gut Deutsch, weeb ick, Scheiße geschippt hätte oder weiß ick, ja, gefegt hätte, ja, oder irgendsowat, ja, hätt ick ooch gemacht . . . weil ick da unheimlich viel Geld machen kann und sehr gut Geld verdienen kann (kämpfe ich gegen die anderen, d. Verf.).“

Angesichts der Tellerwäscherideologie verwundert es nicht weiter, wenn P. — bezeichnenderweise von der Ausweisung der Ausländer und einem Arbeitsdienst abgesehen — keine (wirtschafts)politische Lösungsmöglichkeit für das Arbeitslosenproblem sieht und nur darauf verweisen kann, „daß sich jeder selber helfen muß“.

Im Zuge seiner vom Arbeitsmarkt beförderten Wende vom „Lotterleben“ zur Disziplinethik ordnet P. nicht nur persönliche Bedürfnisse, die er früher auslebte („lieber weggehen und anständig mal een trinken“; „keene Lust mehr für meine Arbeit“; „ick bin von Natur aus 'n quasi fauler Mensch“), dem Aufstiegsziel unter. Angesichts der Arbeitsmarktzwänge und betrieblichen Machtverhältnisse sieht er auch die Notwendigkeit zur Unterordnung der gesamten Person: „Na, ick würd sagen, man muß sich sehr viel gefallen lassen, man muß also schon eher 'n Arschkriecher sein auf gut Deutsch, ja, also wenn man sich dagegen widersetzen tut, wa. Kommt also immer uff det Gleiche drauf raus, wenn man det nicht macht, wat der Chef will, kriegste ne Kante.“

Die auf den verschiedenen Artikulationsebenen (des Sozialverhaltens, des gesellschaftlichen Bewußtseins und des Arbeits- und Lebenskonzepts) vorgebrachten Äußerungen von P. lassen ein grobes Bild seiner Persönlichkeit erkennen. Zwar durchziehen Erfahrungen von Härte wie ein roter Faden P.s Lebensweg bis zur aktuellen Arbeitssituation. Doch geht die Härte keineswegs nur von der sozialen Umwelt aus. Auch P. selber tritt schon früh als ein „knallharter Typ“ auf, der nicht nur hart gegen sich selbst ist („ . . . man muß probieren, mit seinen Problemen fertig zu werden, denn dat Leben geht weiter“), sondern auch gegenüber anderen zur Härte neigt („Und wenn mir da eener irgendwie dazwischenfunken würde . . . würde ick probieren, ihn ooch zu unterdrücken“).

Mit der Härte nach außen dürfte P. eine Unsicherheit überspielen, die in so widersprüchlichen Charakterzügen wie Selbstüberschätzung (die auch seinen Aufstiegsoptimismus begründet) und Schuldgefühlen (wegen der „loddrigen“ Lebensphase), wie Selbstdisziplinierung und Konsumorientierung zum Ausdruck kommt. Überraschend paart sich seine Neigung zum „Uffboken“ und zur Unterdrückung der Gegenspieler in der Arbeitsmarktkonkurrenz mit einer Bereitschaft zum „Arschkriechen“ gegenüber den Vorgesetzten. Hierin, wie auch in seiner begrenzten und bedingten Bereitschaft zu geben, zeigt sich ein ausgeprägtes Nutzendenken. Die aufs Eigeninteresse fixierte Nutzenorientierung, die extrem individualistische Handlungsperspektive, die unpolitische und antistaatliche Haltung lassen in ihrem Zusammenhang P. als den Prototyp einer *privat-egoistischen Persönlichkeit* erscheinen. Ironischerweise befinden sich viele von P.s Charaktermerkmalen in geradezu völliger Übereinstimmung mit dem Menschenbild der herrschenden (neoklassischen) Wirtschaftstheorie.

Diese Grundstruktur von P. bildet offensichtlich einen Nährboden für eine Reihe von stabilen Denk- und Verhaltensmustern wie Vorurteile, Sündenbockdenken, Aggressionen gegenüber Schwächeren, Unterwürfigkeit gegenüber Stärkeren oder Ethnozentrismus — alles Persönlichkeitsäußerungen, die Adorno zu den Manifestationen der autoritären Persönlichkeit zählte¹³)

Fassen wir zusammen:

Trotz einzelner Widersprüchlichkeiten innerhalb der genannten Artikulationsebenen besteht eine geradezu verblüffende Konsistenz zwischen diesen Ebenen. P. legt genau jenes *Sozialverhalten* an den Tag, das er mit seinem *Wirtschafts- und Gesellschaftsbild* (Tellerwäscher-Ideologie; Schuldzuweisungen an Ausländer, Arbeitslose; Arbeitsdienst) ideologisch legitimieren kann, das er mit seinem *Arbeits- und Lebenskonzept* (Geld-, Konsum- und Aufstiegsorientierung; Arbeitsdisziplin) motivational vorwegnimmt und das seinen zentralen *Persönlichkeitsmerkmalen* entspricht (Lustprinzip; Selbstdisziplinierung; Egoismus; Härte).

Die Ausbildung bestimmter Persönlichkeitsmerkmale läßt sich zum Teil auf die verschiedenen Umwelteinflüsse zurückführen. Der Zusammenhang zwischen den Orientierungen der Eltern und P.s autoritären Neigungen und zentralen Grundhaltungen ist offensichtlich. Neben (inhaltlichen) Erziehungswerten haben auch die elterlichen Erziehungspraktiken ihre Spuren bei P. hinterlassen. P.s Schuldgefühle und widersprüchliche Darstel-

¹³) Vgl. Th. W. Adorno u. a. (Anm. 11).

lung des Verhältnisses zu den Eltern geben Hinweise darauf, daß die Erziehung keineswegs auf Einfühlsamkeit gegenüber dem Kind ausgerichtet war. So mußte er schon früh das Tauschkalkül „Gehorsam gegen (partielle) Freiheiten“ lernen, das in verallgemeinerter Form zu einem konstitutiven Moment seiner Persönlichkeit wurde.

Nach dem Psychoanalytiker H. E. Richter liegt gerade in dem kindlichen Erleben von einseitiger Abhängigkeit ein Hemmfaktor für solidarisches Verhalten. Zu solchen Hemmfaktoren gehört auch ein labiles Selbstwertgefühl, das zu Gruppenmißtrauen führt. Es erwächst aus Schuldgefühlen oder gar Selbsthaß, deren Ursache in einer (leistungsorientierten) strengen Erziehung gesehen wird. Das rigide Leistungsprinzip steht den kindlichen Trieben und den solidarischen Verhaltensnormen gleichermaßen entgegen. Richter verweist schließlich auch auf übertriebene „Männlichkeit“ und den bürgerlichen Individualismus als Solidaritätshemmnisse¹⁴). Mit seinem familiären Hintergrund und seinen persönlichen Merkmalen erfüllt P. geradezu sämtliche Bedingungen, die in Richters Ansatz selbstlose Kooperation und Hilfsbereitschaft verhindern. Legt man Erziehungswerte und -stil zugrunde, dann leistete das Elternhaus also schon einen wesentlichen Beitrag zur Erklärung von P.s Verhaltensneigungen.

Sehr zum Mißfallen des Vaters, der wohl die Selbstdisziplinierung in allen Lebensbereichen vermitteln wollte, weicht P. allerdings mit seiner Konsumorientierung (wie sie im Gesellschaftsbild deutlich wird) von den Normen des Elternhauses ab. Damit personifizieren die Familienmitglieder auch ein Stück sozialen Wandels, den Übergang

von der „Aufbaugeneration“ (mit ihren Entbehrungserfahrungen) zur Generation der Kinder des „Wirtschaftswunders“ mit ihren konsumtiven Verlockungen. Von den in dieser Generation so verbreiteten postmaterialistischen Wertorientierungen hat P. freilich nichts mitbekommen.

Andererseits hat P. in der Berufswelt Bedingungen vorgefunden und Erfahrungen gemacht (die Notwendigkeit, sich zu behaupten, um die relativ besten Jobs zu konkurrieren, sich abzugrenzen), die mit den Zwangserlebnissen der Kindheit korrespondieren und seine Kämpfermentalität fördern. Die verstärkende Wirkung der beruflichen Sozialisation mag auch daran deutlich werden, daß beim ehemaligen Arbeitslosen P. u. a. Einstellungen festzustellen sind, die in der Erwerbslosenforschung als typisch für die subjektive Verarbeitung von Arbeitslosigkeit gelten: die „Wendung gegen die eigene Person“ (z. B. Selbstvorwürfe wegen des Lotterlebens) und den „Aufbau neuer Selbstschutzmaßnahmen“ (z. B. überzogener Aufstiegsoptimismus). Diese Dispositionen sind nach Wacker oft mit Minderwertigkeitsgefühlen, Angst, Selbsthaß oder auch Ressentiments gegenüber anderen verbunden¹⁵).

Wie unsere Repräsentativdaten zeigen, teilt P. mit den übrigen Angehörigen seiner Altersgruppe die mit der drastischen Verschlechterung der Arbeitsmarktsituation verbundenen Erfahrungen. Insbesondere die verschärfte Konkurrenz um Ausbildungs- und Arbeitsplätze sowie die Verringerung von Aufstiegschancen verdüstern die Lebensperspektiven eines Teils der jungen Generation; der Einfluß dieser Entwicklung kann in der Biographie und dem Denken von P. unmittelbar abgelesen werden.

VI. Frostiges Betriebsklima — Tauwetter in der Gesellschaft

Wir haben die Auseinandersetzung der Menschen mit der prekären Beschäftigungslage auf verschiedenen Ebenen nachgezeichnet: persönliche Bedürfnisbefriedigung, kollektive Toleranz oder Ressentiments gegenüber den besonders betroffenen gesellschaftlichen Gruppen und Zusammenarbeit am Arbeitsplatz. Auf der ersten Ebene hat die Stagnation der Reallöhne nur teilweise auf das Problembewußtsein des Durchschnittsbürgers durchgeschlagen. Die Deutschen sind nicht auf die Erhöhung ihres Konsumniveaus fixiert. Sie

haben die Stabilisierung der Einkommenssituation auf hohem Plateau ohne Murren akzeptiert.

Statt dessen wirkt sich die Beschäftigungskrise in einer zunehmenden Fehlanpassung zwischen den Menschen und ihrer Arbeit aus. Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen, Angst um den Arbeitsplatz, verstärkt durch die Befürchtung, im Falle des Arbeitsplatzverlustes keine vergleichbare Beschäftigung zu bekommen, die Einsicht, eigene Interessen gegenüber Arbeitgebern und Vorgesetzten auch bei guter Leistung nur schwer durchsetzen zu können, schaffen Unbehagen. Dieses Unbehagen schlägt sich in konkreten Be-
anstandungen, in Resignation, in Gleichgültigkeit

¹⁴) Vgl. dazu H. E. Richter (Anm. 12).

¹⁵) Vgl. A. Wacker, Arbeitslos und aggressiv?, in: Soziale Welt, 28 (1977) 3.

gegenüber der beschäftigenden Organisation und in Wünschen nach gradueller Verminderung der Arbeitszeit auch ohne Lohnausgleich nieder. Kurz, viele Beschäftigte reagieren auf die Fehlanpassung zwischen Mensch und Arbeit mit „Tendenzen zur ökonomischen Abrüstung“, wenigstens in Gedanken und Worten. Sie würden eine Einschränkung ihrer Teilnahme an der arbeitsteiligen Wirtschaft präferieren, sowohl auf der Input-Seite der Arbeitsleistung wie auf der Output-Seite des Konsums, dessen Steigerung nicht im Vordergrund der Wünsche und Bedürfnisse steht.

Was die Ebene des „sozialen Friedens“, des Verhältnisses verschieden betroffener Teile der Bevölkerung zueinander anbelangt, so lassen sich unsere Daten aus den Repräsentativbefragungen am ehesten mit der Hypothese vereinbaren, die Drohung oder Erfahrung der Arbeitslosigkeit habe Mitgefühl für die Betroffenen und Gefährdeten erzeugt. Wir verzeichnen deutlich mehr Sympathie mit Arbeitslosen als in den späten siebziger Jahren, besonders in den Berufsgruppen mit niedrigem sozialen Status, aber nicht nur dort. Nachweisbar ist auch eine verschärfte Kritik an der herrschenden Einkommensverteilung, die wiederum auf — vielleicht nicht ganz selbstlose — Sympathie mit den finanziell Benachteiligten zurückzuführen sein dürfte. Vielleicht spielt hier auch die starke Gewinnausweitung der letzten Jahre angesichts stagnierender Arbeitnehmereinkommen eine Rolle.

Entgegen manchen Vermutungen und Einzelbeobachtungen neigen die von der Beschäftigungskrise Betroffenen offenbar nicht in besonderem Maße dazu, die Ausländer zu Sündenböcken zu stempeln oder auch nur, sich die Konkurrenz der Ausländer auf dem Arbeitsmarkt durch Abschiebestrategien vom Halse halten zu wollen. „Neue Werte“ — so etwa „postmaterialistische“ Lebensstile und Gesellschaftsziele der stärker durch Schulen und Hochschulen geprägten jüngeren Generation —, aber auch der Wunsch nach einer Verkürzung der Arbeitszeit, fördern die Toleranz mit Randgruppen. Derjenige, dessen Lebensperspektive auf Besitz und Einkommen fixiert ist, neigt demgegenüber eher zu Ressentiments. Zu dieser Gruppe gehört auch der befragte P..

Wenn, wie die bisher erörterten Ergebnisse zeigen, das durch Massenarbeitslosigkeit erzeugte *horizontale* Unruhepotential, d. h. die Frontstellung von Teilen der Bevölkerung gegeneinander, sich in Grenzen hält, so ist die *vertikale* Stoßkraft der Unzufriedenheit, d. h. zunehmende Kritik an der Verteilungsgerechtigkeit und an „denen da oben“ spürbar. Die Zurechnung der Verantwortung für die Beschäftigungskrise bei den für Wirt-

schaft und Wirtschaftspolitik offiziell Verantwortlichen ist die Kehrseite der zart aufkeimenden Solidarität.

Die Hauptquelle der Irritation durch den prekären Arbeitsmarkt ist jedoch der Arbeitsplatz. Hier, wo die Macht- und Verhandlungspositionen sich massiv zuungunsten des Arbeitnehmers verändert haben, wird die Bedrohung durch das Verhalten der Vorgesetzten und Kollegen konkretisiert. Aggression und Einzelkämpfertum wird zur — wenn auch nur widerwillig eingestandenen — Verteidigungsstrategie der in die Ecke Gedrängten. In einem Klima der Arbeitsbedrohung verdirbt Konkurrenz die Sitten und verschlechtert die Stimmung.

Belebt sie wenigstens das Geschäft? Eben dies ist zu bezweifeln. Kooperation ist ein Grundpfeiler der arbeitsteiligen Wirtschaft. Man unterscheidet zwischen einer Form der Kooperation, die über Verhaltensnormen wie Arbeitsanweisungen und Dienstvorschriften erzwingbar ist, und einer anderen, die von den Arbeitnehmern selbst ausgeht. Diese freiwillige Form der Kooperation hängt vom gegenseitigen Vertrauen der Arbeitnehmer ab. Die heute vorherrschenden Produktionsprozesse sind in hohem Maße auf dieses freiwillige Element vertrauensvoller Zusammenarbeit angewiesen. Die Komplexität von wirtschaftlichen Abläufen verhindert eine wirksame hierarchische Kontrolle¹⁶⁾. Erst der freimütige informelle Austausch von Informationen bringt eine wirksame Kooperation zuwege. Dieser hängt wiederum ab von sozialen Kompetenzen und gegenseitigem Vertrauen. Der deutschen Wirtschaft ist es nicht gelungen, die prekäre Beschäftigungslage ohne empfindliche Beeinträchtigung des Betriebsklimas und des Wohlergehens der Mitarbeiter zu bewältigen.

Der systematischen, mit Daten der Gesamtbevölkerung untermauerten Argumentation haben wir die ausführliche Darstellung eines Einzelfalls beigefügt. Es handelt sich um einen jungen Mann, der offenbar *nicht* in den finanziell gesicherten und eher permissiven Verhältnissen der postmaterialistisch geprägten Jugend aufgewachsen ist. Er ist vom Arbeitsmarkt an die Peripherie abgedrängt worden, findet jedoch in der Folklore der Lebensregeln und popularisierten Wirtschaftstheorien genügend Elemente vor, mit denen die von ihm befürwortete Ausgrenzung, die ungezügelte Machtausübung gegenüber noch Schwächeren gerechtfertigt werden kann. Es ist insbesondere das von ihm ethisch verbrämte „Einzelkämp-

¹⁶⁾ H. Kern/M. Schumann, Das Ende der Arbeitsteilung?, München 1984.

fertum“, das die Aufmerksamkeit auf kulturelle Widersprüche unserer Wirtschaftsverfassung lenkt: Sei egoistisch *und* setz' dich voll ein. Konkurriere *und* kooperiere.

Die Lizenz für Konkurrenzverhalten und Egoismus wird von der Marktideologie erteilt, ihre Ausübung freilich durch eine neue Ethik des Postmaterialismus in Schach gehalten. Es sieht so aus, als ob beide ideologischen Pole durch die Beschäftigungskrise gestärkt würden: Die Angst vor Arbeitslosigkeit akzentuiert das Machtgefälle zwischen den Stärkeren und den Schwächeren. Sie

verführt zur einseitigen Interessendurchsetzung einerseits und zur Resignation des sozial isolierten Einzelkämpfers andererseits. Die anschwellende Welle der Betroffenheit erleichtert jedoch die Identifikation mit den Benachteiligten und schwächt die Loyalität gegenüber einem Wirtschaftssystem, das zwar in einem engeren Sinne einzigartig effizient ist, die Produktivität steigert und die Konsumbedürfnisse weitgehend befriedigt, aber dabei doch die Chance der Menschen empfindlich beeinträchtigt, sich in ihrer Berufstätigkeit zu verwirklichen.

Wahlen, Parteienpolitik und Arbeitslosigkeit

I. Fragestellung

Seit 1973/74 und insbesondere seit 1979/80 sind die meisten westlichen Länder von Arbeitslosenquoten geplagt, deren Niveau den Arbeitsmarktkrisen der dreißiger Jahre ähnelt¹⁾. Die Beschäftigungskrise der siebziger und achtziger Jahre kam für die meisten unerwartet, und sie hat viele in Bedrängnis gebracht: Arbeitslose und mittelbar von der Beschäftigungskrise Betroffene, Praktiker und Analytiker der Wirtschaftspolitik, letztlich auch die Sozialwissenschaftler, die sich mit den politischen Auswirkungen ökonomischer Krisen beschäftigen. Die einen gerieten in Bedrängnis, weil sie die Krisenlasten direkt zu tragen hatten, die Analytiker und Praktiker, weil ihre Instrumente und Therapien, die als wirksam galten, sich als unzureichend erwiesen, die sozialwissenschaftlichen Krisenforscher, weil die politischen Verhältnisse sich anders entwickelten als erwartet.

Der Zusammenhang von Arbeitslosigkeit und Politik, der sich in den siebziger und achtziger Jahren entwickelte, stand quer zu einer Reihe von Hypothesen, die bis 1973 als gesichert galten:

— Er stand quer zur Annahme, daß die Wirtschaftssysteme der westlichen Industrieländer dank einer intelligenten Wirtschaftspolitik dauerhaft erfolgreich gesteuert werden könnten.

— Die wirtschaftliche Entwicklung nach 1973 stellte insbesondere die weitverbreitete Sichtweise in Frage, derzufolge die Wirtschaftspolitiker eine Wahl zwischen Vollbeschäftigung und Inflation oder Preisstabilität und Massenarbeitslosigkeit hätten. Im Gegensatz dazu bewegten sich die Arbeitslosen- und Inflationsraten auf verschlungenen Pfaden — im schlimmsten Falle in einer

Stagflations-Schleife (wie z. B. längere Zeit in Großbritannien) und im günstigsten Fall in den Bahnen der Vollbeschäftigung und relativen Preisstabilität (wie z. B. in Österreich und in der Schweiz). Nur in wenigen Ländern (unter anderem in der Bundesrepublik) verhielten sich beide Kurven so, wie es sogenannte „Phillips-Kurven“-Konzepte vorhersagten: Die relative Preisstabilität ging mit Beschäftigungskrisen einher²⁾.

— Weiterhin rückte die Krise der siebziger und achtziger Jahre Vermutungen über die Parteien der westlichen Demokratien zurecht: Die These der parteispezifischen Wirtschaftspolitik erwies sich als falsch. Dieser These zufolge sorgten bürgerliche Regierungsparteien für Preisstabilität — unter Inkaufnahme höherer Arbeitslosigkeit —, während sozialdemokratische Regierungsparteien Vollbeschäftigung favorisierten und sicherten — um den Preis höherer Inflation³⁾. Im Gegensatz dazu ließ das wirtschaftspolitische Leistungsprofil der westlichen Länder in den siebziger und achtziger Jahren ein anderes Muster erkennen: Massenarbeitslosigkeit und Inflation gab es sowohl unter sozialdemokratischen Regierungen als auch unter bürgerlichen Regierungsparteien. Vollbeschäftigung oder zumindest niedrige Arbeitslosenquoten wurden sowohl über einen „sozialdemokratisch-gewerkschaftlichen“ als auch über einen „konservativ-reformerischen“ Weg erreicht⁴⁾. Japan und die Schweiz sind Repräsentanten des letzteren Weges, Norwegen, Österreich und Schweden Beispiele für den ersteren. Ebenso bunt gemischt sah die Zusammensetzung der Ländergruppen mit relativer Preisstabilität bzw. hoher Inflation aus: England unter der Labour-Regierung bis 1979 und Frankreich unter bürgerlicher Führung (bis

¹⁾ Die standardisierten Arbeitslosenquoten (in Prozent der Erwerbspersonen) lagen 1984 im Durchschnitt der OECD-Mitgliedsländer bei 8,2%. Die Rangliste der Länder wird von Spanien mit einer Arbeitslosenquote von 20% angeführt, gefolgt von Belgien und den Niederlanden mit jeweils 14%, Kanada (11%), Italien und Frankreich (10%), Australien (9%), der Bundesrepublik Deutschland mit knapp 9%, den Vereinigten Staaten von Amerika (7%) und Finnland (6%). Niedrige Arbeitslosenquoten kennzeichnen den Arbeitsmarkt in Japan (3%) und in einigen kleineren Ländern, allen voran die Schweiz (1%), gefolgt von Norwegen und Schweden (3%) und Österreich (4%). Vgl. Organisation for Economic Co-operation and Development (OECD), OECD Economic Outlook, Nr. 37, Paris 1985.

²⁾ Für eine Erklärung der internationalen Unterschiede in der Höhe und den Veränderungen der Inflationsraten vgl. neuerdings L. N. Lindberg/C. S. Maier (Eds.), *The Political Economy of Inflation and Economic Recession*, Washington, D. C., 1985.

³⁾ Vgl. D. A. Hibbs, Jr., *Political Parties and Macroeconomic Policy*, in: *American Political Science Review*, 71 (1977), S. 1467—1487.

⁴⁾ M. G. Schmidt, *Arbeitslosigkeit und Vollbeschäftigungspolitik. Ein internationaler Vergleich*, in: *Leviathan*, 11 (1983), 451—473; M. G. Schmidt, *Der Schweizerische Weg zur Vollbeschäftigung*, Frankfurt — New York 1985.

1981) zählen zur zweiten Gruppe, die Schweiz, von einer Allparteienregierung geführt, und die sozialdemokratisch regierten Länder Österreich und Bundesrepublik Deutschland (bis 1982) zur ersten.

— Ferner standen die wirtschaftlichen und politischen Tendenzen der zwölf Jahre quer zu den Theorien über politische Krisen, die in den sechziger und siebziger Jahren entwickelt wurden: Die westlichen Demokratien blieben politisch stabil. Das widersprach der verbreiteten Annahme, daß die Loyalität der Massen von regelmäßigen, kündigungsfesten und steigenden Erwerbs- und Sozialeinkommen abhängt und daß eine ökonomische Krise akute Legitimationsdefizite — wenn nicht gar Legitimationskrisen — entstehen ließe. Die politischen Reaktionen auf die Arbeitslosigkeit fielen jedoch weit gedämpfter aus als allgemein erwartet. Große politische und soziale Krisen blieben aus, extremistische Bewegungen der Rechten und der Linken erhielten in den meisten Ländern wenig Zulauf. Die ökonomische Krise entwickelte sich nicht zur politischen Krise. Ein erheblicher Teil der Wählerschaft war offensichtlich bereit, in Notzeiten den Gürtel enger zu schnallen, ganz im Gegensatz zur Meinung, derzufolge die „Revolution der steigenden Erwartungen“ die Wähler erfaßt habe⁵⁾. Und selbst die Arbeitslosen neigten in der Regel nicht zum lautstarken Protest, so daß ein führender Experte der Arbeitsmarktpolitikforschung die Szenerie in der Bundesrepublik so charakterisieren konnte: Das eigentliche „Modell Deutschland“ — so ein Wahlkampf-Slogan der SPD aus den siebziger Jahren

— bestünde aus Massenarbeitslosigkeit und politischem Quietismus⁶⁾.

Wenn die Massenarbeitslosigkeit schon nicht eine politische Systemkrise zur Folge hatte, so wäre zumindest eine Reaktion der Wählerschaft in systemimmanenten Bahnen zu erwarten gewesen. Folgt man dem gesunden Menschenverstand und der Forschung über Zusammenhänge zwischen Wahlen und Wirtschaftslage⁷⁾, dann müßte die Massenarbeitslosigkeit den regierenden Parteien spätestens bei der nächsten Bundestagswahl schaden und ihre Wiederwahlchancen schmälern.

Nicht wenige Politiker befürchten, daß der gesunde Menschenverstand an diesem Punkt recht haben könne: „Den Kerlen mit der reinen Lehre“, so soll Bundeskanzler Helmut Kohl den Vertretern einer reinen wirtschaftsliberalen Lehre, von deren Anwendung er eine Vertiefung der Arbeitslosigkeit befürchtete, entgegengehalten haben, könne man manches zutrauen — ausgenommen ein Konzept, mit dem man Wahlen gewinnen kann⁸⁾.

Inwieweit nun kann man diesen Thesen folgen? Inwieweit werden Regierungsparteien bei Wahlen, die unter den Vorzeichen von Massenarbeitslosigkeit abgehalten werden, von den Stimmberechtigten bestraft, und inwieweit erweist sich die Aufrechterhaltung oder Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung als eine Trumpfkarte im Wahlkampf? Diese Fragen stehen im folgenden im Vordergrund. Sie werden anhand eines internationalen Vergleichs von nationalen Wahlen in den demokratischen Industrieländern der siebziger und achtziger Jahre beantwortet.

II. Arbeitslosigkeit und der Markt der Wählerstimmen

Politiker machen sich nicht zu Unrecht Sorgen um die Arbeitslosigkeit. In Deutschland spielt dabei die traumatische Erfahrung des Zusammenbruchs der Weimarer Republik eine große Rolle. In zahlreichen Analysen wird der Aufstieg der NSDAP direkt auf die Weltwirtschaftskrise, von der Deutschland stärker als andere Länder betroffen

war, und insbesondere auf die Massenarbeitslosigkeit der letzten vier Jahre der Weimarer Demokratie zurückgeführt⁹⁾. Ferner weisen Studien über westliche Demokratien nach dem Zweiten Weltkrieg einen Zusammenhang zwischen Wirtschaftslage, Popularität von Regierungschefs und Stimmenanteilen von Parteien nach. Insbesondere in angloamerikanischen Demokratien, in denen zwei große Parteien um die Gunst der Wähler kämpfen, werden Regierungsparteien häufig für Wirtschaftskrisen bestraft und für Konjunktur-

⁵⁾ J. Alber, Der Wohlfahrtsstaat in der Wirtschaftskrise, in: Politische Vierteljahresschrift, 27 (1986), S. 28—60

⁶⁾ F. W. Scharpf, Massenarbeitslosigkeit und politischer Quietismus, in: Wirtschaftsdienst, 62 (1982), S. 59—65.

⁷⁾ Vgl. z. B. P. Whiteley (Ed.), Models of Political Economy, Beverly Hills — London 1980.

⁸⁾ Frankfurter Allgemeine Zeitung vom 3. September 1985.

⁹⁾ Vgl. z. B. W. Kaltefleiter, Wirtschaft und Politik in Deutschland, Köln 1966; B. S. Frey/H. Weck, Hat Arbeitslosigkeit den Aufstieg des Nationalsozialismus bewirkt?, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 196 (1981), S. 1—31.

aufschwünge belohnt¹⁰). Darüber hinaus zeigen Studien über Wahlabsichten der deutschen Bundesbürger, daß Massenarbeitslosigkeit auf dem Wählerstimmenmarkt für Turbulenzen sorgt. Neueren Analysen zufolge profitierten die „Grünen“ von den Stimmen der Arbeitslosen; die „Grünen“ verdankten der „kritischen Masse“ unter den Arbeitslosen ihren Einzug in den Bundestag¹¹). Ferner nehme die Bindungsstärke der großen Parteien der Bundesrepublik gegenüber ihren Stammwählern ab. Insbesondere Wähler aus dem Arbeiterbereich legten in Reaktion auf die Arbeitslosigkeit ein ausgeprägtes „Anti-Regierungspartei“-Verhalten an den Tag: Mittels Stimmenentzug bestrafte sie die Regierungsparteien für die Arbeitslosigkeit, unabhängig davon, welche Partei an der Regierung war. Und schließlich deutet eine neuere Studie darauf hin, daß die Arbeitslosigkeit die Bindungen der christdemokratischen Stammwähler aus der Arbeiterschaft an die Unionsparteien schwäche¹²).

Freilich sind diese Studien über politische Folgen von Massenarbeitslosigkeit nicht unumstritten. Einige Analysen zur Bundestagswahl von 1980 beispielsweise kamen zu einem anderen Ergebnis: Die Arbeitslosen wählten überwiegend sozialdemokratisch; die Sozialdemokratische Partei schnitt in Regionen mit zunehmender Arbeitslosigkeit sogar noch günstiger als in anderen Regionen ab, während die Unionsparteien und die FDP weder aus der Apathie noch aus dem Protestwahlverhalten der Arbeitslosen Nutzen zogen¹³). Und selbst die verbreitete These, daß die Arbeitslosigkeit wesentlich verantwortlich für den Aufstieg

der NSDAP gewesen ist, hält neueren Forschungsergebnissen nicht stand¹⁴). Die Arbeitslosen wählten die NSDAP in geringerem Maße als der Bevölkerungsdurchschnitt. Ihre Radikalisierung erfolgte nach links hin. Die Arbeitslosigkeit in der Weimarer Republik hat demnach nicht direkt, sondern höchstens auf indirekte Weise zum Aufstieg des Nationalsozialismus beigetragen.

Die Frage, ob Massenarbeitslosigkeit regierenden Parteien schadet, und welches Ausmaß der Schaden annimmt, wird demnach in der Forschung unterschiedlich beantwortet. Konsens besteht allenfalls darüber, daß einzelne Wählergruppen auf direkte oder mittelbare Betroffenheit von Arbeitslosigkeit heftig reagieren, zum Beispiel mit Protestwahl oder Wahlenthaltung, aber auch mittels der Sammlung um die Fahne der Partei, der man nahesteht. Unklar ist freilich, wie der Nettoeffekt für einzelne Parteien ausfällt, und unklar ist ferner, inwieweit die Bewegungen auf dem Wählerstimmenmarkt tatsächlich zu einem Wahlergebnis führen, das den regierenden Parteien eine Niederlage und oppositionellen Parteien den Wahlsieg beschert.

Die Unsicherheit ist groß; insoweit machen sich die großen Parteien zu Recht Sorgen um die Arbeitslosigkeit. Aus der Warte der Parteien gesehen, produziert Arbeitslosigkeit mehr Ungewißheit auf dem ohnehin turbulenten Wählerstimmenmarkt. Zunehmende Unübersichtlichkeit des Wählerstimmenmarktes bringt insbesondere regierende Parteien unter Druck, die sich auf eine breite, Klassen- und Milieugrenzen übergreifende Wählerschaft stützen und die zugleich in hartem Wettbewerb mit einer großen Oppositionspartei stehen, der von den Wählern Kompetenz in sozialpolitischen Fragen zugeschrieben wird¹⁵). Massenarbeitslosigkeit ist ferner ein Problem, das alle größeren Parteien, die der Tradition der sozialistischen Arbeiterbewegung oder der katholischen Arbeiterschaft und der katholischen Soziallehre verpflichtet sind, in moralischer Hinsicht in Zugzwang setzt: Arbeitslosigkeit steht dem Ziel des sozialen Ausgleichs entgegen, das von beiden Parteien in unterschiedlichen Varianten verfolgt wird.

Nimmt man diese Gesichtspunkte zusammen, so kann man den Beteuerungen der größeren Parteien der westlichen Demokratien (insbesondere der prinzipiell sozialreformerisch orientierten christdemokratischen und sozialdemokratischen Parteien), sie zögen Vollbeschäftigung der Massenarbeitslosigkeit vor, Glauben schenken. In

¹⁰) Vgl. E. R. Tufté, *Political Control of the Economy*, Princeton 1978. Neuerdings D. R. Kiewiet, *The Effects of Economic Issues on Voting for President, 1956—1980*, in: N. J. Vig/S. E. Schier (Eds.), *Political Economy in Western Democracies*, New York — London 1985, S. 304—325.

¹¹) Vgl. U. Feist/D. Fröhlich/H. Krieger, *Die politischen Einstellungen der Arbeitslosen*, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 45/84, S. 3—17.

¹²) H. Krieger, „Anti-Regierungs-“ oder „Klientelthese“? Wirkungen persönlicher Betroffenheit von Arbeitslosigkeit im Rahmen des etablierten Parteienspektrums (1980—1985), in: *Politische Vierteljahresschrift*, 26 (1985), S. 357—380.

¹³) Vgl. H. Rattinger, *Das Wahlverhalten der Arbeitslosen bei der Bundestagswahl 1980. Zur Anwendung der ökologischen Regressionsanalyse*, in: W.-D. Eberwein (Hrsg.), *Politische Stabilität und Konflikt. Neue Ergebnisse der makro-quantitativen Politikforschung* (PVS-Sonderheft Nr. 14/1985), Opladen 1983, S. 94—111.

¹⁴) J. W. Falter, *Politische Konsequenzen der Arbeitslosigkeit. Neue Daten zu kontroversen Thesen über die Radikalisierung der Wählerschaft am Ende der Weimarer Republik*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 25 (1984), S. 275—295; J. W. Falter u. a., *Hat Arbeitslosigkeit tatsächlich den Aufstieg des Nationalsozialismus bewirkt?*, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 200/2 (1985), S. 121—136.

¹⁵) Vgl. I. Budge/D. J. Farlie, *Explaining and Predicting Elections: Issue Effects and Party Strategies in Twenty-Three Democracies*, London 1983.

dieser Präferenz spiegelt sich zwangsläufig auch das Eigeninteresse einer Partei der breiten Mitte. Einstellungen sind jedoch etwas anderes als Verhalten. Präferenzen sind nicht mit zielgerichtetem Handeln zu verwechseln, abstraktes Wollen ist nicht identisch mit bewußtem Tun, und für ein Ziel zu sein, heißt noch nicht, dieses Ziel vorrangig zu verfolgen. Auch wenn die meisten größeren Parteien glaubhaft versichern, *gegen* Arbeitslosigkeit und *für* Vollbeschäftigung zu sein, läßt sich daraus nicht folgern, daß sie unter den Bedingungen einer Arbeitslosigkeit nicht auch politisch gut überleben könnten. In unseren Breitengraden

heißt „politisch gut überleben“ im Kern folgendes: im Rahmen legitimer und legaler Verfahren bei Wahlen einen Stimmenanteil zu gewinnen, der ausreicht, um Regierungsmacht zu halten oder zu gewinnen — als alleinregierende Partei oder in einer Koalitionsregierung. Auf den Machterhalt kommt es letztlich an und nicht auf ein paar Prozent Stimmen weniger oder mehr. Das haben die meisten Wissenschaftler übersehen, die der Frage nachgingen, in welchem Ausmaß die Popularität von Kanzlern oder Präsidenten und die Stimmenanteile von Regierungs- und Oppositionsparteien von wirtschaftlichen Bedingungen abhängen.

III. Machterhalt und Machtverlust in demokratischen Industrieländern 1974—1985

Legt man die Meßlatte des Machterhalts bzw. des Machtverlustes an die nationalen Wahlen an, die in den letzten zwölf Jahren in 20 westlichen Industrieländern abgehalten wurden, so erhält man ein verblüffendes Ergebnis¹⁶⁾: Die Regierungsparteien der meisten westlichen Demokratien haben in den siebziger und achtziger Jahren günstige Aussichten gehabt, die politischen Turbulenzen zu überwindern, die infolge der Massenarbeitslosigkeit bei einzelnen Wählergruppen ausgelöst wurden. Zählt man die Zusammenhänge zwischen Höhe der Arbeitslosigkeit und Wahlergebnissen in den entwickelten westlichen Ländern aus, so erhält man folgende Ergebnisse:

Die meisten Regierungsparteien verlieren bei Wahlen Stimmenanteile. Im Durchschnitt belaufen sich die Einbußen auf – 2,1 Prozentpunkte für alle Regierungsparteien und auf – 1,6 Prozentpunkte für die jeweils stärkste regierende Partei. Jedoch ist dieses Ergebnis nicht spezifisch für Phasen, in denen wirtschaftlich widrige Bedingungen herrschen. In Prosperitätsphasen — bei-

spielsweise zwischen 1960 und 1973 — sah die Bilanz nicht wesentlich anders aus.

Noch bemerkenswerter ist die Beobachtung, daß die Höhe der Stimmenverluste auf seiten der Regierungsparteien weitgehend unabhängig von der Höhe der Arbeitslosenquote ist. Mit anderen Worten: Hohe und niedrige Stimmenverluste (und in seltenen Fällen auch Stimmengewinne) gibt es sowohl bei Wahlen, die unter Bedingungen einer Massenarbeitslosigkeit stattfanden, als auch bei Wahlen, die unter den Vorzeichen einer Vollbeschäftigung abgehalten wurden.

Noch wichtiger ist ein Drittes: Trotz der Stimmenverluste sind die Chancen von Regierungsparteien, den Machterhalt auch bei Massenarbeitslosigkeit zu sichern, nicht schlecht: Sie sind so hoch wie die Chancen des Machterhalts bei Wahlen, die unter Vollbeschäftigungsbedingungen stattfinden. Die Wahrscheinlichkeit des Machterhalts beträgt in beiden Fällen — im statistischen Durchschnitt aller nationalen Wahlen gerechnet — 60 zu 40 Prozent.

Natürlich muß der statistische Durchschnitt der Machterhaltungschancen mit zahlreichen Einschränkungen interpretiert werden. Z. B. unterscheiden sich die Machterhaltungschancen von Wahl zu Wahl je nach Wahlkampfthemen, Kandidaten, Zusammensetzung der Wählerschaft, Wahlbeteiligung, der Größe der an Streitfragen orientierten Wählerschaft und anderem mehr. Weiterhin deuten die Daten auf länder- und regionspezifische Unterschiede hin. Ganz pauschal läßt sich beispielsweise sagen, daß konjunkturabhängige Wahlsiege und -niederlagen am ehesten bei Wahlen in angloamerikanischen Ländern zum

¹⁶⁾ Eine ausführliche Analyse und Dokumentation findet sich bei M. G. Schmidt, Massenarbeitslosigkeit und Politische Stabilität, in: C. F. Büchtemann/W. Peters (Hrsg.), Massenarbeitslosigkeit und Politik, Frankfurt — New York (in Vorbereitung). Diese Studie baut auf Ergebnissen einer früheren Studie des Verfassers auf: M. G. Schmidt, Politische Konjunkturzyklen und Wahlen. Ein internationaler Vergleich, in: M. Kaase/H.-D. Klingemann (Hrsg.), Wahlen und politische Systeme, Opladen 1983, S. 174—197. Die im Text berichteten Resultate beziehen sich auf folgende Länder: Australien, Belgien, Bundesrepublik Deutschland, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Japan, Kanada, Luxemburg, Neuseeland, Niederlande, Norwegen, Österreich, Schweden, Schweiz und die USA.

Tragen kommen¹⁷⁾. Außerdem fällt die Höhe der Stimmenverluste bzw. Stimmengewinne von Land zu Land unterschiedlich aus. Stimmenverluste der Regierungsparteien gehören zu den normalen Begleiterscheinungen der Wahlen in Australien, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Irland, Island, Italien, Kanada, Luxemburg, Neuseeland und Schweden. Demgegenüber sind Stimmengewinne der Regierungsparteien häufiger in Dänemark, in der Bundesrepublik Deutschland (Bundestagswahlen von 1980 und 1983) und in Österreich (Nationalratswahlen von 1975 und 1979).

Ferner muß man sich vor naheliegenden Fehlinterpretationen der Daten hüten: Man kann aus den Materialien nicht die These ableiten, daß Arbeitslosigkeit oder Vollbeschäftigung unerheblich für Wahlergebnisse wären. Jedoch ist dies wichtig: In der Beobachtung, daß Wahlsiege von Regierungsparteien (im Sinne des Machterhalts verstanden) statistisch weitgehend unabhängig von der Höhe der Arbeitslosenquote sind, und im übrigen auch weitgehend unabhängig von anderen

„harten“ Indikatoren der Wirtschaftslage wie z. B. Wachstum und Inflation, liegt mehr begründet, als Statistik aussagen kann. Hier verbirgt sich ein folgenreicher Lernprozeß, den krisengeplagte Partei- und Regierungspolitiker in den siebziger und der ersten Hälfte der achtziger Jahre machen konnten: Zu ihrer großen Erleichterung lernten sie, daß man trotz Wirtschaftskrise und Massenarbeitslosigkeit konkrete Chancen hat, Wahlen zu gewinnen, sprich: die Regierungsmacht zu behalten.

Man kann in diesem Lernprozeß eine Ursache dafür sehen, daß die Regierungen zahlreicher westlicher Länder in der Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik der siebziger und achtziger Jahre zunehmend zurückhaltender operierten, obwohl die Arbeitslosenquoten weiter stiegen. Die wahlpolitischen Kosten, die mit dieser Entscheidung verbunden waren, fielen vergleichsweise bescheiden aus. Der Stimmenverlust der Regierungsparteien hielt sich in Grenzen eines Sicherheitsrisikos, das offensichtlich als akzeptabel angesehen wurde.

IV. Wie man Wahlen trotz Massenarbeitslosigkeit gewinnen kann

In den letzten zwölf Jahren haben knapp zwei Drittel aller Regierungsparteien in den westlichen Demokratien nationale Wahlen trotz Massenarbeitslosigkeit gut überstanden. Warum? Wie läßt sich erklären, daß die Chance des Machterhalts beachtlich groß ist, obwohl die große Mehrheit der Wählerschaft die Arbeitslosigkeit als ein dringend lösungsbedürftiges Problem definiert? Zwei Wirkungszusammenhänge waren hier von Bedeutung: Der eine dämpfte die politischen Reaktionen auf die Arbeitslosigkeit (im Sinne des Protestes oder des Anti-Regierungspartei-Verhaltens), der andere bestand aus einer relativen Immunisierung von regierenden Parteien gegenüber den politischen Reaktionen auf die Arbeitslosigkeit.

1. Faktoren, welche die politischen Reaktionen auf Arbeitslosigkeit dämpfen

Bei den Faktoren, die politische Reaktionen auf Arbeitslosigkeit im Ansatz dämpfen, spielten län-

derübergreifende und länderspezifische Eigenheiten eine Rolle. Da war zum einen der Klienteleffekt: In der Bundesrepublik scharten sich die Arbeitslosen in den siebziger Jahren zunächst um die Sozialdemokratische Partei. Ihr traute man am ehesten die Kompetenz zur Beschäftigungssicherung — oder zumindest zur sozialpolitischen Absicherung gegen die Erwerbslosigkeit — zu. Hierfür maßgebend waren traditionelle, sozialstrukturell bedingte SPD-Affinitäten von Arbeitnehmergruppen und Wählergruppen aus dem lohn- und gehaltsabhängigen Mittelstand, deren Wahlverhalten weniger auf traditionellen Bindungen als vielmehr auf dem individuellen Vergleich der Problemlösungskompetenz von Parteien beruhte.

Freilich muß hier hinzugefügt werden, daß diese Wähler und ein Teil der SPD-orientierten Arbeiterschaft mit zunehmender Dauer der Arbeitslosigkeit und mit abnehmender Problemlösungskompetenz der SPD/FDP-Koalition zur Oppositionspartei abwanderten, insbesondere Anfang der achtziger Jahre, jedoch nach 1982 zum Teil zur SPD zurückströmten¹⁸⁾.

In einigen Ländern kam darüber hinaus kulturellen Faktoren und wirtschaftlichen Alternativrollen außerhalb der regulären Ökonomie eine große Bedeutung zu. Italien ist dafür das beste Beispiel:

¹⁷⁾ Wenngleich es sich hierbei nicht um ein ehernes Gesetz handelt, wie beispielsweise der Wahlsieg der Conservative Party bei den Wahlen zum Unterhaus im Jahr 1983 verdeutlicht. Jedoch: Die Theorien der politischen Wahlzyklen und politischen Konjunkturzyklen passen am ehesten zu den angloamerikanischen Parteiensystemen, bei denen die Regierungsbildung bislang meist ohne den eingebauten Koalitionszwang erfolgt, der für die Mehrzahl der kontinentaleuropäischen Länder charakteristisch ist.

¹⁸⁾ Vgl. H. Krieger (Anm. 12).

Hier gilt Arbeitslosigkeit im regulären Wirtschaftssektor nicht in dem Maße als ökonomische, kulturelle und psychische Katastrophe wie in den deutschsprachigen und nordeuropäischen Ländern; dies unter anderem deshalb, weil alternative ökonomische und soziale Rollen in der Schattenwirtschaft, in Familien-, Verwandtschafts- und Klientelbeziehungen weithin akzeptiert werden.

Alternativrollen außerhalb des regulären Arbeitsmarktes entlasteten jedoch auch die Arbeitsmarktpolitiker anderer Länder. Die Gründe liegen in der geringen Organisations- und Konfliktfähigkeit der sogenannten „Problemgruppen des Arbeitsmarktes“. Ihre Abwanderung in „Alternativrollen“ außerhalb des regulären Arbeitsmarktes wird in der Regel von der Mehrheit der Wählerschaft akzeptiert, wenn nicht sogar aktiv gefordert. Auch in wahlpolitischer Hinsicht sind diese „Problemgruppen“ keine entscheidende Größe. Ihr Wahlverhalten ist weder in Prosperitäts- noch in Krisenzeiten einheitlich, vielmehr sind die Parteipräferenzen und die Bereitschaft zum Protestwahlverhalten in der Regel über das gesamte politische Spektrum verteilt.

Hinzu kommen Sonderbedingungen bei den älteren und den ausländischen Arbeitslosen: Die älteren Arbeitnehmer werden in der Bundesrepublik, in Österreich und in einigen anderen Ländern durch Frühverrentungsangebote sozial und politisch integriert. Arbeitslose ausländische Arbeitnehmer hingegen haben nicht einmal die Chance eines wahlpolitischen Protestes, weil sie in den Gastländern nicht wahlberechtigt sind. Sie sind nicht nur Bestandteil einer Reservearmee auf Arbeitsmärkten, sie repräsentieren auch auf politischen Märkten eine Manövriermasse, deren Manipulation nahezu folgenlos bleibt — jedenfalls was die wahlpolitischen Kosten angeht. Es ist deshalb nicht weiter verwunderlich, daß in westlichen Ländern von der Ausländerpolitik zu arbeitsmarktpolitischen Zwecken ausgiebig Gebrauch gemacht wurde, besonders stark in der Schweiz, aber auch in der Bundesrepublik, in Österreich und in Frankreich¹⁹⁾.

In Italien und in einigen anderen Ländern kommt eine spezifische Sozialgeschichte des Arbeitsmarktes hinzu. In der Nachkriegszeit war Vollbeschäftigung eine Episode. Das prägte das Akzeptanzniveau, die Mobilitätsbereitschaft und die lohnpolitische Flexibilität der Arbeitnehmer stark, ähnlich stark wie in den USA, über deren Arbeitnehmer ein Experte kopfschüttelnd schrieb,

¹⁹⁾ Vgl. M. Frey, Ausländerpolitik in Europa, in: *Aus Politik und Zeitgeschichte*, B 32/84, S. 3—17.

daß sie „der Arbeitslosigkeit eine Toleranz entgegenbringen, die an das Morbide grenzt“²⁰⁾.

Hiermit hängt ein weiterer Faktor zusammen: die Konzentration des Arbeitslosigkeitsrisikos²¹⁾. In der Bundesrepublik geht die Arbeitslosigkeit an 75 bis 80 Prozent der Arbeitnehmer spurlos vorbei. Das Arbeitslosigkeitsrisiko trifft 20 bis 25 Prozent der abhängig Beschäftigten — vor allem Ausländer, ältere Arbeitnehmer, Frauen und Jugendliche. Für die große Mehrzahl der von Arbeitslosigkeit nicht betroffenen Wähler ist die Beschäftigungskrise keine wahlentscheidende Größe gewesen.

Dieser Mechanismus kommt vor allem in den Ländern zum Tragen, in denen soziale Solidarität und sozialer Ausgleich kleiner geschrieben werden. Er ist ferner in Ländern ausgeprägt, in denen die Stabilität traditioneller sozialstruktureller Bindungen der Wähler an Parteien die Entstehung einer größeren Gruppe von „Issue-Wählern“ (d. h. Wählern, die ihre Wahlentscheidung an Problemen und Problemlösungskompetenzen ausrichten) verhindern. In dieser Ländergruppe, zu der vor allem die kontinentaleuropäischen Länder zu rechnen sind, wird Arbeitslosigkeit häufig als individuell verschuldet angesehen, meist gekoppelt mit der Überzeugung, daß vielen Arbeitslosen zumutbar sei, Alternativrollen außerhalb des Arbeitsmarktes anzunehmen. Beispiele sind: die Rückwanderung von Gastarbeitern in ihre Heimatländer, Hausarbeit für weibliche Erwerbslose und Wartezeiten für jugendliche Arbeitssuchende.

Einige Regierungsparteien profitieren von einem Einstellungswandel, den sie durch ideologische Wenden zu einer marktorientierten Wirtschafts- und Gesellschaftsphilosophie selber vorangetrieben haben. Ein Beispiel für andere bieten neuere Untersuchungen über Großbritannien in den achtziger Jahren. Hier wird die These vertreten, daß ein erheblicher Teil der Wähler die Regierung für die Arbeitslosigkeit nicht mehr verantwortlich macht²²⁾. Offenbar reicht unter diesen Bedingungen eine „Placebo-Politik“ aus, um die Streitfrage der Arbeitslosigkeit zu entschärfen²³⁾. Ähnliche

²⁰⁾ R. J. Myers, *International Comparisons of Unemployment*, in: *The Banker*, 125 (1975), S. 1261.

²¹⁾ C. F. Büchtemann, *Der Arbeitslosigkeitsprozeß. Theorie und Empirie strukturierter Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik Deutschland*, in: W. Bonß/R. G. Heinze (Eds.), *Arbeitslosigkeit in der Arbeitsgesellschaft*, Frankfurt 1984, S. 53—105.

²²⁾ J. Moon, *The Responses of British Governments to Unemployment*, in: J. Richardson/R. Henning (Eds.), *Unemployment*, London 1984, 15—39.

²³⁾ J. J. Richardson/J. Moon, *The Politics of Unemployment in Britain*, in: *Political Quarterly*, 55 (1984), S. 29—37. Der Begriff stammt aus der pharmazeutischen Psychologie und bedeutet ein Medikament ohne tatsächliche Wirkung.

Entlastungseffekte zugunsten von Regierungsparteien entstehen in den Ländern, in denen der Staat sich weitgehend aus den Arbeitsbeziehungen heraushält und die Verantwortung für die Beschäftigung vorwiegend der Lohn- und Investitionspolitik der Tarifparteien zugeschrieben wird.

Politische Reaktionen auf Arbeitslosigkeit werden schließlich durch zwei weitere Faktoren gedämpft: das hohe Wohlstandsniveau der westlichen Länder und den Sozialstaat. Mit der Arbeitslosigkeit verbundene soziale, ökonomische und politische Kosten werden zu einem erheblichen Teil durch soziale Sicherungssysteme aufgefangen: im ungünstigsten Fall durch familiäre, verwandtschaftliche, nachbarschaftliche oder wohlfahrtsverbandliche Sicherungsnetze, im günstigeren Fall durch institutionalisierte sozialstaatliche Programme. Das gilt in zweierlei Hinsicht: Zum einen ist die Einkommensersatzfunktion der Arbeitslosenversicherung und anderer sozialstaatlicher Programme wichtig. Bei den meisten Arbeitslosen lindern sie die ärgste Not, wenngleich der Schutz, den diese Programme bieten, auf Grund von Schnitten ins Netz der Arbeitslosenversicherung löchriger wurde²⁴). Zweitens kommt der Effekt der Individualisierung hinzu. Der sozialstaatliche Schutz gegen Einkommensausfall infolge von Arbeitslosigkeit individualisiert die Sozialeinkommensempfänger. Der Sozialstaat wirkt zweifach als Sicherungsinstanz — als Instanz der kollektiven sozialen Sicherung und als Sicherung gegen politischen Protest der Betroffenen. Insofern dämpft ein ausgebauter Wohlfahrtsstaat die Schärfe der politischen Reaktionen auf Arbeitslosigkeit. Hier liegt ein erheblicher Unterschied zwischen dem Krisenmanagement der siebziger und achtziger Jahre und dem der dreißiger Jahre. Die Depression der dreißiger Jahre traf die Arbeitnehmerschaft der westeuropäischen und nordamerikanischen Länder mit voller Wucht, weil der öffentliche Sektor weniger stark ausgebaut und das Niveau der sozialen Sicherung weit niedriger war als in der Gegenwart.

2. Relative Immunisierung gegen politische Reaktionen auf Arbeitslosigkeit

Die oben beschriebenen Filter dämpfen die Stärke der politischen Reaktionen auf Arbeitslosigkeit. Aber selbst gegen die verbleibenden manifesten Reaktionen können Regierungsparteien sich abschirmen. Der extremste Fall bestünde darin, daß die Arbeitslosigkeit nur die Wählerschaft der Oppositionsparteien betrifft und nur bei diesen Wählern zur Hauptstreitfrage des Wahlkampfes wird. In einem solchen Fall blieben die Regierungspar-

teien immun gegenüber den wahlpolitischen Folgen der Beschäftigungskrise. Aber selbst bei breiterer Streuung der Wähler, für die Arbeitslosigkeit zum wahlentscheidenden Thema wird, haben Regierungsparteien eine vergleichsweise gute Wiederwahlchance. Das gilt insbesondere für regierende Parteien mit einem Wähleranteil, der deutlich über 50 Prozent liegt oder deutlich größer als die Wählerschaft derjenigen Oppositionsparteien ist, die untereinander koalitionsfähig sind (zur Vereinfachung wird hier ein Verhältniswahlrecht vorausgesetzt). Rechnet man Koalitionsregierungen hinzu, so handelt es sich um einen Fall, der in westeuropäischen Ländern häufig vorkommt. Hier liegt ein Schlüssel zum Verständnis der Wahlerfolge (im Sinne des Machterhalts) von dominanten Regierungsparteien in Ländern wie Belgien, Dänemark, Finnland, den Niederlanden, Italien, aber auch der Bundesrepublik Deutschland. Die Regierungen dieser Länder bestehen in der Regel aus Koalitionen zwischen mehreren Parteien; sie verfügen deshalb über ein größeres Stimmenpolster als eine alleinregierende Partei und sind aus diesem Grund gegen turbulente Bewegungen auf politischen Märkten besser geschützt.

Einigen alleinregierenden Parteien kam jedoch ein ähnlicher Mechanismus zugute. An erster Stelle ist ein Wahlsystem zu nennen, das kleinere Protestparteien — und unter bestimmten Bedingungen auch größere Oppositionsparteien — benachteiligt. Das Mehrheitswahlrecht in Großbritannien ist dafür eines der bekanntesten Beispiele. Von ihm profitierte beispielsweise die Conservative Party bei den Wahlen zum Unterhaus von 1983. Trotz Stimmenverlust nahm die Zahl ihrer Mandate zu. 42,4 Prozent der abgegebenen Stimmen und 61,1 Prozent der Sitze entfielen auf die Conservative Party. Die Labour Party kam vergleichsweise gut weg: 27,6 Prozent der Stimmen zahlten sich in einem Sitzanteil von 32,2 Prozent aus. Die Allianz aus der Liberal Party und der Social Democratic Party errang immerhin 25,4 Prozent der Stimmen, aber nur 2,6 Prozent der Sitze.

Für die Wählerschaft ist die Frage der Arbeitslosigkeit nicht das alleinige Motiv für die Wahlentscheidung. Wahlergebnisse setzen sich aus einer Vielzahl von Entscheidungen zusammen, die jeweils von einer Fülle unterschiedlicher Motive geprägt sind. Neben sozialstrukturell verankerten Parteibindungen kommen Wertschätzungen der Spitzenkandidaten der Parteien, die Bewertung anderer Streitpunkte und die den Parteien zugeschriebene Problemlösungskompetenz zum Tragen. Massenarbeitslosigkeit wird in der Regel über den Prozeß der rückblickenden Bewertung

²⁴) Vgl. J. Alber (Anm. 5).

der Regierungspolitik, der allgemeinen Wirtschaftslage und der persönlichen Lebensverhältnisse für das Wählerverhalten wichtig²⁵). Die Arbeitslosigkeit ist für die Wähler damit nicht die zentrale Streitfrage, sondern ein Thema unter anderen ökonomischen und nicht-ökonomischen Themen. Und selbst wenn die These richtig sein sollte, daß wirtschaftspolitische Themen in den westlichen Ländern mittlerweile Wahlentscheidungen ebenso stark prägen wie traditionelle sozialstrukturelle Bindungen²⁶), so läßt sich nur ein — von Wahl zu Wahl veränderlicher — Teil dieses Effektes auf das Konto der Arbeitslosigkeit schreiben. Gleich- oder vorrangige Bedeutung kommt anderen ökonomischen Streitfragen zu (ganz abgesehen von Themen nicht-ökonomischer Art): das Niveau und die Veränderung der verfügbaren Einkommen, Erwartungen hinsichtlich zukünftiger Wirtschaftsentwicklung und — je nach Verbreitung der Angst vor Geldentwertung — die Inflationsraten.

Nicht selten werden wahlpolitische Wirkungen der Arbeitslosigkeit durch Effekte kompensiert, die von Inflationsraten ausgehen. In Ländern, in denen preisstabilitätsbewußte Wähler den Ton angeben (z. B. in der Schweiz und in der Bundesrepublik Deutschland), sind Regierungsparteien nicht schlecht beraten, wenn sie aus wahlpolitischen Gründen der Bekämpfung der Inflation Vorrang gegenüber der Wiedergewinnung von Vollbeschäftigung geben. Diese Lehre läßt sich jedenfalls statistischen Studien über den Zusammenhang von Wirtschaftslage einerseits und Popularität und Stimmenanteilen von Regierungs-

parteien andererseits entnehmen²⁷). Folgt man den Statistiken, dann sind die in diesem Zusammenhang anfallenden Kosten geringer als die politischen Kosten, die eine vollbeschäftigungsorientierte Politik mit höherer Inflation in Kauf zu nehmen hätte.

Zu guter Letzt geht es beim Zusammenhang von Wirtschaftslage, Wählerverhalten und Wahlergebnissen nicht nur um „harte Fakten“ des politischen Leistungsprofils von Regierungen, sondern auch um die Art und Weise, in der Parteien ihre Politik den Wählern anbieten sowie um die Glaubwürdigkeit und Kompetenz des wirtschaftspolitischen Programms und der Kandidaten der Oppositionsparteien. Der günstigste Fall für eine Wiederwahl unter widrigen wirtschaftlichen Bedingungen läßt sich anhand der britischen Unterhauswahl von 1983 illustrieren²⁸). Die Mehrheit der Wählerschaft sah in der Conservative Party ein wirtschaftspolitisch glaubwürdiges und kompetentes Team, von dem erwartet wurde, daß die Bewältigung der wirtschaftlichen Probleme auf mittlere Frist auch soziale und arbeitsmarktliche Probleme lösen würde. Hinzu kam ein ramponiertes Problemlösungsimage der früheren Regierungspartei: Der Labour Party wurden in sozial- und arbeitsmarktpolitischen Fragen (ganz zu schweigen von der Wirtschaftspolitik im allgemeinen) weniger Kompetenz als bei früheren Wahlen und weit weniger Kompetenz als der Regierungspartei zugeschrieben. Und schließlich wurde der Kompetenzvorsprung der Regierungsparteien nicht durch den Spitzenkandidaten der Oppositionsparteien geschmälert.

IV. Schlußfolgerungen

Die Moral von der Geschichte? Im Gegensatz zu gutgemeinten normativen Demokratietheorien sind demokratische Wahlen keineswegs automa-

tisch ein „absolut zuverlässiger und unbeeinflussbarer Gradmesser für den Problemdruck, dem eine Staatsorganisation ausgesetzt ist“²⁹). Demokratische Wahlen können durchaus paradoxe Ergebnisse zulassen: Regierungsparteien kommen durch Massenarbeitslosigkeit in Bedrängnis, und dennoch haben sie gute Chancen, Wahlen zu gewinnen und sich den Machterhalt zu sichern.

Diese Chancen steigen insbesondere in dem Maße, in dem folgende Bedingungen erfüllt sind:

1. klientelartige Beziehungen zwischen Arbeitslosen und Regierungsparteien;

²⁵) M. P. Fiorina, *Retrospective Voting in American National Elections*, New Haven — London 1981.

²⁶) Vgl. M. S. Lewis-Beck, *Comparative Economic Voting: Britain, France, Germany, Italy*, XIIIth World Congress of IPSA, Paris 1985 (vervielf. Ms.). Kritisch zu dieser These: R.-O. Schultze, *Wählerverhalten*, in: M. G. Schmidt (Hrsg.), *Westliche Industriegesellschaften* (Pipers Wörterbuch zur Politik, Bd. 2), München — Zürich 1983, S. 497—506.

²⁷) Vgl. B. S. Frey, *Politometrics of Government Behaviour in a Democracy*, in: *Scandinavian Journal of Economics*, 81 (1978), S. 308—322; P. Whiteley, *Inflation, Unemployment and Government Popularity — Dynamic Models for the United States, Britain and West Germany*, in: *Electoral Studies* 3 (1984), S. 3—24.

²⁸) Parallelen zur Bundestagswahl von 1983 liegen auf der Hand.

²⁹) M. Bulling, *Die unnötige Politikverflechtung*, in: F. W. Scharpf/B. Reissert/F. Schnabel (Hrsg.), *Politikverflechtung II*, Königstein/Ts. 1977, S. 107.

2. Existenz von kulturell akzeptierten Alternativrollen außerhalb der regulären Arbeitsmärkte;
3. längere Tradition von Massenarbeitslosigkeit;
4. soziale Konzentration der Arbeitslosigkeit auf Gruppen mit geringer Organisations- und Konfliktfähigkeit;
5. geringes Maß an sozialer Solidarität bei Wählern, die nicht von Arbeitslosigkeit betroffen sind;
6. Dominanz einer „ökonomistischen Wirtschaftsphilosophie“ auf seiten der Wählermehrheit, der zufolge die Arbeitslosigkeit nicht zum Verantwortungsbereich der Regierung gerechnet wird;
7. Existenz eines ausgebauten Wohlfahrtsstaates, der die Arbeitslosigkeit in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht erträglich macht;
8. ein großer Stimmenvorsprung der Regierungspartei oder der Regierungsparteien vor der Opposition bzw. den Teilen der Opposition, die untereinander handlungs- und koalitionsfähig sind (gemessen an Ergebnissen früherer Wahlen);
9. ein Wahlsystem, das kleinere Protestparteien und größere Oppositionsparteien benachteiligt;
10. die Existenz anderer ökonomischer Streitfragen (Inflation!) und/oder nicht-wirtschaftlicher Themen im Wahlkampf, deren politische Effekte die Reaktionen auf Arbeitslosigkeit neutralisieren oder überkompensieren;
11. ein Image-Vorsprung des Spitzenkandidaten der Regierungsparteien vor dem Spitzenkandidaten der Opposition;
12. Kompetenz der Regierungsparteien zur Bewältigung wirtschaftlicher, arbeitsmarktlicher und sozialpolitischer Probleme und zugleich eine geringe Kompetenz der Opposition in wirtschafts-, arbeitsmarkt- und sozialpolitischen Fragen (gemessen am Urteil, das die Mehrheit der Wähler über die Problemlösungskompetenz der Parteien fällt).

Man kann diesen Katalog auch gegen den Strich lesen. Die Gefahr daß Regierungsparteien Wahlen verlieren, die unter Bedingungen einer Massenarbeitslosigkeit abgehalten werden, wird größer, wenn folgende Bedingungen erfüllt sind (und entsprechend steigen die Siegeschancen der Oppositionspartei bzw. einer handlungsfähigen Koalition aus Oppositionsparteien):

1. Abwesenheit klientelartiger Beziehungen zwischen Arbeitslosen und Regierungsparteien;

2. Fehlen von akzeptierten Alternativrollen außerhalb des regulären Arbeitsmarktes;
3. längere Tradition einer Vollbeschäftigung;
4. breit gestreute Arbeitslosigkeitsrisiken;
5. ein hohes Maß an sozialer Solidarität in der Wählerschaft;
6. Existenz einer „staatszentrierten Wirtschaftsphilosophie“ auf seiten der Wählerschaft;
7. lückenhaftes Netz der Sozialversicherungen;
8. knapper Stimmenvorsprung der Regierungsparteien vor einer handlungsfähigen Opposition (gemessen an Ergebnissen früherer Wahlen);
9. Verhältniswahlrecht;
10. geringes Gewicht von Streitfragen, die gegenläufig zum Thema Arbeitslosigkeit wirken;
11. Image-Vorsprung des Spitzenkandidaten der Opposition;
12. geringes Image der Regierungsparteien in Sachen Wirtschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik und zugleich ein hohes Maß an Kompetenz auf seiten der Opposition in diesen Politikbereichen.

Nur ein Teil der Determinanten, die für den Machterhalt bzw. Machtverlust maßgebend sind, lassen sich kurz- oder mittelfristig beeinflussen. Demnach steht nur ein kleinerer Teil der maßgeblichen Größen zur Disposition konkurrierender Parteien. Kurz- oder mittelfristig beeinflussbar sind folgende Bedingungen:

- klientelartige Beziehungen (beispielsweise mittels einer Arbeits- und Beschäftigungspolitik),
- die Dichte des Netzes der sozialen Sicherung,
- in Maßen beeinflussbar ist die Größe des Vorsprungs an Stimmenanteilen z. B. mittels Koalitionsbildung;
- beeinflussbar sind ferner die Wahlkampfthemen und, in Grenzen, andere Themen der Wirtschaftspolitik,
- das Image der Spitzenkandidaten (zum Beispiel mittels Auswahl und innerparteilicher Unterstützung der Spitzenkandidaten) und
- die Kompetenz zur Problemlösung (beispielsweise mittels Programmatik, Selbstdarstellung und Inhalten der Regierungspolitik).

Naturgemäß konzentrieren sich Wahlkampfstrategen der Parteien auf diese Größen, während die übrigen sechs Determinanten des Wahlerfolgs kurz- und mittelfristig weitgehend außerhalb der Kontrolle der Wahlkämpfer liegen.

Hubert Krieger: Arbeitsmarktsituation und politische Stabilität. Reaktionsformen abhängig Beschäftigter auf die Arbeitsmarktentwicklung 1975—1985

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/86, S. 3—18

Die schwierige Lage auf dem Arbeitsmarkt bleibt offenbar auch weiterhin das wichtigste innenpolitische Thema. Es liegt daher nahe, nach den politischen Reaktionen der von Arbeitslosigkeit Betroffenen oder vom Arbeitsplatzverlust Bedrohten zu fragen. Die politischen Einstellungen dieser Arbeitnehmergruppe werden auf der Grundlage empirischen Materials unter folgenden vier Fragestellungen analysiert:

1. Welche politischen Reaktionen zeigen sich bei dieser Gruppe von Krisenverlierern?
2. Wenden sich die von einem Arbeitsplatzverlust Bedrohten von den etablierten Parteien ab und wählen aus Protest eine rechte oder linke Randpartei?
3. Zeigen sie den Regierungsparteien die „rote Karte“ und präferieren stärker die etablierten Oppositionsparteien?
4. Lassen sich längerfristig ähnliche Reaktionsmuster von Arbeitnehmern nachweisen, deren Arbeitsplatz bedroht ist, beispielsweise mit ihren Reaktionen in der Krise 1975/76?

Auffallend ist, daß angesichts von Arbeitslosigkeit sich die Stammwählerbeziehungen lockern, sich traditionelle Bindungen an eine bestimmte Partei lösen, falls diese als Regierungspartei für die herrschende Arbeitsmarktsituation verantwortlich gemacht wird. Dieses Verhalten läßt sich bis 1975 zurückverfolgen. Der Anti-Regierungseffekt als ein Reaktionsmuster der von Arbeitsplatzverlust bedrohten Wählerschichten ist somit sehr viel deutlicher als die Aufrechterhaltung der traditionellen Klientel-Beziehungen.

Burkhard Strümpel/ Christoph Nitschke/ Peter Pawlowsky: Konflikt und Solidarität im Zeichen hoher Arbeitslosigkeit

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/86, S. 19—36

Die Massenarbeitslosigkeit der achtziger Jahre trifft nicht nur die Erwerbslosen. Auch die meisten Erwerbstätigen finden verschlechterte Berufschancen vor, können viele ihrer Fähigkeiten und Fertigkeiten nicht verwerten und fühlen sich mangels eines aufnahmefähigen Arbeitsmarktes an ihren gegenwärtigen Arbeitgeber gefesselt. Die Auseinandersetzung der Deutschen mit der prekären Beschäftigungslage wird auf drei Ebenen nachgezeichnet: erstens die persönliche Bedürfnisbefriedigung, zweitens die kollektive Toleranz oder Ressentiments gegenüber Arbeitslosen und Ausländern sowie drittens die Zusammenarbeit am Arbeitsplatz.

Auf der ersten Ebene hat die Stagnation der Reallöhne nur teilweise auf das Problembewußtsein des Durchschnittsbürgers durchgeschlagen. Die Deutschen haben die Stabilisierung der Einkommenssituation auf hohem Plateau ohne Murren akzeptiert. Statt dessen wirkt sich die Beschäftigungskrise in einer Fehlanpassung zwischen den Menschen und ihrer Arbeit aus, etwa in Unzufriedenheit mit den Arbeitsbedingungen oder in der Einsicht, eigene Interessen gegenüber Arbeitgeber und Vorgesetztem auch bei guter Leistung nur schwer durchsetzen zu können. Diese Unzufriedenheit schlägt sich in konkreten Beanstandungen, in Resignation, in Gleichgültigkeit gegenüber der beschäftigenden Organisation und in Wünschen nach gradueller Verminderung der Arbeitszeit selbst ohne Lohnausgleich nieder.

Was zweitens die Einstellungen zu Randgruppen anbelangt, so ist die Toleranz gegenüber Arbeitslosen durch die Beschäftigungskrise gestärkt worden. Entgegen manchen Vermutungen und Einzelbeobachtungen neigen die von der Beschäftigungskrise Betroffenen offenbar nicht besonders dazu, die Ausländer zu Sündenböcken stempeln oder auch nur, sich die Konkurrenz der Ausländer auf dem Arbeitsmarkt durch Abschiebestrategien vom Halse halten zu wollen.

Drittens: Die Hauptquelle der Irritation durch den prekären Arbeitsmarkt ist der Arbeitsplatz. Hier, wo die Macht- und Verhandlungspositionen sich massiv zuungunsten des Arbeitnehmers verändert haben, wird die Bedrohung im Verhalten der Vorgesetzten und Kollegen konkret erlebt. Aggression und Einzelkämpfertum wird zur, wenn auch nur widerwillig eingestanden, Verteidigungsstrategie der in die Ecke Gedrängten.

Die ausführliche Darstellung der Lebens- und Weltanschauungen eines jungen Speditonsarbeiters und seiner Berufserfahrungen rundet die Analyse ab.

Manfred G. Schmidt: Wahlen, Parteienpolitik und Arbeitslosigkeit

Aus Politik und Zeitgeschichte, B 17/86, S. 37—45

Die Beschäftigungskrise der siebziger und achtziger Jahre hat nicht nur Arbeitslose, sondern auch Praktiker und Analytiker der Wirtschaftspolitik sowie sozialwissenschaftliche Krisenforscher in Bedrängnis gebracht. Scheinbar gut bewährte Hypothesen über politisch destabilisierende Folgen von Wirtschaftskrisen erwiesen sich als irreführend. Hierzu zählt etwa die These, daß Regierungsparteien bei Wahlen, die in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit stattfinden, in Bedrängnis kommen und mit hoher Wahrscheinlichkeit abgewählt werden. Wie ein internationaler Vergleich der Ergebnisse von 70 nationalen Wahlen in 20 Industrieländern (1974—1985) zeigt, haben Regierungsparteien jedoch durchaus gute Chancen, den Machterhalt trotz Arbeitslosigkeit zu sichern. Hierfür sind in der Studie im einzelnen dargestellte Bedingungen verantwortlich, die politische Reaktionen auf Arbeitslosigkeit dämpfen und regierende Parteien gegen manifeste Folgen der Arbeitslosigkeit abschirmen. Die Konstellation der maßgeblichen Bedingungen und die Wiederwahlchancen von Regierungsparteien variieren von Land zu Land und von Wahl zu Wahl.